

puis 1848, si l'on voulait faire accepter des impôts par le peuple suisse, il fallait la collaboration totale des partis gouvernementaux. Je ne suis pas persuadé qu'à l'heure actuelle les quatre partis représentés au Conseil fédéral soient absolument prêts à soutenir à fond ce paquet devant le peuple, et ce pour diverses raisons. Tout d'abord, on a changé le but du message que l'on nous propose: il ne s'agit plus d'équilibrer les finances fédérales, il s'agit de donner un ballon d'oxygène à notre industrie d'exportation. Les hésitations, les retournements de situation devant la commission des finances élargie ont posé aussi quelques problèmes. La fin des travaux de la commission, le vote sur l'ensemble avec l'abstention d'un des grands partis gouvernementaux ne me donnent pas toute sécurité sur l'avenir des opinions et la préparation des grands partis à défendre ce projet devant le peuple. Enfin, le débat que nous vivons en ce moment: chacun ou presque, à la fin de son exposé, nous a expliqué qu'il réservait sa décision finale. Tout cela m'inquiète. J'ai l'impression — fausse, je l'espère — que les grands partis, les partis du Conseil fédéral, ou la plupart d'entre eux, ne croient pas à la possibilité de faire accepter ces propositions par le peuple. J'ai l'impression que la plupart de ces partis aimeraient bien, au fond, dire non et ne pas soumettre l'affaire au peuple l'année prochaine, mais que personne n'ose le dire. Et c'est ce qui m'inquiète. Je préférerais de loin un non du Parlement — parce que ce non est facilement réparable d'ici deux ans — à un oui du bout des lèvres qui amènerait à un non du peuple, un non qui, lui, serait irréparable ou réparable seulement dans les années 90. Telle est ma situation. Je ne sais pas comment je voterai sur l'entrée en matière, j'attends avec intérêt de voir si l'on peut me dire que les partis représentés au Conseil fédéral sont vraiment décidés à aller jusqu'au bout et à soutenir fermement ces projets devant le peuple, ou s'il reste encore des hésitations.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäfts unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr
La séance est levée à 12 h 30*

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Mittwoch, 20. September 1978, Nachmittag

Mercredi 20 septembre 1978, après-midi

16.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Bussey

78.019

Bundesfinanzreform 1978

Réforme des finances fédérales 1978

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1094 hier vor — Voir page 1094 ci-dessus

Schatz-St. Gallen: Das Votum unseres Kollegen Gerwig war derart demagogisch und unsachlich, dass man eigentlich in einer aufgeklärten Demokratie darauf gar nicht antworten dürfte. Es war unsachlich und beim Ausbildungsstand von Herrn Gerwig ohne Zweifel mit Absicht und wider besseres Wissen gesprochen. Aber ohne Zweifel war es populär, darum wurde es ja auch gehalten. Ich werde mir erlauben, bei den vielen Anträgen, die die Banken betreffen — dort hätte es auch hingehört —, dann noch ein paar Worte dazu zu sagen. Für den Augenblick will ich mich etwas Wesentlicherem zuwenden als der Populäritätscherei von gewisser Seite.

Zunächst zur Frage der sogenannten Loyalität der Regierungsparteien. Jede Bundesratspartei wirft der andern vor, sie sei zu wenig loyal, und Herr Allgöwer wirft allen zusammen vor, sie hätten eine mangelnde Kohäsion und sie seien nicht mehr fähig, einen Konsens zu erzielen. Ich frage mich, ob diese Kritik richtig ist, ob sie nicht vergisst, dass wir keine parlamentarische, sondern eine direkte Demokratie sind, in der hinter dem Parlament immer noch das Volk steht. Dass wir eine 4-Parteien-Regierung haben, darf nach meiner Meinung nicht heißen, dass jeder Kompromiss immer allumfassend sein soll, sonst verdrängen wir die Opposition in die parlamentarischen Randgruppen. Es kommen dann keine echten Alternativen mehr aus dem Parlament, es entstehen gar keine echten Minderheiten, und dadurch fördern wir die ausserparlamentarische Opposition, die sich gegenwärtig in zahllosen Referenden und Initiativen Luft macht. Ein Kompromiss ist natürlich nötig in einem Parlament, wie wir es hier haben, aber nur, um eine Mehrheit zu erzielen, nicht einen allumfassenden Konsens aller Regierungsparteien — sonst passiert, was wir schon x-mal erlebt haben: Wir erzielen hier diesen Kompromiss, dann gehen wir hinaus zu Parteien und WählerInnen, und unsere Kompromisse sind der Linken zu wenig links und der Rechten zu viel links, und am Schluss sagen alle nein. Paradebeispiel ist etwa die Schwangerschaftsvorlage. Wir handeln hier allumfassende Kompromisse aus, die gerade darum durchfallen, weil sie allumfassend sind und weil dann niemand dahinter steht. Dabei müssen wir uns bei dieser Vorlage sehr klar werden, was eigentlich eine Chance im Volk hat; denn wir dürfen es uns nicht erneut leisten, dass die Mehrwertsteuer abgelehnt wird; wir dürfen nicht nochmals auf die Nase fliegen. Folgerung daraus: keine zu weitgehenden Kompromisse. Mir ist es lieber, es komme eine linke Vorlage aus diesem Parlament, die ich mit Überzeugung bekämpfen kann, oder eine bürgerliche Vorlage, für die ich mit Überzeugung einstehen kann, als eine Vorlage, die weder Fisch noch Vogel ist. Das hat nichts zu tun mit Konfliktstrategie und

hat nichts zu tun etwa mit einer Gefährdung des sozialen Friedens. Auch in einer Demokratie, die sich durchaus zur Gemeinsamkeit bekennt, ist eine echte Ausmarchung von Zeit zu Zeit notwendig. Das ist ein Letztes zu diesem Punkt. Ich glaube deshalb, die Bundesratsparteien sollten sich nicht dauernd mangelnde Bundesratsloyalität vorwerfen. Hingegen ist etwas anderes sehr wichtig. Wir dürfen uns doch hin und wieder daran erinnern, dass wenigstens bei wichtigen Vorlagen es sich um Vorlagen des Gesamtbundesrates handelt. Ich gebe mich keiner Illusion hin, dass viele weniger wichtigen Vorlagen im Grunde genommen Departementsvorlagen und nur formell Vorlagen des Gesamtbundesrates sind. Aber bei wichtigen Vorlagen handelt es sich um Vorlagen des Gesamtbundesrates. Was nun tatsächlich eine Gefährdung unseres Regierungssystems und unseres kollegialen Bundesrates darstellt, ist die Art und Weise, immer von Fall zu Fall die Loyalität zum Bundesrat davon abhängig zu machen, welcher Bundesrat gerade Departementsvorsteher für die betreffende Vorlage ist. Hier, glaube ich, durch diese Kritik des einzelnen Bundesrates, der die Vorlage seines Gremiums vertreten, höhlen wir die Kollegialität in diesem Gremium aus. Es wird den einzelnen Bundesräten unmöglich gemacht, in echter Kollegialität zusammenzuwirken, und hier wäre bei allen Parteien etwas mehr Anstand und etwas mehr Anerkennung der Kollegialbehörde dringend vonnöten. Das betrifft alle Parteien.

Nun zur Vorlage selber noch ein paar Worte. Was ist heute nötig? Trotz den sachlich richtigen Vorschlägen von Herrn Biel streben wir jetzt nicht eine Finanzreform an. Das erforderte einen Zeitaufwand, den wir uns nicht leisten können. Aber deswegen dürfen wir die Bundesfinanzen nicht schlittern lassen, sonst laufen 2,5 Milliarden und noch mehr Defizite auf. Sofortmassnahmen sind also nötig, die Hauptaufgabe struktureller Art steht noch bevor. Sofortaufgabe ist Systemwechsel, eine Verkleinerung des Rechnungsdefizits und der Ausgleich der kalten Progression. Diese Ziele sind nach wie vor erreichbar. Die Frage ist, wie wir sie erreichen. Und hier – ich glaube, das darf man doch feststellen – steht im Vordergrund die Frage: Was bekommt unserer Wirtschaft heute und was bekommt ihr nicht? Die Lage unserer Wirtschaft ist Ihnen bekannt. Sie wissen auch alle, dass Arbeitsplätze, Löhne, soziale Sicherheit, Steuereingang, letzten Endes alle vom Gang der Unternehmungen abhängen. Wir haben noch immer eine Reihe von Trümpfen: die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter und damit die hohe Produktivität, das Masshalten der meisten Arbeitgeber und der meisten Gewerkschaften, der soziale Friede, die Flexibilität, Innovationsfreudigkeit, Risikofreudigkeit der Unternehmungsleitungen. Aber all das allein genügt heute nicht mehr. Sie wissen, welche Probleme der Wechselkurs uns stellt. Aber die Probleme liegen nicht allein auf dem Gebiet der Währungspolitik. Wir leiden heute an den auf Wachstum gestellten Weichen der Hochkonjunkturjahre. Wir leiden an diesen Weichen in einer Zeit mit bescheidenerem Wachstum. Es ist nicht so, wie Herr Hubacher gesagt hat, dass wir schon in den Hochkonjunkturjahren gespart hätten, im Gegenteil, ich erinnere Sie daran, der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttonsozialprodukt stieg in 17 Jahren von 17 auf 29 Prozent. Dabei wuchs das Bruttonsozialprodukt in dieser Zeit rapid. Die öffentlichen Ausgaben erhöhten sich von 1960 bis 1977 um das Siebenfache. Wie man da von übertriebenem Sparen, selbst in der Hochkonjunktur, reden kann, ist mir schleierhaft! Parallel dazu stieg die Steuerbelastung zwischen 1965 und 1976 bei uns um 50 Prozent, gesamthaft ausgedrückt im Anteil der Steuern am Bruttonsozialprodukt. Das ist mehr als in jedem anderen OECD-Land. Ich gebe zu, dass die Steuern absolut nicht so hoch sind. Aber die Steuergünstigkeit unseres Landes war einer unserer wenigen Trümpfe; er ist heute weitgehend verpielt. Dazu kommt, dass nicht nur die Steuern stiegen. 1965 betrug der Anteil für soziale Sicherheit am Bruttonsozialprodukt 11 Prozent. 1980 werden es unkorrigierbar vor-

programmiert 21 Prozent sein. Der Aufwand für Soziales hat sich in unserem Land in 15 Jahren verdoppelt.

Damit komme ich zum Schluss. Wenn wir heute etwas tun wollen, was unsere Wirtschaft stärkt und damit die Arbeitsplätze und die Löhne sichert, dann geht es darum, die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft nicht noch mehr zu verschlechtern. Alle Ausgabenprogramme des Bundes, was wir auch immer machen, wirken bedeutend weniger, als wenn wir unserer Wirtschaft das Bewusstsein geben, dass die Rahmenbedingungen, die wir heute haben – und dazu gehören Sozialabgaben und Steuern –, nun einmal für eine gewisse Zeit stabil bleiben. Das ist das Wesentliche. Daraus sollte nach meiner Meinung alles übrige in dieser Bundesfinanzvorlage hervorgehen.

Müller-Bern: Nach dem eher unpopulären Votum unseres Kollegen Schatz, das auf das sehr populäre Votum von Andreas Gerwig gefolgt ist, erlauben Sie mir vorerst die Bemerkung, dass die Worte von Helmut Hubacher von Herrn Schatz ziemlich verdreht worden sind. In der Hochkonjunktur hat man nämlich eine antikonjunkturelle Steuerpolitik betrieben. Man sollte in der Hochkonjunktur die Steuern erhöhen können, um sie dann nachher zu senken, wenn die Zeiten schlechter werden. Aber damals erklang lauthals im Lande herum der Ruf: Keine Steuern auf Vorrat! Das ist einer der Gründe, warum wir heute in einer sehr schwierigen Situation sind.

Die Szene hat sich ja in der Frage der Bundesfinanzreform ziemlich verändert. Im März 1978, als der Bundesrat ein neues Finanzpaket vorschlug, war das Hauptziel immer noch der Budgetausgleich, verbunden mit der Notwendigkeit, Einsparungen zu treffen. Heute hat offenbar bis in die bürgerlichen Ränge hinein die Aufwärtsbewegung des Schweizerfrankens zu einer Gewissenserforschung geführt. Die kritische Wirtschaftslage hat einen Gesinnungswandel hervorgerufen. Heute steht – Herr Schatz hat es soeben bestätigt – die Notwendigkeit der Systemänderung, das heißt des Überganges von der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer, im Vordergrund. Diese Veränderung der Prioritäten ist ein Signal, das zeigt, dass auch bürgerliche Kreise die Wirtschaftslage neu analysieren, aber zugleich auch ein Beweis für die inkonsistente Politik der Bürgerlichen. Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann beantragt kein Bürgerlicher, den Kuchen zu teilen. Sobald es aber wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt, die Konjunkturlage sich verändert, Strukturbereinigungen vor der Tür stehen, dann erklingt von allen Seiten der Ruf nach staatlicher Hilfe. Wir haben das gestern gesehen. Ich zitiere eine Zeitungsüberschrift: «Alle bitten Honegger um Exporthilfe.»

Die Vertreter der Arbeitnehmer, die Gewerkschafter und Sozialdemokraten, sind immer für eine Unterstützung der Wirtschaft durch staatliche Massnahmen eingetreten. Sie haben auch stets erklärt, dass der Budgetausgleich nicht unter allen Umständen unter Denkmalschutz gestellt werden darf, sondern dass man dabei immer auch ökonomische Überlegungen machen muss. Konsequenterweise standen wir zur Auffassung, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Verwirklichung des Budgetausgleiches um jeden Preis ein Unsinn ist. Wir stellen nur mit Genugtuung fest, dass unsere konsequente Haltung anscheinend doch gewisse Früchte gezeigt hat, dass man einsieht, dass die Relationen zwischen Finanzen und Beschäftigungspolitik etwas anders gestaltet werden müssen. Mit andern Worten: Der Werkplatz Schweiz soll vor dem Finanzplatz den Vorrang haben. Ich hoffe nur, dass man konsequent bleibt und bei jedem Wechsel der Konjunktur die Meinung nicht ständig ändert.

Was uns anbetrifft, so sind wir überzeugt, dass eine Finanzreform, die diesen Namen verdient, in erster Linie die Steuergerechtigkeit verwirklichen muss. Ich stelle aber fest – und Herr Schatz hat das mehr oder weniger bestätigt –, dass in der Schweiz Steuerzahler mit Einkommen über 100 000 Franken noch immer in einer privilegierten Situation sind. Das Privileg ist vielleicht etwas kleiner ge-

worden, aber es ist immer noch vorhanden. In unserem Land sind die Tarifansätze für solche Einkommen verhältnismässig niedrig und die Steuerprogression hört sehr früh auf. Auf der andern Seite müssen wir feststellen, dass das Hauptgewicht der Steuern vor allem auf den Schultern der kleinen und mittleren Steuerzahler ruht. Diese Situation wird noch verschärft durch die nicht ausgeglichene kalte Progression. Die Notwendigkeit einer Finanzreform, gerade auf dem Gebiete der direkten Steuern, wird deshalb von uns aus in keiner Art und Weise bestritten. Eine solche Revision muss den Grundsatz verwirklichen, dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Aber wird dieser Grundsatz allgemein anerkannt? Ich muss daran zweifeln, wenn ich die Ausführungen von Herrn Schatz in der «Neuen Zürcher Zeitung» lese und heute die Ausführungen gehört habe, die er soeben in ähnlichem Sinne von sich gegeben hat. Er verlangt ja nichts anderes als eine rein bürgerliche Vorlage, ohne Rücksicht auf die Linke und auf die Sozialdemokraten. Er bezeichnet – er hat das wenigstens in der «Neuen Zürcher Zeitung» getan – die Anträge unserer Kommission als ausgesprochen linkslastig. Bevor man etwa bei den bürgerlichen Fraktionen auf eine solche Idee einschwenkt, sollte man doch die Abstimmungsergebnisse vom Juni und Dezember des letzten Jahres etwas unter die Lupe nehmen. Viele Arbeitnehmer haben nämlich im Juni die Finanzvorlage, das Finanzpaket, verworfen, weil ihnen die Lastenverteilung zu wenig gerecht erschien. Ich gebe zu, auch viele Stimmünger, selbst in unseren Reihen, haben den Schalmeienklängen zuviel Gehör geschenkt, dass die Finanzprobleme des Bundes durch Sparen allein gelöst werden könnten; selbstverständlich immer Sparen bei den andern, nicht bei sich selbst. Ein Stimmungswechsel, glaube ich, ist aber deutlich im Referendumskampf um die 9. AHV-Revision eingetreten. Man geht auch allzu leicht darüber hinweg – Herr Hubacher hat das heute morgen schon gesagt –, dass die SP-Reichtumssteuer-Initiative mit 46 Prozent Ja-Stimmen ein besseres Resultat erzielt hat als das Finanzpaket, welches von sämtlichen Regierungsparteien unterstützt wurde. Selbst der sicher als gut bürgerlich zu bezeichnende Kanton Bern hat dieser Vorlage zugestimmt. Ein Paket, das gemäss Rezept unseres Kollegen Schatz rechtslastig ausgelegt wäre und keine Rücksicht nähme auf unsere berechtigten Anliegen – das möchte ich hier feststellen –, hätte zum vornherein nicht die geringsten Chancen. Wenn wir wirklich eine Finanzreform wollen – und wir von der SP wollen das –, dann müssten eine Anzahl Postulate der Arbeitnehmer angenommen werden, dies um so mehr, als bis jetzt nämlich weitgehend die Arbeitnehmer die Rechnung für die Rezession bezahlt haben. Nehmen Sie nur die Statistiken des BIGA 1976/77, die aufzeigen, dass sich das reale Einkommen der schweizerischen Arbeitnehmer in dieser Periode vermindert hat, da die minimale Lohnentwicklung in diesem Zeitabschnitt bei weitem aufgehoben wurde durch die kalte Progression, die bei den Arbeitern um rund 16 Prozent und bei den Angestellten um rund 20 Prozent stieg. Unter diesen Umständen muss man es verstehen, wenn die Arbeiter nicht mehr gewillt sind, einseitig Opfer zu bringen, und deshalb verlangen wir – und hier unterstütze ich sehr lebhaft auch die Ausführungen meines Kollegen Gerwig –, dass die Banken herangezogen werden; sie sollen mithelfen, dem Staat die Finanzen zu geben, damit er seine sozialen Aufgaben erfüllen kann und auch die Mittel hat zur Erhaltung der Vollbeschäftigung. Man ist anscheinend in gewissen bürgerlichen Kreisen nun auch davon überzeugt, dass etwas bei der Besteuerung der Banken geschehen soll. Vor kurzem war das ja noch nicht der Fall. Man hat eingesehen, dass die Aufwertung des Frankenkursses – die Spekulation mit dem Franken – die Beschäftigungslage in Gefahr bringt. Selbst gewisse Freisinnige sind der Meinung, es müsse etwas geschehen auf dem Gebiet der Banken. Aber man erhofft sich, dies quasi mit einem Gentlemen's Agreement, mit einer freiwilligen Beteiligung der Banken lösen zu können. So weit, so gut. Aber

ich frage Sie: Welcher Arbeiter kann zur Steuerverwaltung gehen und verlangen, dass seine Steuern aufgrund eines Gentlemen's Agreements entrichtet werden? Wird hier nicht offensichtlich mit ungleichen Ellen gemessen? Für uns ist entscheidend, dass etwas auf dem Gebiet der Banken in dieser Vorlage vorgesehen wird, sonst können wir dem Paket nicht zustimmen. Das Postulat der Kommission, das Kollega Leo Weber heute morgen auch unterstützt hat, ist eine reine Alibiübung. Es wird die weitere Prüfung gewisser Anträge verlangt, die von unserer Seite gekommen sind. Diese Prüfung ist vorgenommen worden. Sie haben die Berichte. Es gilt heute und jetzt zu entscheiden, ob man wirklich eine der florierendsten Wirtschaftsgruppen in unserem Lande ausklammern will, nämlich die Banken, oder ob man nur die Konsumenten vorab mit der Mehrwertsteuer treffen will. Hier möchte ich etwas dazwischenschalten, nämlich eine Antwort auf die Erklärungen von Herrn Rüegg – Fraktionssprecher der Freisinnigen – geben. Wenn ich Herrn Rüegg richtig verstanden habe, so hat er sich beglückwünscht darüber, dass er die Sozialdemokraten endlich dazu gebracht hat, sich mit 7 Prozent Mehrwertsteuer abzufinden. Das hat so getönt, als ob wir diejenigen wären, die 10, 12, 15 oder was weiß ich wieviel Prozent Mehrwertsteuer wollten. Wenn ich also böswillig wäre, würde ich sagen: Das ist eine ebenso typische freisinnige Verdrehung, wie als man unsere Reichtumssteuer in der Propaganda umgewandelt hat in eine Besteuerung der kleinen und mittleren Einkommen. Ich möchte hier erklären: Wir hatten grösste Mühe, und wir werden noch grösste Mühe haben, die Mehrwertsteuer unsern Leuten beliebt zu machen.

Zum Schluss – auch wenn ich damit andere Ausführungen wiederhole – möchte ich nochmals unterstreichen: Die SP-Fraktion ist zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bereit, alles zu tun, um die Bundesfinanzen zu sanieren. Wir wissen, wie wichtig das gerade für unsere Anliegen ist. Aber einer Vorlage, die nicht dem Prinzip der Steuergerechtigkeit entspricht – dazu gehört eben auch unter anderem die Erfassung der Banken –, müssen wir die Zustimmung verweigern.

Bratschl: Im Grunde genommen bin ich sehr enttäuscht über diese Eintretensdebatte, weil ich offenbar als unverbesserlicher Optimist – gestützt auf die Verhandlungen in der Finanzkommission – ein doch etwas gehobeneres Niveau dieser Eintretensdebatte erwartet habe. Ich hätte doch erwartet, dass der Wille, eine gemeinsame Plattform zu finden, grösser wäre, als er jetzt zu sein scheint. Was wir heute morgen geboten bekommen, war im Grunde genommen ein Trauerspiel, in dem nun Herr Chevallaz zum vielleicht sterbenden Schwan seine Trauerrede halten kann. Ich würde das ausserordentlich bedauern, und wir Sozialdemokraten besonders, weil wir nämlich zu diesem Staate Schweiz stehen; und wenn wir zum Staate Schweiz stehen, so möchten wir auch zu seinen Bundesfinanzen stehen. Das können wir nur, wenn wir dazu sehen, dass die Kassen nicht einfach leer sind, sonst kann unser Staat nämlich nicht mehr handeln, und zwar weder in Zeiten einer Rezession noch in Zeiten eines hohen Frankenkursses. Ich muss schon sagen: Wir erstreben immer noch eine gemeinsame Plattform. Und da ein Wort zum Vertreter der CVP: Was in der Finanzkommission passiert ist, hätte vermieden werden können. Wir haben uns in der Finanzkommission so weit geeinigt, dass es um ein Haar zu einer Zustimmung der Sozialdemokraten gekommen wäre. Das ist der berühmte Entscheid über die Banken, und zwar die Besteuerung der Treuhandgeschäfte, wo die Sozialdemokraten ihr ursprüngliches Postulat von 10 Prozent um die Hälfte reduziert hatten auf 5 Prozent und wo zuerst 12 zu 11 Stimmen sich gegenüberstanden, und zwar für Annahme. Im letzten Augenblick erhob ein CVP-Mitglied ganz unentschlossen seine Hand – ich will jetzt anständigerweise den Namen nicht sagen –, und es kam zur Pattsituation. Leider fiel dann, mit Stichentscheid des

Präsidenten, der Entscheid zugunsten der Banken. Das bedaure ich ausserordentlich, denn wenn das nicht passiert wäre, hätten wir eine ganz andere Ausgangslage gefunden. Man soll also nicht den Sozialdemokraten, die von Anfang an mit offenen Karten spielten, jetzt den Schwarzen Peter etwa zuschieben wollen. Nicht wahr – da wollen wir auch klar sein –: Was hier geboten wird von Herrn Letsch, ist keine Grundlage für eine gemeinsame Plattform. Das können Sie ja nicht glaubhaft dar tun. Denn Sie wurden ja auch in der Kommission vom Bundesrat direkt unterstützt, und die andern Forderungen, die von den Sozialdemokraten in den Vordergrund geschoben worden sind, wurden ja auf sehr leide Art abgetan, indem von Herrn Chevallaz gesagt wurde, das, was da gefordert werde, sei für den Bundesrat Theologie. Ich meine: So lassen wir Sozialdemokraten nicht mit uns umspringen! Dadurch kam dann die Enthaltung in der Kommission zum Tragen, und wenn nicht in der Detailberatung noch Etliches passiert, dann können wir Sozialdemokraten einem faulen Kompromiss nicht zustimmen. Das ist dann kein Kompromiss mehr, sondern ein Diktat der Freisinnigen zugunsten der Banken (ich kann es nicht anders sagen).

Ich muss noch weiter sagen: Ich glaube Herrn Bundesrat Chevallaz, dass er für den Antrag Letsch auch innerlich ist, denn er hat ja schon ein Sparprogramm im Sack; das habe ich ja gesehen. Ich muss weiter sagen, dass natürlich diese Angaben, die unser Basler Freund Gerwig gemacht hat, populär waren und sind. Wissen Sie, warum diese Ansprache so populär war? Ich will es Ihnen sagen: deshalb, weil die meisten Leute in unserem Volk so denken. Ich muss jetzt wieder unserem Herrn Kollegen Schatz recht geben. Letztlich entscheidet dann unser Volk, und letztlich müssen wir also auf dieses Volk und auf das, wie dieses Volk denkt, doch Rücksicht nehmen und Beschlüsse fassen, die dann dieses Volk auch genehmigt. Darum ist es gar nicht so ungeschickt, wenn man populär spricht; übersetzt heisst das: wie das Volk denkt. Deshalb sind wir Sozialdemokraten nach wie vor der klaren Ueberzeugung, dass eben die Banken miteinbezogen werden müssen. Die 5 Prozent, die wir von den Treuhandgeschäften verlangt haben, waren wirklich ein Minimum dessen, was man verlangen kann. Das können Sie ungefähr abwägen, wenn Sie das ganze Spektrum ansehen, das im übrigen sogar die Nationalbank in einem Schreiben an die Finanzkommission in Erwägung gezogen hat (wohlverstanden, die Nationalbank und nicht irgendnein Links-Club, wie das da und dort gesagt worden ist).

Ich muss auch Herrn Allgöwer sagen, wenn er uns vorwirft, wir Sozialdemokraten würden uns wahrscheinlich besser überlegen, wieweit wir da noch in der Regierung mitmachen wollen oder nicht – ungefähr so hat es getönt –, wenn wir ja doch nicht bei den Vorlagen mitmachen wollen: Mögen Sie sich etwa an die 9. AHV-Revision erinnern, mögen Sie sich erinnern, wie fein man da in diesem Saal dieser 9. AHV-Revision zugestimmt hat? Mögen Sie sich auch erinnern, wie viele Kantonalparteien grosser Regierungsparteien dann statt die Ja-Parole – wie das hier allgemein beschlossen wurde – die Nein-Parole ausgegeben haben? Bitte, es kommt dann schliesslich darauf an, wie man vor das Volk geht.

Es ist so, wie Herr Schatz gesagt hat: Wir sind verpflichtet, von Fall zu Fall einen tragbaren, guteidgenössischen Kompromiss zu suchen, wenn wir dieses Land überhaupt regieren wollen. Sonst geht es nämlich nicht. Wir Sozialdemokraten haben uns angestrengt und unsere Bedingungen genannt: Bis 150 000 Franken geht ungefähr die Entlastung; dies entspricht ziemlich genau dem Vorschlag, der von CVP-Seite – von Herrn Kaufmann – gemacht und von der SVP in der Kommission unterstützt worden ist. Es ist weiter die Bankenbelastung, die das Volk heute wünscht; denn was passiert ist, das will ich nicht wiederholen. Ich will nicht den Stachel für einige Herren in diesem Saal wecken. Aber Sie wissen, was das Volk heute von den Banken hält; denn die Banken haben es ja verstanden, während der ganzen Rezession die Zinsen immer so anzu-

setzen, dass ihre Gewinnmargen ja nicht darunter litten. Das wissen die Hintersten und Letzten, auch diejenigen, die vom Bankfach nichts verstehen. Wir haben dann schliesslich und endlich zwei weitere Postulate; von den Vignetten und vom Schwerverkehr sprechen wir jetzt schon jahrelang. Es gibt sogar eine Kommission Schatz, die die Vignetten befürwortet hat. Von bürgerlicher Seite gibt es also sogar Vorschläge in dieser Richtung. Die Belastung des Schwerverkehrs: Dass jemand, der uns Lasten aufbürdet, diese Lasten eigentlich selber tragen soll, ist ja allen klar. Es soll doch nicht jemand kommen und sagen, dass die Gesamtverkehrskonzeption in ihrer ganzen Grösse auf einmal verwirklicht werden könne. Das glaubt doch nicht der Hinterste in diesem Saal. Ueber 50 Jahre versuchen wir nun eine Lösung Schiene/Strasse, und was ist dabei herausgekommen? Gott sei Dank haben wir jetzt nun ein wunderbares Projekt. Aber wie können wir es verwirklichen? Nach schweizerischer Methode sicher nur Schritt für Schritt. Wenn wir das mit der Vignette und der Belastung des Schwerverkehrs etwas vorgezogen haben, dann ist das nichts anderes als echt schweizerische Politik. Deshalb möchte ich doch bitten, dass nicht je nach Opportunität – jetzt wird der hohe Franken plötzlich hochgespielt, um gewisse soziale Postulate etwas zurückzuschieben – ein anderes Ross vorgespannt wird, um ja die bürgerliche Finanzpolitik damit zu rechtfertigen. Kommen Sie doch lieber aus dem Busch hervor und sagen Sie offen, dass Sie gegen die sozialen Postulate sind! Dann können wir offen kämpfen.

Wir sind nach wie vor für eine Verständigung auf dem Gebiete des Finanzsektors, aber nur dann, wenn es wirklich eine Verständigung ist und nicht ein halber Kompromiss. Darum bitte ich Sie, diese vier Anträge, die wir in der Detailberatung noch stellen werden, doch zu berücksichtigen. Dann ist eine Lösung der Regierungsmehrheit vielleicht doch noch möglich.

Schutz-Graubünden: Wir haben es soeben gehört: Die SP ist nur bereit, zur Finanzvorlage zu stehen, wenn ihre vier Punkte erfüllt werden. Da müssen wir doch ein wenig zurückblenden; zum Beispiel in die Zeit vor 25 Jahren. Von 1950 bis 1975 haben die Ausgaben des Bundes um das Zehnfache zugenommen; allein von 1960 bis heute um rund das Sechsfache. Wenn wir die prozentualen Anteile vergleichen, stellen wir folgendes fest: Für Unterricht und Forschung haben wir 1960 4,3 Prozent des Gesamtaufwandes ausgegeben, 1981 sollen es laut Finanzprogramm 9,7 Prozent sein, aufgrund der gegenwärtigen Gesetze. Für den Verkehr waren es 6,3 Prozent, die auf 15 Prozent erhöht wurden (für Strassenbauten und so weiter), für die soziale Wohlfahrt erhöhten sich die Aufwendungen von 12,5 auf 19,3 Prozent. Demgegenüber ist der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtaufwand rückläufig, nämlich von 13,3 auf 8,5 Prozent; bei der Landesverteidigung ist der Anteil ebenfalls rückläufig, nämlich von 37,3 auf 20,1 Prozent. Diese Fakten sollten heute beachtet werden.

Dank der Konjunktur war es möglich, in den sechziger und siebziger Jahren nicht nur den Nachholbedarf aufzuholen, sondern auch den Sozialstaat auszubauen. In der öffentlichen Hand – zu einem grossen Teil aber auch bei der Privatwirtschaft – war man in bezug auf die Zunahme der Ausgaben recht unbekümmert; oft hat man sich im Glauben gewiegt, die Einnahmen würden sich den Ausgaben schon anpassen. So war man beispielsweise im Bundesrat wie im Parlament weitgehend davon überzeugt, dass das zu Beginn der siebziger Jahre eingegangene Abkommen mit den EG mit dem allmählichen Zollabbau ohne Erhöhung anderer Steuern verkraftet werden könnte.

Aus diesem Sicherheitsgefühl wurde man erst aufgeschreckt durch den Rezessionseinbruch, insbesondere als die während der Wirtschaftskonjunktur geschaffenen neuen Gesetze und Ausgabenvorlagen in Kraft traten und vom Bund die erhöhten Leistungen forderten.

Diese Entwicklung hatte unterdessen auch in den Kantonen und Gemeinden ihren Niederschlag gefunden. Aus

dieser Situation heraus wurde die Vorlage von 1977 geboren und schliesslich am 12. Juni 1977 vom Souverän verworfen. Rückblickend ist festzuhalten, dass jene Vorlage überladen war und zu viele für den Bürger wie für die Wirtschaft unberechenbare Komponenten enthielt.

Heute ist die Ausgangslage so, dass auf breiter Ebene eine Unsicherheit, sogar eine Angstpsychose über die weitere Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte überhaupt um sich gegriffen hat. Man erwartet nun vom Bund eine Finanzordnung, die sich auf die notwendigen Aufgaben beschränkt und Gewähr bietet, dass er die in Verfassung und Gesetzen niedergelegten finanziellen Verpflichtungen weiterhin erfüllen kann. Das ist aber nur möglich, wenn wir heute alle – unter Beachtung unserer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen – offen und ehrlich uns bemühen, bei dieser Vorlage das finanzielle Gleichgewicht im Bund weitgehend zu finden.

Unter Würdigung der Ausgangslage, d. h. der wirtschaftlichen und politischen Situation im Bund und in den Kantonen, hat der Bundesrat versucht, uns eine einigermassen ausgewogene Vorlage zu unterbreiten. Der Ständerat hat sie teilweise geändert und in gewisser Hinsicht belastet, doch immerhin so, dass sie beim Volk noch eine positive Wertung fand. Aber die nationalrätliche Kommission hat dann das Spektrum zum Teil nicht unweesentlich ausgeweitet, und zwar in verschiedener Richtung, so dass eine Verschlechterung gegenüber der bundesrätlichen Vorlage um über 400 Millionen Franken eintritt. Dadurch wird das Boot zusätzlich belastet und droht weiterhin leck zu bleiben. Das wird der grosse Teil unserer Mitbürger von links bis rechts nicht mehr begreifen.

Hören wir endlich auf, Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegeneinander auszuspielen; wir brauchen sie alle in unserer staatlichen Gemeinschaft. Herr Hubacher erklärte, die Schweiz hätte den grössten Verlust beim Bruttosozialprodukt; warum verschwieg er aber, dass wir gleichzeitig die geringste Teuerungsrate aufzuweisen haben und unsere Kaufkraft nach wie vor in den vordersten Rängen unter allen Ländern steht? Wir werden weltweit darum beneidet. Schliesslich haben wir alle vom Zollabbau profitiert. Wir haben damals eben nicht die Konsequenzen gezogen und dem Bundeshaushalt diese Mittel anderweitig zugeführt. Wir sind also alle mehr oder weniger Nutzniesser des hohen Frankenkurses geworden im Zusammenhang mit den Konsumentenpreisen, und das dürfen wir heute nicht vergessen.

Beachten Sie aber auch, dass die heutige Vorlage nicht nur den Bund, sondern – wie Kollege Künzi erklärt hat – ebenso sehr die legitimen Interessen der Kantone, Gemeinden und weiterer öffentlicher Körperschaften berührt. Wir haben als Bundesparlamentarier die Verantwortung für die gesamte Oeffentlichkeit an die Hand zu nehmen.

Aus allen diesen Ueberlegungen ist es unabdingbar, dass wir das Boot, in dem wir als Gemeinschaft sitzen – und das ist hier diese Vorlage – wieder flott machen, d. h. nicht stärker belasten, als es absolut notwendig ist. Nur so haben wir Gewissheit, dass das Volk wieder Vertrauen zum Parlament fasst und uns allen ein intakter Bundeshaushalt und damit die Gewährleistung der erreichten Erungenschaften ein sehr ernst gemeintes Anliegen ist und bleibt.

Schärlí: Wenn ich die aus der Kommissionsberatung hervorgegangene Steuerpaketvorlage des Bundes einer ehrlichen, kritischen Würdigung aus der finanzpolitischen Sicht unterziehe, bekommt sie meinerseits – und sicher auch bei vielen anderen, auch Sachverständigen, die hier nichts dazu zu sagen haben – keine gute Note.

Zentrales Thema bei Finanzvorlagen war bisher: Verbesserung der Grundlagen zum Ausbau unseres Wohlstandes oder Sanierung unhaltbarer Zustände. Was bringt die heutige Vorlage? Weder – noch. Bei der neuen Vorlage kann keine Rede davon sein, dass eine Sanierung der Bundeskasse oder die Bereitstellung von Mitteln für in Aussicht genommene neue Aufgaben vorhanden wäre. Wir wissen:

die Periode beängstigend ansteigender Defizite begann 1971 als Folge der in rasche Fahrt geratenen Ausgabenentwicklung, wobei gleichzeitig die Einfuhrzölle herabgesetzt wurden. Hier muss festgehalten werden, dass die finanziellen Schwierigkeiten beim Bund also nicht erst beim Auftauchen der Rezession eintraten.

Dabei kann nicht übersehen werden, dass die Finanzpolitik des Bundes nicht losgelöst vom wirtschaftlichen Geschehen betrieben werden kann. Die Einnahmen des Bundes werden durch die Rezession in Zukunft kleiner. Wunscheden im Ausgabensektor gehört der Vergangenheit an.

Nun zum Paket als solches. Die veränderte Wirtschaftslage (Währungsfolgen) bedarf dringender Massnahmen seitens des Bundes. Wenn aber der Eindruck beim Fussvolk erweckt werden soll, dass mit dem Systemwechsel von der WUST zur Mehrwertsteuer die Wirtschaft, insbesondere die Exportwirtschaft, aus dem heutigen Dilemma herauskommen könnte, ist dies eine Täuschung, die ein böses Erwachen bringt. Die Exportindustrie profitiert wenig einzig und allein durch den Wegfall der «taxe occulte»: Minderausgaben bei Investitionen, beim Bau von Liegenschaften, bei Maschinenaanschaffungen usw. Hingegen werden die notwendigerweise durch die Teuerung, die die Mehrwertsteuer bringt, vorzunehmenden Lohnanpassungen die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland nicht verbessern, erwarten wir doch eine Mehrbelastung der Wirtschaft von zirka 2 Milliarden Franken. Mit dem Systemwechsel geben wir also unserer Wirtschaft die dringend gleich langen Spiesse zum Ausland nicht. Es darf nicht so sein, dass die Exportwirtschaft, die produktionsbezogene Wirtschaft, die gleiche Krise mitmachen muss, wie sie beispielsweise der Detailhandel in den letzten Jahren mitmachen musste und heute noch mitmacht. 50 000 bis 60 000 Arbeitnehmer mussten in diesem Wirtschaftssektor ihren Arbeitsplatz in den letzten Jahren wechseln, nicht nur einige hundert, wie zum Beispiel bei Firestone. 15 000 bis 20 000 Kleinhändler mit Umsatzgrössen von 100 000 bis 500 000 Franken und einem Eigenlohn von 30 000 bis 50 000 Franken sind aus dem Wirtschaftsleben verschwunden. Für diese Leute gab es keine zinslosen Darlehen, es gab keine staatlichen Bürgschaften oder Investitionskredite usw., um sich der abzeichnenden Struktur anzupassen, Grossraumläden zu bauen, Einkaufszentren aus dem Boden zu stampfen; im Gegenteil: unser Steuergesetz mit der Bevorteilung der genossenschaftlich organisierten Grossverteiler, wie zum Beispiel Migros oder Coop, diskriminierte unsere kleinen Händler laufend, und dies auch heute noch. Hier möchte ich beifügen, dass ehrlicherweise jetzt auch zu prüfen wäre, ob bei einer gerechten Besteuerung dieser Grossverteiler nicht Mehreinnahmen für den Bund zu holen wären in einer Grössenordnung, wie das zum Beispiel diejenigen, die die Bankenbesteuerung verlangen, erwarten. Es ist eine logische Folge, dass gerade diese betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aufgrund der Konkurrenzsituation in der Schweiz die vorgesehene Mehrwertsteuer nicht vollständig überwälzen können und für ihre dazukommende Mehrarbeit oder den Mehraufwand keine Entschädigung erhalten, zum voraus der heutigen Finanzvorlage den Kampf ansagen. Da hilft auch die Ausklammerung des Coiffeurgewerbes nichts. Mit Argumenten, wie zuviel Nachtarbeit, Gratisarbeit für Bern, wird auch in diesem Abstimmungskampf gegen die Mehrwertsteuer getreten. Diese Argumentation ist aber auch echt. Der Arbeitsaufwand zur Abrechnung (Vorsteuerabzug usw.) mit dem selbst zu tragenden, nicht weiter verrechenbaren Steueranteil ergibt bei diesen Detailhändlern – und es sind immerhin noch einige zehntausend – bei ihren Einkommen von 30 000 bis 80 000 Franken eine Eigenlohnreduktion von 5000 bis 8000 Franken. Wenn nun diese Leute an der Front, die täglich pro Betrieb mit einigen Hundert Kunden im Gespräch sind, nur je Laden 10 bis 15 Personen gegen die Vorlage gewinnen, sind das unabhängig von allen anderen Gegnern dieses Steuerpaketes genügend Nein, um das ganze Vorhaben zum Scheitern zu bringen. Aus diesem Grunde meinte ich, das Parlament sollte, wenn es

daran interessiert ist, dem Paket eine einigermaßen gerechte Chance zu geben, dem Anliegen dieser betroffenen Wirtschaftszweige Rechnung tragen und den Minderheitsanträgen zu Artikel 8 (Jahresumsatz bis 500 000 Fr.; 3000 Fr.), Artikel 9 (Entschädigungsanordnung), Artikel 41*quater* (Minimalsteuer für die genossenschaftliche Organisation) entsprechen. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass diese Berücksichtigung unter Umständen eine Schwenkung beim Gewerbe herbeiführen könnte. Ich werde persönlich auch in der Schlussabstimmung diesen Faktoren Rechnung tragen.

Oester: Je mehr ich mich mit dem befasse, was recht euphorisch als «Finanzreform 1978» etikettiert ist, sowie mit den jüngsten Beschlüssen der erweiterten Finanzkommission des Nationalrates, desto deutlicher gewinne ich den Eindruck, heute an einer Beerdigung teilzunehmen: an der Beerdigung der Bundesfinanzpolitik. Was die ganze Sache für mich noch etwas makabrer macht, ist die bohrende Ungewissheit, ob der Sarg überhaupt eine Leiche enthält oder ob er leer ist. Mit andern Worten: ob es eine einigermaßen systematische, kohärente Finanzpolitik in den vergangenen Jahrzehnten auf Bundesebene überhaupt gegeben hat – wenn nicht, dann wäre auch nichts zu beerdigen; dann würde heute einfach die «bewährte», vertraute Wurstlei nach tagespolitischer Opportunität, bereichert um ein paar neue, verblüffende Varianten, weitergehen. Ziel einer echten Finanzreform müsste es sein, klare finanzpolitische Schwerpunkte zu setzen, basierend auf einer einigermaßen sauberen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen. Wir schicken uns heute an, eine neue Steuer, die – wenigstens nach den Wahlen – einen wesentlichen Mehrertrag abwerfen soll, einzuführen. Abgesehen von der politischen Fragwürdigkeit und Gefährlichkeit dieses Experimentes – Herr Schalcher hat deutlich darauf hingewiesen, andere auch – zäumen wir das Pferd am Schwanz auf. Eine Finanzpolitik, die diesen Namen verdient, geht von den Aufgaben des Staates aus, daraus ergeben sich bestimmte Ausgaben, und diese wiederum ermöglichen die Abschätzung des Finanzbedarfs.

Die Einnahmenbeschaffung bildet also das letzte, nicht das erste Glied der Kette. Ich vertrete darum mit aller Vehemenz die Ansicht, dass eine wirklich dauerhafte Sanierung der Bundesfinanzen unter Beibehaltung der gewachsenen Kompetenzverflechtung und -überschneidung nicht möglich ist. Was wir heute haben, ist ein völlig undurchsichtiges Gestrüpp von Subventionen und Subventionchen, ein systemloses Dickicht von Beziehungen zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und privaten Institutionen. Dieser Systemmangel wirkt sich eindeutig ausgabensteigernd aus. Denken Sie an die vielfrequentierten «Löcher im Fass»! Solange sie nicht abgedichtet sind, nützen neue Einnahmen nichts. Zuerst müsste dafür gesorgt werden, dass die Kompetenz, Ausgaben zu beschließen, wieder mehr mit der finanziellen Verantwortung übereinstimmt. Die Erfahrung zeigt doch seit Jahren, dass auf Kantons- und Gemeindeebene häufig Ausgaben nicht wegen ihrer sachlichen Dringlichkeit beschlossen werden, sondern vorab, weil Subventionen winken. In diesem Umstand ist die eigentliche Erklärung dafür zu erblicken, dass die Bundessubventionen sich seit 1958, als sie 623 Millionen ausmachten, auf rund 6000 Millionen aufgebläht haben. Das sind etwa 35 Prozent der Gesamtausgaben. Obwohl schon einiges getan worden ist – das gebe ich gerne zu –, muss noch viel zielfreie Arbeit geleistet werden, um die unheilvolle, ausgabensteigernde Verfilzung der öffentlichen Haushalte nachhaltig abzubauen. Die Weichen sind nun aber vorerst anders gestellt worden, nicht von uns.

Darum gestatten Sie mir noch einige grundsätzliche Bemerkungen zur Mehrwertsteuer, die heute im Zentrum der Beratungen steht. Man versucht, sie als Exportförderungsmaßnahmen zu verkaufen. Sorgfältige Studien von Steuerfachleuten haben ergeben, dass die geltende WUST die Exportprodukte, beispielsweise der Maschinenindustrie als wichtigstem Ausfuhrzweig, bei einem Satz von 7 Prozent

(den wir noch nicht haben) nicht mehr als mit 1 Prozent belasten würde. Die «taxe occulte» spielt also eine völlig untergeordnete Rolle, vor allem, wenn man die Währungssituation betrachtet. Zudem wird die mit der Mehrwertsteuer angestrebte stärkere Belastung des Konsums die Exportwirtschaft indirekt auch wieder treffen, nämlich über die indexgebundenen Lohnkosten. Herr Schärlí hat das soeben zu Recht gesagt. Daran sollte man auch denken.

Im weiteren ist die Behauptung nicht richtig, die Hälfte der WUST treffe die Investitionen. Es ist etwa ein Viertel. Die Eidgenössische Kartellkommission hat 1970 festgestellt, die WUST führe auch nicht zu einer Wettbewerbsbehinderung. Sie hat aber Mängel; das ist klar. Diese ließen sich bei gutem Willen innert nützlicher Frist weitgehend ausmerzen. Ein Vorgehen, das ich im Blick auf den 12. Juni 1977 und im Hinblick darauf, dass die WUST ohnehin befristet ist, für zweckmässiger halte als die Einführung einer neuen Steuer, die nach Aussagen hervorragender in- und ausländischer Experten der privaten Wirtschaft einen enormen administrativen Aufwand – um nicht zu sagen Leerlauf – bringen wird, das in einer Zeit, da wir dieser Wirtschaft helfen wollen. Sie wird auch einen wesentlich grösseren Kontrollapparat erfordern. Kenner rechnen mit einem zusätzlichen Bedarf an Steuerkontrolleuren von 130 bis 180 Personen. Alles Gründe, die es uns eigentlich hätten nahelegen sollen, vor einem zweiten, sehr riskanten Mehrwertsteuerexperiment die geltende WUST zu einer modernen Einphasen-Verbrauchssteuer weiter zu entwickeln.

Im Interesse der Sache, d. h. aus finanzpolitischer Verantwortung, bin ich trotz dem, was ich jetzt gesagt habe, bereit, auf die Vorlagen A und B im Sinne des von Herrn Bremi genannten kleinsten gemeinsamen Nenners einzutreten. Die Vorlagen C und D dagegen sind in der Zielsetzung richtig – ich werde Ihnen zu gegebenem Zeitpunkt vehement meine Unterstützung leihen –, aber noch völlig unausgegoren. Sie schaden im jetzigen Moment viel mehr als sie nützen, leider. Wir sollten sie deshalb zurückstellen und sorgfältiger vorbereiten. Gleichzeitig – damit möchte ich schliessen – erwarte ich, dass die mittelfristig zu lösenden strukturellen Probleme (Aufgabenverteilung im Bundesstaat, «Subventionitis») nun zielfreig an die Hand genommen werden, damit in einigen Jahren wenigstens eine echte Bundesfinanzreform durchgeführt werden kann.

M. Riesen-Fribourg: Décidément, cette réforme des finances suit un chemin montant, caillouteux, sablonneux, voire boueux à souhait. En mai, le président de la commission constatait que ça grinçait et que ça concrait! En est-il mieux aujourd'hui? Bien sûr, il faut faire la part du feu en ne se formalisant pas trop de certaines interventions vengeresses du genre de celle de M. Allgöwer que nous avons entendu ce matin. Mais même délivré de ce «ballast» préélectoral, le débat d'aujourd'hui demeure extrêmement dur, ce qui ne doit pas empêcher un minimum de courtoisie ni une certaine objectivité à défaut d'une objectivité certaine. Donc notre débat est dur. Tant mieux dirai-je, car cette dureté est la seule condition à remplir pour que nous y voyons enfin clair. Cette dureté va permettre aux groupes représentés dans ce Conseil de préciser leur position, de définir les conditions de leur adhésion au paquet financier qui va sortir de nos délibérations. Pour le groupe socialiste, l'attitude, face au projet, reste la même qu'elle fut tout au long des débats de la commission. Nous n'avons pas varié durant ces fameuses quarante-trois heures de débats et nous ne varierons pas non plus durant les débats au plénium. Nos collègues Helmut Hubacher et Hans Schmid vous ont fait part de nos préoccupations et vous ont, une fois de plus, résumé nos positions. Sans être en aucune manière en contradiction avec nos porte-parole allemands, le point de vue des représentants socialistes romands dans ce conseil mérite encore d'être précisé ici. Tel est donc le but de cette intervention. D'abord, le problème de la procédure et de l'horaire. On veut nous imposer le raccourcissement d'une se-

maine de la présente session ordinaire et nous donner en plus une semaine de session extraordinaire en octobre. Nous ne pouvons pas nous rallier à cette procédure, essentiellement pour les trois raisons suivantes.

Premièrement, il y va de la dignité de notre conseil. Nous ne pouvons pas nous laisser renvoyer à domicile, comme des tâcherons dont on n'aurait temporairement plus besoin, pour des raisons d'ordre météorologique par exemple. Nous sommes un Parlement de milice, on nous le répète assez et, à ce titre, nous avons le droit de planifier nos activités au moins quelques semaines à l'avance et ne pouvons nous laisser imposer des changements aussi brusques.

Deuxièmement, nous pensons qu'il doit y avoir égalité de traitement entre les deux conseils. Si le Conseil des Etats ne veut pas se laisser imposer un rythme de délibérations accéléré pour tenir ses débats, nous n'avons aucune raison d'accepter, nous, des chambardements, même des chambardements intempestifs. N'oublions pas que, avant de pouvoir nous réunir en plénum lors de la session extraordinaire, la commission des finances de notre Conseil devra encore poursuivre ses travaux en examinant les divergences, et on peut estimer ces dernières nombreuses.

Enfin, nous pensons qu'il est vain de nous imposer un rythme de travail qui sera forcément préjudiciable au résultat final. Il nous semble préférable de présenter un projet mûr, lors d'une votation en mai, que d'affronter le corps électoral en février, avec un projet bâclé.

Et j'en viens maintenant au problème de fond que je traiterai en six points.

Premièrement, le groupe socialiste a toujours et a encore et aura toujours la volonté de donner à la Confédération les moyens financiers qui lui permettent d'assumer ses tâches, ses tâches dans le secteur social en particulier. Mais sachant combien cette volonté que nous avons est connue, le groupe socialiste ne peut admettre que l'on cherche à l'emprisonner dans de faux dilemmes. Il estime que les finances de la Confédération doivent être assainies non par un effort unilatéralement imposé, mais par un effort équitablement réparti. Pour nous, les idées d'assainissement des finances fédérales et celles de l'équité fiscale resteront toujours étroitement liées.

Deuxièmement, le changement de motivation, intervenu depuis la présentation du projet du Conseil fédéral, ne doit pas nous faire perdre de vue le problème fondamental que je viens d'évoquer sous point un, c'est-à-dire l'assainissement des finances fédérales. Comme vous le savez, ce printemps, on évoquait la nécessité de l'équilibre budgétaire. Aujourd'hui, on se retranche derrière les impératifs de la situation économique. Nous voulons bien, mais nous nous opposons à la manœuvre de surprise qui consiste à nous faire accepter un projet incomplet à nos yeux.

Troisièmement, c'est pourquoi nous sommes contre toute solution minimaliste. M. le conseiller fédéral Chevallaz nous disait, au début de la dernière session de la commission: «Messieurs, je vous en prie, adoptez le changement du système d'imposition indirecte en introduisant la TVA et amenez encore l'impôt fédéral direct, mais tout le reste c'est de la théologie.» Non, Mesdames et Messieurs, nous ne pouvons pas nous rallier à une mini-revision dont la seule ambition serait uniquement le changement de système, c'est-à-dire l'introduction de la TVA. Si nous le faisions, nous ne serions pas fidèles à nous-mêmes en donnant la priorité à l'institution définitive d'un impôt indirect plus lourd qu'actuellement, car l'introduction isolée de la TVA donnerait une place disproportionnée à l'imposition indirecte dans le système fiscal fédéral. Et une fois ce changement introduit, la Confédération serait fatalement obligé de perfectionner ce système que l'on viendrait de changer car, faute de disposer d'autres sources en suffisance, la Confédération serait obligée d'augmenter, et probablement à petits pas successifs, le taux de la TVA

dont la part dans les ressources fédérales deviendrait fortement disproportionnée.

C'est pourquoi, encore une fois, nous nous opposerons à toute solution minimaliste.

Quatrièmement, le régime que nous pourrons soutenir devra comporter davantage que le projet primitif que nous avions soumis le Conseil fédéral. Dans ce sens, nous avons déjà obtenu l'adhésion de la commission pour l'introduction, par des arrêtés fédéraux et non pas par voie de motion, je le précise, de l'imposition du trafic lourd et du prélèvement d'une vignette pour pouvoir circuler sur les autoroutes.

A ce dernier propos, je précise que ce prélèvement devrait être minime. Il ne doit pas conduire à faire payer une seconde fois la construction de nos autoroutes par les automobilistes suisses. Et avec une vignette annuelle de 10 francs, la charge pour ces derniers serait de quelque 20 millions de francs, mais les étrangers nous apporteraient 240 millions. Vue sous cet angle, l'opération devient extrêmement intéressante pour la caisse fédérale, tout en restant supportable pour les automobilistes suisses et tout en demeurant provisoire. En d'autres termes, sa véritable affectation, qui est la réalisation de la conception globale des transports, ne devrait pas être perdue de vue pour autant. Cinquièmement, il nous reste à préciser notre condition principale, qui est l'imposition des banques. D'emblée, nous précisons qu'il ne s'agit aucunement, comme on l'a prétendu, d'une expédition punitive ni d'une quelconque névrose bancaire, mais nous voulons pour le moins atteindre l'assujettissement à l'impôt anticipé des affaires fiduciaires réalisées par les banques, et cela au taux réduit de 5 pour cent. Cette dernière proposition n'est aucunement abusive. Au contraire, elle est tout ce qu'il y a de plus raisonnable. Une telle imposition n'entraînerait pas la mort de cette fameuse poule aux œufs d'or dont on a souligné l'existence dernièrement. Au contraire, une poule aux œufs d'or, c'est fait pour pondre, et les œufs qu'elle pond sont destinés à la consommation et non pas à la mise en conserve. En cette période où la récession pointe à l'horizon, l'Etat, Monsieur le Conseiller fédéral, a besoin d'aliments revitalisants comme les œufs. Il devrait en faire une provision, car notre Etat anémisé ne les supporterait plus; à ce moment-là, ils seraient trop lourds pour sa capacité digestive. C'est maintenant qu'il faut consommer ces œufs; il ne faut pas attendre.

De plus, le secteur bancaire a pu profiter à 100 pour cent de la hausse, marquée d'abord, puis vertigineuse, du cours du franc suisse, alors que le tourisme et les industries d'exportation durent, eux, en supporter les effets négatifs. En particulier, les industries d'exportation ont pu maintenir dans une certaine mesure leur position sur les marchés extérieurs grâce à une productivité accrue, rendue possible grâce aux efforts des travailleurs, sans que ceux-ci aient bénéficié des améliorations salariales auxquelles cet accroissement de la productivité leur donnait droit. C'est là une raison de plus pour obliger enfin le secteur bancaire à faire sa part dans le cadre du nouveau régime des finances fédérales.

Sixièmement, le groupe socialiste ne peut donner son adhésion qu'à un projet qui lui permette de mobiliser son électorat. Faire le contraire serait malhonnête et irresponsable. Nous rendrions un très mauvais service à notre pays en soumettant au vote populaire un projet entaché du risque d'échec, car un nouvel échec du plan de réforme des finances fédérales serait infiniment plus dangereux et plus grave pour l'avenir que le fait d'attendre d'avoir assez d'atouts en main pour surmonter sûrement cette redoutable épreuve qu'est la votation populaire.

Oehen: Sie werden sich nicht verwundern, wenn ich meinem Unbehagen über das Schauspiel der Regierungsparteien Ausdruck gebe. Ich glaube nicht, dass mit den vorderstandenen finanzpolitischen Seilziehen um relative Nebensächlichkeiten (statt der klaren Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Grundfragen) das Vertrauen

des Schweizervolkes in seine politische Führung gestärkt wird, ein Vertrauen, das wir vielleicht gerade für die nächste Zeit sehr notwendig hätten.

Vor etwas mehr als einem Jahr hat das Schweizervolk das System Mehrwertsteuer als Basis der Finanzierung der Bundesaufgaben klar abgelehnt. Große Teile der Bürgerschaft sind zweifellos enttäuscht, ja empört, wenn heute wiederum eine Vorlage mit der Mehrwertsteuer als Herzstück vorgelegt wird; denn die Mehrwertsteuer wird unseres Erachtens nicht dadurch annehmbar, dass der vorläufige Steueransatz etwas tiefer angesetzt wird oder gewisse Gruppen ausgenommen werden. Wir waren und sind aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Einführung der Mehrwertsteuer, dies, obwohl die heutige Vorlage für uns zwei Zuckerchen, nämlich die Einführung der Autobahnvignette und die Schwerverkehrssteuer enthält. Wir werden also gezwungen sein, auch der vorliegenden Reformvorlage den Kampf anzusagen. Konsumsteuern sind in unserer denaturierten Marktwirtschaft an sich fragwürdig. Sie können zwar ergiebig, billig in der Erhebung, lückenlos und stetig in Entwicklung sein. Im Rahmen eines ausgewogenen Steuersystems könnten sie mithelfen, auch jene Schichten zur Lastentragung heranzuziehen, die sich mit Hilfe des Stimmzettels von den direkten Steuern weitgehend freizuhalten vermögen. Aus der Verbrauchsstatistik lässt sich zudem beweisen, dass die Belastung in den höheren Einkommensklassen richtigerweise zunimmt. Trotzdem ist in unserem System die Konsumsteuer fragwürdig. Alle genannten Mechanismen können nur in einer freien Marktwirtschaft, mit freiem Arbeitsmarkt und flexiblen Löhnen und Gehältern zum Spielen kommen, und genau diese Voraussetzungen fehlen in unserem Wohlfahrtsstaat. Es besteht kein Zweifel, dass die vermehrte Konsumbesteuerung gänzlich in den Index eingehen und über den Teuerungsausgleich der grossen Mehrheit der Erwerbstätigen rückerstattet werden wird. Damit stellt sich die Frage, wer denn eigentlich nach der geplanten Steuerreform die Zechen tatsächlich zu behahlen habe. Dank dem Indexlohn sind Konsumsteuern keine Steuern, sie sind vielmehr Sonderabgaben für jene Lohnempfänger, Individualsparer und Selbständigerwerbende, welche die Teuerung nicht oder doch nicht voll weitergeben können. Tatsächlich werden sie zum Opfer des Versuchs, die durch ordentliche Steuern nicht mehr gedeckten Lasten der Bundeskasse kurzerhand über vermehrte Inflation auf die Schwächsten des Volkes abzuwälzen, die schon in den vergangenen Jahrzehnten die Hauptlast der Inflation zu tragen hatten. Weil Parlament und Regierung nicht willens sind, der Mehrheit vorzuschlagen, mit dem Stimmzettel nicht nur höhere Ausgaben zu beschliessen, sondern sich auch die erforderlichen höheren Steuern selbst aufzuerlegen, wird auf ungerechte Weise über die Inflation das kleine Sparkapital zur Deckung der Staatsdefizite herangezogen. Es werden alle jene getroffen werden, denen die entstehende Teuerung eben nicht abgegolten wird oder welche die Zusatzsteuer nicht abwälzen können. Die künstlich ausgelöste Inflation wird den kleinen Sparern einen Teil ihres Sparkapitals wegnehmen. Zusätzlich werden die mittleren Steuerzahler über die kalte Progression und über die aller Voraussicht nach notwendig werdenden späteren Erhöhungen der direkten Steuern zur Kasse gebeten werden. Damit zeigt sich, dass erhöhte Konsumsteuern für uns kein gangbarer Weg mehr sind, um die Staatsaufgaben zu finanzieren. Neben den direkten Steuern müssten vor allem das Verursacherprinzip zur Geltung gebracht werden und gezielt Sondersteuern eingesetzt werden, die aber im Lebenskostenindex nicht Eingang finden dürfen.

Sie wollen die bisherige Umsatzsteuer fallenlassen, um unserer Exportwirtschaft zu helfen. Für uns besteht kein Zweifel, dass gegenwärtig die beste Hilfe an die Exportwirtschaft darin besteht, die Inflation auf dem heutigen tiefen Stand zu halten. Dies wird aber mit dem vorgeschlagenen Steuersystem unseres Erachtens nicht möglich sein. Als weitere Negativpunkte für eine Mehrwertsteuer seien

die aufwendigen Erhebungen auf Seiten des Staates und der Wirtschaft, insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe, erwähnt. Damit ist sie wettbewerbsnachteilig für die Kleinbetriebe und fördert den Konzentrationsprozess; sie wird aus naheliegenden Gründen zudem arbeitsplatzfeindlich wirken, was wir gegenwärtig beileibe nicht benötigen, und sie wird uns weiter auf den Weg der Internationalisierung und der internationalen Verflechtung führen. Im Rahmen der echten Notwendigkeiten zur Erfüllung der Aufgaben unseres Staates schlagen wir vor, die Umsatzsteuer zu vereinfachen und zu verbessern, im Sinne einer Einphasensteuer auf der Detailhandelsstufe. Dazu sind Ergänzungsteuern vorzusehen, die gleichzeitig als Steuerungsinstrumente für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eingesetzt werden können. In diesem Sinne haben wir in der Vergangenheit zahlreiche Vorschläge gemacht. Ich möchte diese heute hier nicht wiederholen. Autobahnvignette und Schwerverkehrssteuern wären ein Anfang, der seine Fortsetzung zum Beispiel in einer progressiv ansteigenden Energiesteuer finden müsste. Wir werden dem Antrag Fischer auf Nichteintreten zu stimmen, und ich wiederhole, dass wir in der Volksabstimmung gegen die Mehrwertsteuer antreten werden.

Biderbost: Wir wären also beim zweiten Anlauf für diese Bundesfinanzreform, und die Verwirrung wird eher grösser.

Heute morgen haben wir im Radio gehört, die Bundesparteien seien noch nicht einig. Wer nun inzwischen heute diese Debatte verfolgt hat, dem kommen Zweifel, ob überhaupt diese Parteien je einig werden würden. Wenn wir da Ausdrücke hörten wie: Konzeptlosigkeit, Inkonsistenz, Profiteure der Wirtschaft, Strafexpedition, Schwarzpeterspiel usw. – man sprach sogar vom Feindbild und beschwore den Staatsanwalt herauf –, dann, glaube ich, kann man sich schon fragen, wie das nun wirklich hier weitergehen soll. Aber es hat wohl keinen Sinn, hier den Bankräuber oder umgekehrt den Stammheiligen der Bankiers, Coiffeure oder Advokaten zu spielen. Nun möchte ich meinerseits natürlich auch nicht den Nikolaus von der Flüe spielen, aber doch immerhin sagen, dass wir auf diese Art und Weise ja vermutlich kaum erfolgreich sein werden, weder hier, wenn man so weit auseinander ist, noch (und erst recht dann) bei der Volksabstimmung, denn unser Produkt müssen wir schliesslich auch verkaufen, und zwar, wenn möglich, unter dem gleichen Firmennamen. Zudem sind wir eigentlich, so weit wir heute sind, zum Erfolg verurteilt. Wir sind es diesem Staat schuldig, dass wir etwas bringen, das Bestand hat. Wenn wir nicht einig sind, dann fügen wir diesem Staat eben einen schweren Schaden zu. Ohne eine gemeinsame Plattform werden wir diesen Erfolg ja bestimmt nicht haben. Wir sind ja in der Schweiz doch so weit, dass jede grössere oder sogar weniger grosse Formation ein Projekt bodigen kann – das ist die eine Seite –, dass aber keine Partei allein es zustande bringt, ein Projekt durchzubringen. Das sind nun einmal die politischen Realitäten. Daher müssen wir doch zu einem Kompromiss kommen. Wir sind geradezu zu einem Kompromiss verurteilt. Ganz im Gegensatz zu Herrn Kollege Schatz bin ich der Meinung, dass wir diesen Kompromiss suchen müssen, dass er der einzige Weg ist, den wir haben. Wir haben keine Alternative, weder eine bürgerliche noch eine sozialistische. Ueberhaupt passen Alternativen nicht in unser politisches System hinein. Das mag im Norden oder in England gang und gäbe sein; das ist aber nicht unser politischer Stil. Dagegen scheint es mir, dass wir, um zu diesem notwendigen Kompromiss zu gelangen, sehr breit angelegte Schwerpunkte setzen müssen, innerhalb derer wir dann diesen eben notwendigen Kompromiss finden können. Sie werden es mir natürlich nicht verargen, wenn ich der Meinung bin, dass er sich mit dem trifft, was Ihnen Herr Kollege Weber namens der CVP-Fraktion auch vorgeschlagen hat.

Wenn wir davon sprechen, dass Schwerpunkte gesetzt werden müssen, dann ist der erste sicher der, dass wir

eine tatsächliche Reform hinbringen, eine Sanierung oder zum mindesten dann einen Ansatz hiezu; nicht nur, wie man das jetzt einerseits machen möchte, einen Systemwechsel, Hals über Kopf nun plötzlich beeindruckt durch die Wirtschaftslage, die in der Tat sich zu unseren Ungunsten geändert hat und den Export schwer gefährdet. Dies ist im Moment ganz bestimmt der wichtigste Punkt, über den wir zu diskutieren haben, eben der Satz der Mehrwertsteuer. Am 12. Juni 1977 haben wir darum gekämpft – ich gehörte auch dazu –, dass nur der Satz von 10 Prozent der richtige sei. Ich bin heute noch überzeugt, dass er an sich in einer guten Finanzpolitik notwendig wäre. Wenn wir nun in diesem Falle glaubwürdig sein wollen – und das wollen wir doch sicher –, dann ist dieser Satz aber nicht beliebig manipulierbar. Es ist also sicher richtig, dass wir als eigentlichen Satz 8 Prozent annehmen, so, wie es im Ständerat auch gewesen ist, und so, wie es die CVP auch vorschlägt. 7 Prozent allerdings, als Ausnahme, wegen der Befürchtungen bezüglich der Wirtschaftslage, wenn man das heute klipp und klar erklärt, wären auch berechtigt, aber wir dürfen nicht vergessen, dass uns das dann immerhin 750 Millionen kostet.

Dann sollten wir also bei diesem Satz bleiben. Es ist schon richtig, was einige Vorredner auch gesagt haben: Wenn wir heute einen Satz von 7 Prozent festsetzen mit der Möglichkeit, ohne weitere Rechtsabstimmung auf 8 zu gehen, dann wird uns das einfach nicht abgekauft, und mit gutem Recht, scheint mir. In einer echten Reform sollten wir auf dem ursprünglichen Satz von 10 Prozent verbleiben. 8 oder gar 7 Prozent genügen natürlich nicht, um diese echte Reform herzubringen. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: Entweder verschuldet sich der Bund; das wollen wir nicht, denn das ist ein langsames Ersticken. Bald würde uns dabei das Wasser bis zum Halse reichen. Wir hätten Riesendefizite und dann auch eine Riesenzinslast. Das kann man nur ganz kurze Zeit verkraften. Auf der andern Seite das Sparen: Da sind wir schon einverstanden, das müssen wir mit 8 oder mit 7 Prozent ganz gewiss tun, – abgesehen davon, dass ja das Sparen heute wirklich populär ist. Wir haben es in Abstimmungen festgestellt, als man mit dem Brotpreis so leicht in Demagogie machte; dort hat der Sparbefehl nachgewirkt. Ich glaube also, wenn wir schon auf die Bürger hören wollen, dann müssen wir dort etwas machen. Aber wir dürfen es nicht zu weit treiben; daher müssen wir auf mindestens 8 Prozent gehen, denn jede Sparübung, die wir machen, bleibt gerade in den Randgebieten – denjenigen, die es am meisten nötig haben – hängen, und das ist sicher nicht das, was wir wollen. Das Sparen hat Grenzen, und die müssen wir sehen.

Wenn wir bei diesen Sätzen sind, dann möchte ich doch in gleicher Optik auch den Sonderfall des Tourismus erwähnen. Die Wirtschaftslage ist in der Tat prekär. Der bereits einmal zitierte Herr de Weck hat ja auch den Rat gegeben: Weg von der Industrie und hin zum Tourismus. In der Tat stellen wir allgemein fest, dass der Tourismus bis heute eine verhältnismässig resistente Branche ist. Wir wollen allerdings nicht näher untersuchen, ob dort Reserven angegriffen wurden, ob notwendige Investitionen unterlassen wurden usw. Die Zukunft sieht jedenfalls bei einem anhaltend hohen Frankenkurss weniger rosig aus. Wir haben heute morgen in den Zeitungen lesen können, dass die Mark unter 80 gefallen ist, und die Talfahrt des Dollars ist auch nicht beendet. Es sind genau Leute aus diesen Währungsgebieten, die vornehmlich unsere Gäste sind. Wir müssen also verstehen, dass im Tourismus eine tiefe und berechtigte Besorgnis besteht. Es sind die Berggebiete, die vor allem den Tourismus ausnutzen müssen; dort ist er die einzige Alternative zur Landwirtschaft. Wir müssen deshalb vorsichtig sein mit dem Einbezug des Tourismus in die Mehrwertsteuer. Wenn wir das nun kombinieren, einerseits die schwierige Lage im Tourismus und anderseits die Tatsache, dass dieser neu hinzugezogen wird, dann glaube ich, müssen wir dabei um so vorsichtiger sein.

Ich möchte hier der Kommission den Dank aussprechen, dass sie auf diesen Satz von 4 Prozent gegangen ist. Gleichzeitig ist ja die Möglichkeit vorhanden, noch tiefer zu gehen, für den Fall, dass die Wirtschaftslage im Tourismus sich noch verschlechtern sollte.

Nun noch ein weiterer Schwerpunkt: die soziale, vor allem familienfreundliche Gestaltung der direkten Bundessteuer. Ich glaube, dass auch hier die Kommission gute Arbeit geleistet hat. Die Abzüge, die von Herrn Kollega Kaufmann vorgeschlagen wurden, wirken sich bestimmt familienfreundlich aus; sie haben aber – zugegeben – eine zweite Folge, nämlich die, dass sie sich in höheren Einkommen auch stärker auswirken. Aber ich glaube, das können und müssen wir verkraften. Wir haben ja den gesetzlichen Auftrag, die kalte Progression auszugleichen, auch in höheren Lagen. Hier und mit diesem System tun wir es dort, wo grosse Familien sind.

Alles in allem muss ich sagen, dass es unser Anliegen ist, mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu zeigen, als dies heute der Fall war, und dass wir diese komplizierte und unpopuläre Materie dem Stimmbürger anhand von leicht erfassbaren Schwerpunkten näherbringen möchten, ohne vom Hauptziel unserer Arbeit, d. h. von einer echten Reform, abzurücken. Wir müssen auch hier volksnah und verständlich politisieren. Damit ist sicher allen am besten gedient, womit ich für Eintreten und Durchziehen der Vorlage bin.

Stich: Wenn heute in dieser Debatte überhaupt neue Erkenntnisse gewonnen wurden, dann sicher diese, dass es wenig populär ist, eine Sanierung der Bundesfinanzen durchzuführen. Trotzdem bleibt uns als Parlamentarier diese Aufgabe nicht erspart, gleichgültig, ob Mitglied dieser oder jener Bundesratspartei. Denn ich nehme an, dass auch die andern nicht einfach wegen ihres Sitzungsgeldes hier sind, sondern sich auch verpflichtet fühlen, für diesen Staat eine tragbare Lösung zu finden. Die Aufgabe, die uns gestellt ist, könnte man in drei Teile gliedern:

1. Wir müssen unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen einen mittelfristigen Budgetausgleich finden.
2. Wegen der nicht normalen wirtschaftlichen Verhältnisse müssen wir möglichst kurzfristig die Mehrwertsteuer einführen und nicht – wie viele glauben – der schlechten Lage wegen darauf verzichten.
3. Die dritte Aufgabe ergibt sich aus den beiden andern: Wir haben eine Lösung zu suchen, die auch die Annahme von Volk und Ständen findet, denn sonst können wir die beiden andern nicht lösen. Dies setzt aber voraus, dass im ganzen das Volk überzeugt ist, dass wir eine annehmbare Vorlage präsentieren, die die Lasten nach der Meinung der Mehrheit einigermassen gerecht verteilt.

Zuerst ein Wort zum Budgetausgleich. Der Budgetausgleich ist früher terminlich bestimmt worden; das scheint mir heute wenig sinnvoll zu sein. Aber auch unter der Annahme, dass wir mit normalen Verhältnissen und 8 Prozent Mehrwertsteuer rechnen, ist doch nach dem Finanzplan davon auszugehen, dass dieser Ausgleich gemäss dem Vorschlag des Bundesrates nicht erreicht wird. Persönlich bin ich allerdings davon überzeugt, dass die Ausgabenabschätzungen im Finanzplan zu hoch sind. Ich bin mir auch bewusst, dass das ursprüngliche Defizit von 500 Millionen Franken pro Jahr im Grunde genommen auch bei einem normalen Budget im Rahmen einer Schätzungs differenz liegt.

Nun hat der Bundesrat allerdings mit Recht auf die Kürzungen bzw. auf die Verlagerungen im sozialen Bereich verzichtet, und damit entstehen notgedrungen wieder grössere Ausfälle. Meines Erachtens hat aber eine Finanzvorlage – wie gesagt – unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn das Volk sieht, dass für die Zukunft die finanziellen Probleme gelöst sind und nicht innerhalb eines Jahres oder zweier Jahre bereits wieder irgendeine neue Vorlage kommen muss. Ich glaube, diese Überlegung allein führt schon dazu, dass wir diese Vorstellungen, vor allem der freisinnigen Frak-

tion, von einer Mini-Lösung ganz eindeutig ablehnen müssen, dass man einfach die Umstellung macht: Mehrwertsteuer 7 Prozent und kalte Progression ausgleichen. Es kommt noch dazu, dass es wenig verständlich wäre, beim Konsum eine Mehrbelastung zu fordern und gleichzeitig bei den relativ grossen Einkommen keine Erhöhung bzw. einfach eine Entlastung vorzusehen. Das wäre nicht vertretbar im Sinne eines gerechten Lastenausgleichs. Aber diese Tatsache, dass die Vorschläge des Bundesrates allein nicht genügen, hat unsere Fraktion dazu geführt, weitere Vorschläge zu machen. Das ist der eine wesentliche Grund.

Der zweite wesentliche Grund liegt aber auch in den Erfahrungen, die wir alle gemacht haben, die die letzte Vorlage vom Juni 1977 vertreten haben. Dort ist immer und immer wieder erklärt worden: Das ist alles gut und recht, aber wir sollen jetzt Mehrwertsteuer bezahlen, wir zahlen Autostrassengebühren, wenn wir ins Ausland gehen, und bei uns zahlen die Ausländer nichts. Das hat man immer und immer wieder gehört. Hier finden wir doch, dass in der Verfassung mindestens der Grundsatz für Vignetten festgelegt werden muss; er bringt daneben schätzungsweise auch noch rund 200 Millionen Franken ein, je nach der Ausgestaltung des zukünftigen Gesetzes. Dort wird man ja dann länger Zeit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Die gleiche Ueberlegung spricht auch für die Belastung des Schwerverkehrs. Auch hier haben wir immer und immer wieder gehört: Warum belastet man den Schwerverkehr nicht etwas mehr, denn es ist doch hinlänglich bekannt, dass in der Kategorienrechnung der Schwerverkehr seine Kosten nicht deckt, dass also aus anderen Quellen zusätzlich Mittel aufgebracht werden müssen, während wir dann umgekehrt anderseits auch beim öffentlichen Verkehr ein Milliardendefizit pro Jahr haben? Deshalb ist es doch sinnvoll, wenn wir heute diesen Versuch auch hier wagen, auch wenn man sich bewusst ist, dass die Konkurrenzverhältnisse zwischen Bahn und Schiene damit nicht wesentlich verändert werden. Aber tendentiell ist die Massnahme sicher richtig.

Gleichzeitig muss man sich auch bewusst sein, dass eben doch 1980 der Strassentunnel durch den Gotthard eröffnet wird. Hier sollten wir nicht einen Magneten haben, der den Schwerverkehr auf unsere Strassen zieht. Ich erinnere Sie daran, dass im Ständerat eine Motion Andermatt akzeptiert worden ist. Ich bin überzeugt, dass diese Motion auch hier angenommen werden wird.

Ich kenne die Bedenken, die gegen diese beiden Massnahmen vorgebracht werden. Es sind die Bedenken, die auch der Bundesrat im grossen und ganzen hat. Man hört immer wieder: Ja, im Prinzip ist die Sache schon gut und recht, aber wir haben eine Gesamtverkehrskonzeption, die wir nicht gefährden und nicht präjudizieren möchten. Allen, die hier diese Vorschläge unterstützen, geht es wohl auch darum, nicht ein Präjudiz zu schaffen. Deshalb haben wir schon in der Kommission erklärt: Wir wären auch bereit, diese beiden Massnahmen – wenn das verfassungsrechtlich denkbar wäre – zu befristen bis zum Inkrafttreten der Gesamtverkehrskonzeption, so dass also von hier aus die Zusicherung gegeben werden könnte, dass durch diese Massnahmen nicht ein Präjudiz, ein einseitiges Herausbrechen einer einzelnen Massnahme geschaffen würde.

Auch hier stehen einige hundert Millionen Franken zur Diskussion (rund 300 Millionen), so dass wir damit rechnen können, dass im Volk nun doch auch gesehen wird, dass wir versuchen, die Lasten gleichmäßig zu verteilen. Ich glaube, diesen Versuch sollten und müssen wir wagen. Wir werden auch eine Lösung finden müssen bei den Banken. Meines Erachtens – Herr Bundesrat – ist es nun Zeit, dass der Bundesrat in bezug auf diese drei Massnahmen einmal ganz klar Stellung bezieht im Namen des Gesamtbundesrates. Man kann nicht immer sich distanzieren und mit vielen Wenn und Aber sagen: Es ist schon recht usw. Hier, glaube ich, müsste der Bundesrat sich doch endlich entscheiden.

Sie aber bitte ich: Helfen Sie mir, dass wir eine Lösung finden. Es ist notwendig, dass wir die Finanzen sanieren; es ist aber auch nötig, dass wir vor allem im Interesse der Exportindustrie zur Mehrwertsteuer übergehen. Es ist nicht so, Herr Schärli, dass man der Wirtschaft zwei Milliarden zusätzlich aufbrummt. Nach den Beschlüssen mit 7 Prozent macht die Mehrwertsteuer 500 Millionen aus, und wenn Sie das Gesamte ansehen in dem Finanzpaket, ist es noch weniger.

Schwarzenbach: Ich bilde mir nicht ein, zum Gelingen oder Misserfolg der Finanzreform etwas beitragen zu können. Wenn ich dennoch das Wort ergreife, dann um etwas auszusprechen, was doch zu diesen Verhandlungen gehört.

Als Mitglied einer politischen Gruppierung, die in allen Kommissionen weder Sitz noch Stimme hat, als einer, der ausschliesslich auf ausserparlamentarische Informationen angewiesen ist – mit der einzigen Ausnahme der farbigen Reden im Plenum –, bitte ich Sie, meine heutige Aussage als diejenige eines langjährigen, freiheitlich gesinnten Hinterbanklers zu werten, der weder an die Industrie noch an die Gewerkschaft oder an die Grossbanken gebunden ist, der es aber gelernt hat, als Politiker im Laufe der Jahre besonders aufmerksam auf die Stimme des Volkes zu hören, die sehr oft und in vielen Fällen von den hier im Saal vertretenen Ansichten und Beschlüssen erheblich abweicht; so erheblich abweicht, dass man ein beunruhigendes Auseinanderleben, wenn nicht sogar einen Gegensatz zwischen Volk und Behörden feststellen muss.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass die heutige Finanzvorlage – ob wir nun als geheuchelte Ueberlegenspause eine Sondersession im Oktober einschalten oder nicht, oder ob wir im Februar oder Mai das Volk zur Urne rufen – zum Scheitern verurteilt ist, wie jene am 12. Juni 1977 zum Scheitern verurteilt war. Man kann nicht einen Braten, der frisch zubereitet nicht geschmeckt hat, nach so kurzer Zeit zum zweitenmal aufgewärmt auftischen und meinen, er werde diesmal geschluckt, weil er mit bunten, meist roten Konservenfrüchten hübsch garniert ist. Noch ist der gleiche «chef de cuisine» am Werk, der beim ersten Refus der Mehrwertsteuer verärgert ausrief: «Ah! c'est un geste de mauvaise humeur.» Bald wird er zu seinem Leidwesen erkennen, dass sich die vermeintliche spontane Abneigung gegen die damalige «sauce bernoise» noch in viel schärferem Masse bemerkbar machen wird, wenn statt der «sauce bernoise» nun eine «sauce suédoise» aufgetischt werden müsste. Wenn einmal das Wort gilt: Viele Köche verderben den Brei, dann bei dieser Finanzvorlage, wo zwar zwischen Oberkoch Chevallaz und den drei bürgerlichen Bundesratsparteien ein einigermassen brauchbarer Konsens festgestellt werden kann, während Koch Hubacher die mild aufgewärmte Mehrwertspeise mit allerhand eigenwilligen scharfen Rezepten bis zur Ungeniesbarkeit würzen will. (Heiterkeit) Herrn Chevallaz' Aussage am Fernsehen verriet schon damals die Absicht, seinen «Nordimport» bei nächster Gelegenheit wieder aufs Tapet zu bringen.

Es ist leichter, die Parteipolitiker von der Unentbehrlichkeit dieser Fremdgewächse zu überzeugen als den Bürger, der von den Folgen der Einführung einer Mehrwertsteuer direkt betroffen wird. Bei seiner Entscheidung für ein Ja oder Nein kommt es nicht auf die Höhe der Prozentsätze an, sondern auf die neuen Umtreiber, die ihm eine solche Steuer schafft. Diese Ueberlegungen aber hat er schon am 12. Juni vergangenen Jahres angestellt. Dass sie sich negativ auswirkten, wissen die heutigen Befürworter. Sonst würden sie nicht versuchen, die Zwängerei dadurch zu versüssen, dass sie die Hälfte aller Steuerpflichtigen für den Fall der Annahme von der Leistung der Wehrsteuer entbinden. Ein vergifteter Zucker, der im Staat der Rechts-Gleichheit offene Rechtsungleichheit schafft.

Die Sprecher der Sozialdemokratie aber frage ich: Wollen Sie eine Finanzreform, oder erstreben Sie eine Gesellschaftsreform? Die Antwort liegt auf der Hand. Sie erstreben

ben mit Hilfe der Finanzreform die von Ihrer Partei gewünschte, aber von der Mehrheit unseres Volkes unerwünschte Abkehr von der freien Marktwirtschaft in Richtung Dirigismus. Das kann Ihnen niemand verargen. Unverzeihlich ist jedoch die Grobschlächtigkeit Ihres Vorgehens, das selbst vielen Sympathisanten Ihrer Zielsetzung missfällt, weil es den Charakter einer Erpressung annimmt und die Gefahr besteht, dass die Sanierung der eidgenössischen Finanzen in den Augen des Volkes an der Masslosigkeit Ihrer Forderungen scheitert.

Herr Gerwigs scharfer Frontalangriff gegen die Grossbanken war sicher eine rhetorische Leistung, hat ihm und seiner Partei aber nicht die erhofften Gupunkte eingebracht. Entweder kämpft die SP, wie es ihre Pflicht ist, um die Erhaltung und Sicherung unserer Arbeitsplätze; dann kann sie dies wie bisher nur im Schulterschluss mit unseren Unternehmern tun, und die bedrohten Unternehmer sind heute in der Rezession und Währungskrise mehr denn je auf die finanzkräftigen Grossbanken angewiesen, die langfristige Kredite zu niedrigen Zinsen gewähren können. Die Privatwirtschaft will nicht vom Staat finanziert und gestützt werden; sie appelliert an private Hilfe durch private Banken. Beide, Unternehmer und Banken, verdienen bei einer neuen Finanzordnung nicht vermehrte fiskalische Belastung, sondern fiskalische Entlastung. Das sollten sich die Führer der SP doch auch überlegen, ehe sie die Vorlage durch ganz untragbare Forderungen verschärfen.

Wir müssen froh sein, dass es noch Finanzreserven in privaten Händen gibt. Der Private ist ein Sparer; er ist bestrebt, sein Vermögen zu mehren. Es ist doch wohl eine Binsenwahrheit, dass die Mehrung privaten Vermögens auch dem Volksganzen und damit dem Staate zugute kommt.

Damit eine neue Finanzordnung durchkommt, ist wohl erste Voraussetzung, dass auch der Staat mit gutem Beispiel des Sparsens vorangeht. Noch ist der Bund kein Meister in dieser Kunst. Was bisher in bezug auf die Finanzreform geschehen ist, wirkt eher peinlich. Beim Volk steht unser Parlament nicht im besten Licht. Lichtblicke sind die bemerkenswert zahlreichen Nichteintretens- und Rückweisungsanträge. Aber das Ganze wirkt – von aussen gesehen – erbärmlich, und mit Erbärmlichkeiten hat das Volk kein Erbarmen.

Ich ersuche Sie, den Nichteintretensantrag des Kollegen Fischer-Bremgarten zu unterstützen, der Abschnitt A der Bundesfinanzreform – d. h. die Ersetzung der WUST (die 1977 immerhin 4,2 Milliarden Franken eingebracht hat) durch die vom Volk schon einmal verworfene Mehrwertsteuer – bekämpft.

Auer: Ich möchte mich nur zum rhetorischen Teil dieser Debatte äussern, somit zu den Voten Hubacher, Schmid, Gerwig, Müller-Bern und Bratschi ...

Herr Hubacher sagte mit Recht und schrieb wiederholt mit Recht, man könne von einer Bundesratspartei nicht verlangen, dass sie keine Opposition mehr mache. Die Frage ist nur: Wie weit darf solche Opposition gehen, und wieviel kann man dem Koalitionspartner zumuten? Beides ist offensichtlich eine Frage des Masses. Dieses Mass aber haben die Sozialdemokraten unseres Erachtens ganz wesentlich überschritten.

Dazu folgendes: Die Vorlage des Bundesrates ist bereits ein Kompromiss. Die Sozialdemokraten haben dies anfänglich anerkannt. Herr Richard Müller – also Müller-«Tagwacht», nicht Müller-Porsche! (Heiterkeit) – schrieb, die Landesregierung habe «einen mittleren Pfad eingeschlagen», und fuhr dann fort, das Vorliegende entspreche «einem Kompromiss», der zwar den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Standpunkt nur teilweise berücksichtigt, aber auch nicht als rein freisinnig-bürgerliche Finanzordnung beurteilt werden kann» («SMUV-Zeitung» vom 15. 2. 78).

Dann kam ein Taktikwechsel der SP, der eingeleitet wurde mit massiven persönlichen Angriffen gegen Herrn Bundes-

rat Chevallaz. Ich zitiere aus sozialdemokratischen Quellen: «Sture Haltung des Finanzdepartements» («Tagwacht» vom 29. 3. 78), «Die eigenartige Vergesslichkeit des Herrn Chevallaz» («Tagwacht» vom 12. 4. 78), sein Gericht «ist mit etwas zuviel freisinniger Sauce begossen» («AZ» vom 21. 3. 78), die Vorlage sei «eine Zumutung» («Tagwacht» vom 23. 3. 78). «Die Taktik des freisinnigen Finanzministers ist leicht durchschaubar» («Tagwacht» vom 29. 3. 78), «Die Stimme der Kleinen wird im Finanzdepartement nicht gehört – um von den Einflüsterungen der Grossbanken kein Wort zu verpassen, nimmt Bundesrat Chevallaz aber sogar ein Hörrohr zu Hilfe» («AZ» vom 16. 8. 78).

Dabei wissen die Sozialdemokraten so gut wie wir, dass sich bereits der Bundesrat zu einem Kompromiss hatte zusammenraufen müssen und dass es sich nicht um eine Vorlage des Finanzdepartements handelt, sondern um eine solche des Gesamtbundesrates. Sie ist auch in unseren Reihen auf teilweise heftige Opposition gestossen. Wie würden die Sozialdemokraten reagieren, wenn man beispielsweise in der Atomdebatte der Atominitiative den «Ritschard-Brüter» gegenüberstellen würde? Wir weisen die persönlichen Angriffe gegen Bundesrat Chevallaz als unqualifiziert und in aller Form zurück.

Das Konzert der Konfrontation in der Finanzkommission wurde am Parteidag der SPS in Basel durch ihren Präsidenten, Helmut von Karajan (Heiterkeit), mit einem massiven Angriff auf den Freisinn als Ouverture begonnen. Herr Hubacher sprach von rechtsextremen Gruppen. Ich zitiere: «Der Freisinn ist tief verstrickt mit diesen demokratifeindlichen Kreisen der rechtsextremen Szene ... Wir möchten wissen, wo diese Partei im Ernstfall steht, ob auf der Seite jener, die unsere Demokratie opfern wollen, oder ... auf der Seite Demokratie» (gemäss Manuskript der Rede). Das, Herr Hubacher, ging nun eindeutig unter die Gürtellinie. Das lassen wir uns allenfalls von einem linken Schreiberling, nicht aber vom Präsidenten einer Bundesratspartei gefallen! Man kann uns doch nicht derart verleumden und gleichzeitig von Verständigung reden.

Es ging weiter: In der Finanzkommission überrumpelte Herr Hubacher am 22. Mai die Mehrheit mit einer – gelinde gesagt – Irreführung. Er erklärte, die Nationalbank erachte eine Devisenumsatzsteuer als «nötig und richtig». Dies liess uns aufhorchen. In der Folge jedoch, bei den Hearings mit den Bankenvertretern, sagte Herr Generaldirektor Schürmann aus, die Nationalbank habe bisher dazu nicht Stellung genommen; es handle sich bloss um einen «Denkanstoss».

Damit komme ich zu den Aussagen Herrn Gerwigs, es sei ihm «vollständig unerklärlich», wenn eine Bankenbesteuerung von der Mehrheit abgelehnt würde, obwohl der Bund dringend Geld benötige. Gerade diese Frage haben wir ja in der Finanzkommission geprüft, und wenn Sie, Herr Gerwig, die 15 Berichte gelesen hätten, die Sie ebenfalls erhalten haben, wüssten Sie auch die Gründe des Neins: Alle die vorgeschlagenen Bankensteuern wirken für den Fiskus – und um den geht es ja schliesslich! – aller Voraussicht nach kontraproduktiv. Selbst bei einer minimalen Verrechnungssteuer auf Treuhandgeldern lässt die Nationalbank die Gefahr der Abwanderung durchblicken; denn gerade hier ist diese Abwanderung sehr einfach, und gerade hier stecken unsere Banken in einem ziemlich harten Konkurrenzkampf mit den ausländischen. Es stimmt also nicht, wie Herr Bratschi gesagt hat, dass die Nationalbank diese verschiedenen Steuern befürwortet hätte.

Nachdem aufgrund der Hearings, der verschiedenen Berichte und der Diskussionen feststand, dass die vorgeschlagenen zusätzlichen Bankensteuern für den Fiskus zumindest problematisch sind – eben weil gar keine Mehrerträge eingehen –, sagte Frau Uchtenhagen in der Kommissionssitzung vom 22. August, man müsste die Banken eben aus «politisch-opportunistischen Gründen» zur Kasse bitten. Herr Hubacher hatte früher, in der Sitzung vom 22. Mai, wörtlich erklärt, wir brauchten Lösungen, die «politisch richtig und sachlich nicht falsch» seien. Gerade aus

dieser Ueberlegung heraus haben wir nein zu den SP-Bankenbesteuerungs-Vorschlägen gesagt, weil nämlich diese Steuern sachlich falsch sind. Es ist geradezu lächerlich, wenn nun Herr Bratschi von einem «Diktat der Banken» spricht.

Wir haben vor einigen Jahren aus sachlichen Gründen die Ansätze der Stempelsteuer – nach gründlichen Vernehmlassungen, Kommissionsberatungen usw. – reduziert. Letztes Jahr haben wir sie wieder erhöht – im nachhinein der Chiasso-Affäre, wegen der vielzitierten «Opfersymmetrie», ohne nähere Prüfung, schlicht und einfach aus «politisch-opportunistischen» Ueberlegungen. Und welches ist das Resultat? Die Erträge aus den ausländischen Titeln sind um 19 Prozent zurückgegangen. Dazu kommt der nicht messbare Ausfall an direkten Steuern bei Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Schuss ging also hinten hinaus. Das ist nun die Kehrseite der vielgelobten Popularität, von der Herr Bratschi sprach.

Wenn Herr Gerwig erklärte, die Banken würden von den Steuern nicht erfasst, eine Mehrheit des Parlaments lehne «aus welchen Gründen auch immer» eine Besteuerung der Banken ab, die Banken selbst widersetzen sich einer solchen, wenn Herr Gerwig dies erklärte – möglicherweise waren es auch nur Versprecher, oder vielleicht hat er einen Denkfehler gemacht, was allerdings bei Herrn Gerwig kaum vorstellbar ist –, so sei ihm doch folgendes geantwortet: zwei Prozent aller Beschäftigten der Schweiz sind bei den Banken tätig. Die Banken erbringen aber heute bereits 7 Prozent aller Steuerleistungen, und wenn die Kantonalbanken steuerpflichtig wären, dann wären es wohl 8 Prozent.

Die Banken fressen also die goldenen Eier nicht selbst auf: Einmal geht ein erheblicher Teil der Eierpreise in die Staatskassen (die übrigens nicht leer sind, weil zuwenig hineingegangen ist, sondern weil wir zuviel herausgenommen haben). Sodann leisten die Banken seit Jahren einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung von Arbeitsplätzen. Wir haben nämlich heute Dutzende, wenn nicht Hunderte von Unternehmen, die seit Jahren in den roten Zahlen stecken und die nur dank der Stützung durch Banken nicht schliessen müssen. Die Millionen, welche die Banken hierfür ausgeben und teils ans Bein streichen müssen, sind ihr entscheidender Beitrag an die Wirtschaft.

Was die Vorwürfe betrifft, die Banken hätten die Parlamentarier, wie Herr Gerwig erklärte, «ganz massiv unter Druck gesetzt», habe ich heute nachmittag eine Motion eingebracht, in der ich eine Untersuchung dieses schwerwiegenden Vorwurfs verlange.

Nach dem Fall Chiasso erklärte Herr Hubacher am Radio: «Die Taube von Chiasso ist in der Pfanne der SP gelandet». Diesen Vogel hat er nun (Heiterkeit). Er liebt und hegt und pflegt ihn, er (der Vogel) wird gebraten und immer wieder frisch gemästet – zumindest bis zu den Wahlen und bis zur Abstimmung über die SP-Banken-Initiative. Dass es populär ist, die Banken anzugreifen, das wissen wir auch. Aber wir lehnen es ab, aus «politisch-opportunistischen Gründen» Steuern zu beschliessen, die dem Fiskus nicht nur nichts einbringen, sondern möglicherweise sogar – wie bei der Stempelsteuer – sich als Rohrkrepierer erweisen.

Was schliesslich auch nicht gerade zur Verständigungsbereitschaft in der Finanzkommission beigetragen hat – und damit komme ich zum Schluss –, ist die Art und Weise, wie die Sozialdemokraten ihre Forderungen vorgebracht haben, nämlich als Bedingungen. Frau Uchtenhagen sagte, die vorgesetzte direkte Bundessteuer – trotz Entlastung unten, trotz Mehrbelastung oben, trotz erhöhten Sozialabzügen – sei für die Sozialdemokraten unakzeptabel. Herr Schmid bezeichnete die Devisenumsatzsteuer als unabdingbare Voraussetzung, und in seinem Votum – nicht hier, jetzt hat er die Dialektik etwas geändert, aber in der Finanzkommission – hat Herr Bratschi gleich dreimal von «Bedingungen» gesprochen. Ueber Forderungen kann man diskutieren und sich vielleicht auch einigen, nicht aber über Bedingungen. Wer solche vorbringt, verwirkt seine

Glaubwürdigkeit, eine Verständigung erzielen zu wollen. Herr Schwarzenbach hat ja vorher sogar von Erpressung gesprochen.

Wir haben fünf Monate die SP-Alternativen gründlich geprüft, Hearings abgehalten, Berichte verlangt. Wir haben uns vertagt, und wir haben einen Teil dieser Vorschläge gutgeheissen. Sie können ja die Finanzkommission nach Camp David schicken; mehr Kompromissbereitschaft können Sie auch dann von uns nicht verlangen. Ich stimme für Eintreten.

M. Cevey: Je m'engage tout d'abord à ne pas suivre les mauvais exemples... quant à la longueur de mon intervention.

Personne ne l'a contesté sérieusement dans ce débat: la détérioration des finances fédérales est réelle et les moyens légaux actuels ne permettent pas le rétablissement indispensable. Les déficits se sont accumulés malgré une évidente volonté de comprimer les dépenses; et ils continueront de s'accumuler tant que nous n'aurons pu nous mettre d'accord et obtenu la caution populaire quant à des mesures véritablement efficaces et susceptibles de redresser la situation.

Ce matin, l'un de nos collègues, dans un silence qu'il a dû apprécier, a fort justement souligné que, d'un projet à l'autre, l'objectif s'est modifié. On ne parle plus aujourd'hui d'un rééquilibrage des dépenses et des recettes, mais on tend à une réduction du déficit à des proportions raisonnables, en renvoyant à des temps meilleurs l'effort nécessaire à un assainissement complet et durable. Dans ce problème, le Conseil fédéral s'exprime avec toute la franchise désirable et nous ne doutons pas que, tout à l'heure, le chef du Département fédéral des finances confirmera la déclaration très nette que le gouvernement a faite à l'intention de la commission des finances élargie du Conseil national. J'en cite une phrase: «Il est opportun, dans la situation actuelle, de rechercher une solution axée uniquement sur des réductions immédiates des dépenses et qui impliquerait la préparation d'une nouvelle loi sur les économies à l'image des précédents trains d'économies.»

L'échec du projet de 1977 est dû précisément, pour une bonne part, au scepticisme, voire à l'incredulité entretenue par certains à l'égard de la volonté d'économies du gouvernement et du Parlement. Tous ceux qui, comme moi, ont battu les campagnes pour expliquer et défendre ce projet, entendent encore aujourd'hui les commentaires sarcastiques de gens pour lesquels la réduction des dépenses apparaissait comme le seul remède acceptable. Souvenez-vous des «il n'y a qu'à...», des «il faudrait...» ou des «s'il voulait bien...» de ces conseils et de ces critiques distribués à l'envi par des citoyennes ou des citoyens sincères, sans doute, mais nourris d'illusions parce que mal renseignés sur l'étendue du mal et, par conséquent, l'ampleur des moyens propres à y remédier. Mais nous nous rappelons aussi le concert de plaintes véhémentes qui s'est déclenché à propos d'économies bien réelles proposées dans certains domaines par le gouvernement lui-même. C'est ainsi qu'à ce propos l'opinion s'est partagée entre ceux qui réclamaient comme une condition sine qua non un effort supplémentaire de compression des dépenses, et ceux qui refusaient par avance toute diminution de ces dépenses qui pût les toucher dans quelque secteur que ce fût.

Des économies restent encore possibles, sans doute, mais l'état des finances fédérales est tel que, même au prix de l'abandon, nullement souhaité, de projets importants relevant de tâches fondamentales de la Confédération, notamment dans le secteur social, le déficit ne saurait être vraiment comblé par la seule réduction des dépenses. Cela est d'autant plus évident que nous ne faisons qu'entrer dans la période difficile dont nous n'avons vécu que les premières depuis deux ou trois ans; et cette période va sans doute requérir des pouvoirs publics, de la Confédération particulièrement, la mise en œuvre de mesures coûteuses pour soutenir certains secteurs de l'économie et

pour parer, peut-être, aux conséquences d'une crise, malheureusement prévisible, sur la condition des plus défavorisés ou des plus vulnérables de nos concitoyens.

Alors, il saute aux yeux que de nouvelles recettes sont indispensables pour que la Confédération puisse accomplir ses tâches. Malgré tous les efforts d'imagination que vous ferez ou que vous aurez faits, vous devez admettre que l'augmentation des recettes, dans la proportion souhaitée et dans le souci de répartir équitablement les nouvelles charges, passe immanquablement par la substitution à l'impôt sur le chiffre d'affaires d'une TVA aménagée sur une base plus large et par une adaptation de l'impôt fédéral direct propre à décharger les moyens et petits contribuables et à renforcer la progression pour les revenus élevés. Nous ne sortirons pas de ce schéma et surtout pas avec des propositions complémentaires telles que celles formulées en commission du Conseil national, notamment avec cette vignette d'ores et déjà si impopulaire qu'elle contribuera de manière décisive à couler le frêle esquif auquel nous pourrions confier le nouveau paquet fiscal; tant il est vrai que les propositions les plus légères risquent parfois de se révéler lourdes de conséquences...

Quels que puissent être les sentiments de vindicte que l'on nourrit dans certains milieux à l'égard de tel ou tel secteur de notre économie, nous devons par ailleurs veiller à ne pas affaiblir celle-ci dans une mesure telle que, demain ou après-demain, elle ne puisse jouer son rôle dans le maintien ou le rétablissement de la prospérité. Je le dis en songeant bien sûr au dosage raisonnable qui paraît s'imposer en ce qui concerne la TVA, mais aussi en pensant à certaines propositions pour le moins excessives et dangereuses de nos collègues de la gauche visant le secteur bancaire. On en a assez parlé tout à l'heure. Je n'insiste pas.

J'en arrive à ma conclusion en forme d'appel à la raison, au sens de la solidarité et de la responsabilité de nous toutes, de nous tous, Mesdames et Messieurs.

Nous nous sommes engagés, les uns et les autres, dans l'exercice de notre mandat parlementaire sur la base d'une promesse qui nous fait devoir de rechercher et de trouver une solution conforme aux intérêts à long terme de la Confédération, de ses cantons et de son peuple. Nos concitoyens ne comprendraient et n'admettraient pas que nous négligions ce devoir essentiel pour des raisons partisanes et dans le seul souci de nous assurer, les uns et les autres, une plate-forme électorale confortable. Cela est vrai bien sûr, au premier chef, pour les principaux partis représentés dans ce conseil, qui ont accepté de se partager les responsabilités mais aussi les avantages du gouvernement. Mais c'est vrai pour l'ensemble du Parlement, car nous devons avoir tous ensemble le souci du bon fonctionnement de nos institutions et de la crédibilité – osons le mot – de notre démocratie, telle qu'elle s'exprime dans nos conseils, d'abord, et par la volonté populaire ensuite.

Les plaintes de M. Riesen quant au rythme de travail du Parlement ou au chambardement de calendrier que nous devrions subir pour parvenir au bout de notre tâche me paraissent bien dérisoires, en regard de l'importance de cette tâche et de la gravité de la situation.

Je le dis en toute amitié à notre collègue dont je connais la bonne volonté. Et c'est bien de la bonne volonté de nous tous, de notre volonté toute simple d'aboutir à un accord et d'en faire accepter les termes par le peuple, dont la Confédération a un urgent besoin, à l'heure où se profilent à l'horizon les sombres nuages des lendemains difficiles.

M. Butty: Brièvement, à la fin de ce débat, je tiens à faire quelques constatations à la suite des interventions que nous avons entendus.

Je voudrais d'abord souligner que ce débat, à mon avis, s'est déroulé longuement mais aussi d'une manière intéressante. Par contre, on peut se demander de quelle façon il est constructif lorsqu'il s'est agi du rôle de l'Etat et

des moyens de lui donner pour agir. Il m'apparaît que certaines déclarations donnent l'impression que, non pas des groupes – je le dis tout de suite – mais certains parlementaires tiennent déjà à expliquer pour quelles raisons ils vont être opposés au projet qui sortira de nos délibérations.

Je tiens à dire ici que, de toute façon, le projet qui sortira de nos délibérations ne satisfera personne parce que nous sommes un Etat où existe un gouvernement de coalition et où nous avons l'habitude entre partis, entre régions, entre situations économiques et classes différentes, de nous mettre d'accord sur un compromis. Cela n'est pas toujours enthousiasmant mais c'est la seule façon d'aboutir. Je trouve curieux que l'on cherche déjà, parfois par des allusions personnelles – je pense ici à M. Bratschi qui interprète même la manière de lever la main dans les commissions! – à donner une signification à des faits pour tenter de rejeter déjà les responsabilités sur d'autres. Je voudrais dire à M. Bratschi que nous serions par contre très intéressés de savoir, par exemple, comment se passent les délibérations du groupe socialiste, alors qu'il est connu de nous tous membres que leurs deux conseillers fédéraux, responsables comme du gouvernement, ont voté les projets gouvernementaux, sont solidaires de notre Conseil fédéral et qu'ils souhaitent, pour l'instant, être suivis de leur groupe. Cette question fondamentale mériterait une réponse.

En effet, les résultats du vote final à la commission, il faut le dire, n'ont pas été brillants. Je me suis permis de le relever! J'ai constaté d'ailleurs que, lors d'un deuxième vote, certains avaient changé d'avis, dont l'un des socialistes les plus objectifs. M. Bratschi nous avait habitués à plus de réserve, de modération; je souhaite qu'il retrouve ces qualités car ce serait dans l'intérêt, non seulement de notre Etat mais de tous ceux qui en ont besoin, c'est-à-dire d'abord des travailleurs.

A la fin de ce débat, je me demande si l'on n'a pas l'impression, au moment où nous devons voter une réforme des finances qui, évidemment, exige des sacrifices de chacun, que la maxime suivante n'est pas en train de se concrétiser: «l'impôt le plus juste» est toujours celui que paie le voisin.»

Or, tout le monde doit faire sa part et, à la fin de ce débat, il faudra admettre que l'on ne peut avoir en même temps les avantages du pouvoir et ceux de l'opposition.

C'est sur ce point que nous demandons une certaine logique; il ne doit pas y avoir de condition *sine qua non* car alors il n'est plus possible de s'asseoir à la même table. En définitive, ce seront les plus faibles qui paieront une défaite de notre gouvernement, de notre Parlement, si nous ne donnons pas à l'Etat les moyens de les protéger et de rééquilibrer notre société dans un sens plus solidaire. C'est dans ce sens-là en tout cas que le groupe démocrate-chrétien – et ce n'est pas parce que c'est mon parti que je le souligne – donne l'exemple et qu'il assume ses responsabilités.

Bratschi: Gestatten Sie mir, dass ich doch diesen Angriff von Herrn Butty kontere; er hat nichts anderes erwartet. Und ich mache es auch. Warum habe ich das Verhalten der CVP in der Kommission näher erläutert? Weil ihr Fraktionssprecher doch davon gesprochen hat, man hätte eine gemeinsame Plattform finden sollen. Das hat Herr Leo Weber hier gesagt in diesem Saal. Gerade die CVP war es, die dies aber in der Kommission verhinderte. Soll ich noch den Namen dessen sagen, der so gehandelt hat? Ich sage ihn nicht, weil ich keine persönlichen Angriffe liebe. Das nur zu Ihrer Orientierung. Das ganze geht also auf Kosten der CVP. Wenn Sie mir nun auch noch vorwerfen, unsere Bundesräte hätten dem Finanzpaket schliesslich auch zugestimmt in der Kollegialbehörde, dann muss ich Ihnen sagen: Kommen Sie nicht mit dieser Ausrede. Wie manchmal ist die CVP nicht dem gefolgt, was der Bundesrat vorgeschlagen hat? Soll ich Ihnen ein Wunderbeispiel sagen? Beispielsweise der Schwangerschaftsartikel: wer

hat dort referiert und wie hat dort die CVP reagiert? Darf ich Ihnen dieses Beispiel nennen? Wenn Sie mich schon auf dieser Seite angreifen, dann müssen Sie riskieren, dass auf der andern Seite eine Retourkutsche kommt. Ich danke Ihnen, Herr Butty.

M. Richter, rapporteur: Effectivement, restons calmes, après ce débat particulièrement animé! Ce dernier vous a apporté le reflet, modeste, des débats que nous avons eus en séance de commission et il est heureux que ce qui devait être dit, l'ait été dans cette salle. Il est parfois des propos qui déplaisent, mais il est parfois nécessaire aussi de les dire, cela soulage.

Eh bien! soulagés, abordons peut-être maintenant certaines remarques qu'il est encore nécessaire de formuler avant d'en arriver au détail. M. Biel nous a présenté sa proposition de renvoi, qu'il avait déjà soumise à l'appréciation de la commission. Je vous rappelle que la commission a rejeté cette proposition par 15 voix contre 2. Cette dernière a pour elle quelque chose de séduisant en ce sens qu'elle repose le problème dans son intégralité, qu'elle implique une réflexion complète, profonde, sur l'ensemble des problèmes qui concernent nos finances fédérales. En cela, je le souligne, elle est très séduisante, mais est-elle réaliste? La majorité de la commission a dit non, parce que nous avons besoin de trouver une solution dans des délais assez courts malgré tout, en dépit de cette procédure compliquée dans laquelle nous marchons tant bien que mal, et nous sommes obligés de procurer à la Confédération, nous l'avons déjà dit, les moyens de sa politique. Sans doute, c'est la raison pour laquelle ces déficits accumulés ne permettent aucun retard et impliquent des solutions même partielles, même intermédiaires, pour y remédier un tant soit peu.

Nous ne pouvons, par conséquent, admettre que nous rejetions l'ensemble mais jusqu'à quand? Les études proposées par M. Biel impliquent bien entendu de longues réflexions, mais au fond, ne pourrait-on faire les deux choses parallèlement – comme c'est le cas, je pense, au niveau du Département fédéral des finances – à savoir poursuivre l'étude des problèmes que M. Biel met en avant? Cela va de pair avec notre politique; cependant, dans l'immédiat, nous devons naturellement répondre aux exigences du moment et procurer à la Confédération les moyens qui lui sont nécessaires.

Dans cette salle, des avis se sont encore exprimés contre la TVA, tandis que d'aucuns ont exprimé de nouveau leur préférence pour l'impôt sur le chiffre d'affaires. Je pense aux réflexions de MM. Fischer-Bremgarten et Schalcher. Si le Conseil fédéral, plus tôt que prévu, a proposé de revenir avec la TVA à un taux réduit pour la rendre plus acceptable, c'est malgré tout à la suite de la consultation des milieux directement concernés et ce sont en quelque sorte les «victimes» de l'imposition – qu'elle se fasse à travers l'ICHA ou la TVA – qui eux-mêmes ont sollicité ce passage plus rapide de l'ICHA à la TVA. N'oubliez pas qu'à la différence de l'impôt sur le chiffre d'affaires, la TVA dégrève les investissements et les moyens d'exploitation. En conséquence, elle place sur la plan fiscal les exportateurs suisses à égalité avec leurs concurrents étrangers; de même, la TVA rétablit cette égalité pour les entreprises suisses travaillant pour le marché intérieur et qui ont des concurrents étrangers à travers les importations qui se font. Dès lors, une hausse de l'ICHA, comme d'aucuns la préconisent, en agraverait bien entendu les inconvénients. Sur le marché intérieur, la TVA rétablit une égalité de concurrence entre les entreprises suisses. La TVA, je vous le rappelle, est neutre économiquement ce qui n'est pas le cas de l'ICHA puisqu'il connaît deux taux, une perception sur le gros et une autre perception sur le détail, ce qui crée des distorsions de concurrence entre grossistes et non-grossistes.

Nous l'avons dit, la TVA élargit l'assiette fiscale en frappant les services, ce qui n'est pas le cas de l'impôt sur le chiffre d'affaires. C'est vrai, mais elle répartit ainsi plus

équitablement, peut-on dire, l'imposition générale de la consommation puisque l'ICHA est sectoriel. Il pénalise par conséquent certains biens de consommation mais en exonère aussi d'autres, alors que depuis son introduction, il y a quarante ans, nous vous le rappelons, les habitudes de consommation se sont modifiées.

M. Muret nous a un peu émus en ce sens qu'il nous a fait remarquer que les petits groupes de ce Parlement, mal informés sur ce qui se passait au sein des commissions aux travaux desquels ils n'ont pas accès, reçoivent assez tardivement les résultats des délibérations. Nous lui donnons acte de cette remarque et nous pensons qu'il est effectivement difficile, pour un petit groupe, de prendre position deux jours avant les délibérations générales au plenum. Nous imaginons toutefois que M. Muret n'est pas un homme qui est dépourvu d'informations et qu'il sait aussi que le secrétariat général de cette assemblée fournit les éléments qu'on lui demande. Il n'en demeure pas moins que c'est peut-être une question que le bureau devrait aborder.

Vous avez parlé, Monsieur Muret, des cachotteries entre partis gouvernementaux qui devraient se livrer dans le secret à de sombres marchandages! Alors rassurez-vous car, que je sache, il ne s'est pas dit ici un mot de moins que ce qui a été dit au sein des conversations que nous avons eues en présence aussi du Conseil fédéral. Je crois que ce que nous avons entendu aujourd'hui dépasse largement ce que nous avons également discuté en arrêtant entre nous surtout certaines règles de procédure.

Nos discussions, par conséquent, sont transparentes. Elles sont peut-être plus transparentes que celles qui se déroulent dans certains congrès auxquels vous participez sans doute parfois.

S'agissant des taux de la TVA et de leur application, Monsieur Muret, vous avez dit une inexactitude et alors je me dois de corriger le tir. Vous avez dit que le taux de la TVA, abaissé à 7 ou 8 pour cent, constitue une énorme charge nouvelle sur les contribuables à raison de un à deux milliards.

Les conclusions auxquelles nous arrivons se traduisent en fait par une augmentation de charge de 550 millions. Je vous y rends attentif. Peut-être que les corrections auxquelles nous procéderons dans la salle, à la suite des délibérations, corrigent quelque peu ce chiffre. Mais entre 550 millions de charges nouvelles et 2 milliards – chiffre que vous avez articulé – il y a une légère différence.

Voyez-vous, au sein de la commission des finances, on a beaucoup parlé des différents secteurs de notre économie touchée par une imposition nouvelle. Il a quitté la salle, je le regrette, mais j'aurais voulu rendre hommage ici à M. Wagner qui, je crois, a su rapporter très simplement mais avec vérité sur ce que l'on ressent largement dans ce pays quand on n'est pas un technicien des finances, quand on assiste aux perceptions d'impôts, quand on sait qu'il y a de gros revenus et qu'il y a de petits revenus. Ceux qui, comme nous, ont la chance de parler souvent avec des gens dont les revenus – il faut le reconnaître – sont bien inférieurs aux nôtres, se rendent compte de ce qu'il y avait de vrai et de juste dans la déclaration qu'a faite tout à l'heure M. Wagner. C'est bien à travers les propos du genre de ceux qu'il a tenus que nous devons tendre à rechercher cette solution de compromis. Il n'a pas été excessif comme d'autres; c'est la raison pour laquelle nous tenons à le remercier de s'être exprimé comme il l'a fait, car il a traduit des sentiments qui existent dans le peuple de ce pays.

On a aussi beaucoup parlé au sein de la commission élargie des finances de l'imposition des banques. Le débat de ce jour rappelle les points chauds de nos discussions. Je voudrais tout de même en rappeler deux éléments.

La perplexité, d'une part de la commission, à l'égard des divers projets d'imposition de transactions bancaires. Bien sûr, c'est enfantin – pardonnez-moi de le rappeler ici mais c'est la réalité, quand on a besoin d'argent, il faut le

prendre là où il est puisqu'il n'est pas ailleurs. C'est une lalapissade! C'est exact, et en ce moment les banques, avec leurs profits actuels, sont tout naturellement directement visées et les premières – passez-moi l'expression – «on les a dans le colimateur». Mais comment veut-on les toucher, comment peut-on les frapper sans léser des activités productives dont bénéficie en définitive toute l'économie du pays. Voilà le problème. Nous y reviendrons dans la discussion de détail à propos des différentes suggestions et propositions qui nous sont soumises. Il n'est pas du tout exclu, me semble-t-il, que des mesures soient à prendre dans ce secteur et qu'elles soient prises, même plus tôt peut-être qu'on ne l'imagine. Cependant, les rapports que nous avons reçus – c'est là aussi qu'il faut situer la perplexité des commissaires – les «hearings» auxquels nous avons procédé nous laissent quand même perplexes sur l'opportunité de certaines propositions. On ne peut se permettre de faire des expériences à la légère dans ce domaine. Comme le disait un de vos collègues en commission – je crois que c'était M. Mugny, mais je dois avouer que c'est sa position qui m'a incité un moment de départager dans un sens semblable au sien d'ailleurs – dans des situations de cette sorte, il convient d'appliquer le proverbe qui dit: «Dans le doute abstiens-toi.» L'essentiel est de ne pas avoir à douter trop longtemps. Très franchement et sans malice, nous devons en l'espèce parfaire nos connaissances techniques. Qui connaît ici dans cette salle à la perfection les mécanismes des transactions bancaires? Qu'il se lève! Je crois qu'ici nous n'avons pas le droit de légitérer à la légère, ni surtout pas de donner suite aveuglément à des slogans.

M. Gerwig, dans son intervention, a avec feu minimisé le rôle que jouent les banques dans notre économie. Il leur appartient de fournir à l'économie les capitaux dont elle a besoin et de s'organiser pour que la réunion, la collecte de l'épargne et la distribution du crédit se fassent aussi rationnellement et efficacement que possible. Est-ce que les intérêts qu'elles sont appelées à pratiquer demeurent favorables à leurs clients? On les dit surdimensionnées, mais pensons aussi, avec objectivité, au personnel qu'elles occupent, aux salaires qu'elles servent, aux intérêts qu'elles paient, aux impôts qu'elles paient aux niveaux fédéral, cantonal et communal.

J'ai voulu en avoir le cœur un peu plus net et je vous dirai que j'ai pris la liberté d'écrire à l'Association suisse des banquiers pour lui demander de nous préciser un peu mieux cette définition économique de cette poule que l'on dit aux œufs d'or. Je vous lis la réponse que j'ai reçue en l'espèce, réponse qui émane de l'Association suisse des banquiers:

«Le rendement de l'activité bancaire par personne occupée est relativement élevé. Cela n'est pas seulement favorable à une saine gestion des banques par la constitution d'importantes réserves, mais aussi à l'Etat. C'est ainsi que les banques, qui emploient environ 2,5 pour cent des personnes actives, versent à la Confédération 7 pour cent des recettes que celle-ci obtient par l'impôt direct. Sans compter que l'activité bancaire produit 6 milliards d'impôt anticipé, de même que 500 millions de droits de timbre, qui sont encaissés par les banques pour le compte de la Confédération. Les banques elles-mêmes paient 2,5 milliards d'impôt aux collectivités publiques. Une diminution de l'activité bancaire signifierait un recul des recettes des impôts directs, mais ferait disparaître aussi des sources d'impôt indirect. Par exemple, la disparition d'opérations fiduciaires si un impôt était prélevé sur ces transactions, ferait perdre 200 millions de francs de commissions aux banques suisses. Sur ces 200 millions, on peut estimer que 70 millions vont au fisc sous forme d'impôt direct. Nous ne parlons ici que des banques; il ne faut cependant pas négliger toutes les professions et tous les emplois qu'elles créent, dont le développement serait moindre si notre pays n'était pas une place financière de premier ordre.»

Ces éléments peuvent prêter à discussion. Néanmoins, si nous voulons être objectifs, nous n'avons pas le droit de ne pas y penser.

Monsieur Gerwig, vous vous en êtes pris ce matin aux déclarations de M. de Weck. J'ai eu le plaisir d'entendre M. de Weck, qui a présenté à Lausanne un exposé sur l'essor économique et l'équilibre des balances des revenus. M. de Weck a exactement dit ceci – je cite son texte – s'agissant de ces transferts d'emploi: «Je pense que, devant le danger de perte d'emplois dans l'industrie, il y aurait lieu de tout faire pour que la pénurie de main-d'œuvre dans le secteur touristique soit comblée par des éléments suisses venant d'autres branches. Il s'agirait de voir quels sont les moyens à utiliser pour rendre cette activité plus attrayante et pour faciliter une meilleure mobilité sectorielle. Si les pouvoirs publics étaient disposés à faire plus pour cette branche d'activité, une partie des moyens mis à disposition pourrait être affectée à faciliter les transferts.» Et dans ses conclusions, M. de Weck précisait encore ceci: «Si, malgré tous les efforts, la pression des circonstances extérieures est telle qu'un certain redéploiement ou redimensionnement de la Suisse industrielle nous est imposé, il faut que nous ayons soigneusement étudié la question et que nous soyons prêts à la résoudre le moins mal possible. C'est une tâche dévolue aux organisations professionnelles concernées. C'est une tâche aussi des autorités. Je souhaite que la stabilisation du dollar intervienne avant qu'on en soit là. Je souhaite de tout cœur que les forces vives de l'économie suisse soient capables d'éviter qu'on en arrive là. Si le pire devait se produire, il ne devrait cependant pas nous prendre totalement au dépourvu. Les réflexions que je viens de faire ne m'apportent aucune satisfaction et elles n'en apporteront pas non plus à mes auditeurs. Pour pouvoir cependant faire face aux situations difficiles, la première condition est de voir les problèmes avec lucidité. Je serais satisfait si l'examen auquel je viens de procéder constitue une contribution parmi beaucoup d'autres à la prise de conscience de la nature réelle de nos graves problèmes.»

Enfin, une dernière remarque. Je regrette qu'elle s'adresse de nouveau à vous, Monsieur Gerwig. Vous vous êtes adressé tout à l'heure au président du Parti radical-démocratique suisse en rapportant des propos qui vous ont étonné, propos qu'il aurait tenus. Le président de la commission des finances, je puis vous l'assurer, lui a rapporté votre message. Le président du Parti radical-démocratique suisse me prie de vous faire savoir qu'il vous répondra directement après avoir pris connaissance du texte de votre intervention, mais il ne veut pas, à ce stade, charger le président de la commission des finances de vous répondre. Celui-ci a à s'occuper d'affaires plus importantes. (Rires)

Le président: M. Muret désire faire une déclaration personnelle ensuite de l'intervention du président de la commission.

M. Muret: Je voudrais simplement rétablir la vérité des faits et non pas des opinions, après ce que m'a dit tout à l'heure le président de la commission, d'ailleurs avec une parfaite courtoisie, à laquelle on est habitué et dont je le remercie.

Il a dit que j'ai commis une erreur d'appréciation en ce qui concerne le rendement de la TVA. S'il y avait eu erreur, elle aurait été du reste excusable étant donné que nous n'avons pas été mal informés, mais que nous n'avons pas été informés du tout. Il y a une ou deux heures seulement que j'ai appris de M. Landgraf que 1 pour cent de TVA représente un supplément de quelque 750 à 800 millions et que, par conséquent, au taux de 7 pour cent, ainsi que je l'ai dit, cette taxe produirait 800 millions de plus. Dans son rapport, le Conseil fédéral précise de son côté que la TVA à 8 pour cent rapporterait une recette nouvelle de 1600 millions. Or on sait très bien que les calculs sont

toujours relativement approximatifs et que, dans ces évaluations, on n'en est pas à 10 ni à 100 ni même à 200 millions de francs près. De sorte qu'en disant que la TVA au taux de 7 pour cent, que le Conseil fédéral peut porter à 8 pour cent, ce qu'il s'empressera de faire, représente «l'énorme charge nouvelle» de 1 à 2 milliards, je n'étais pas loin du compte. J'ai arrondi les 800 millions à 1 milliard et les 1600 millions, qui seront peut-être un peu plus, à 2 milliards. Il y a entre ces sommes une bonne petite marge, je veux bien, mais enfin, on y est habitué et j'ai l'impression que cette évaluation-là n'est pas extrêmement différente de celle des bureaux de l'administration, de sorte que cela ne me paraît pas une erreur grave. J'ai indiqué un ordre de grandeur qui reste dans le cadre de la réalité.

Eisenring, Berichterstatter: Ich glaube, dass die umfangreiche Eintretensdebatte eine umfassende Klarheit geschaffen hat, nämlich die umfassende Klarheit über die ebenso grosse Konfusion der Meinungen und Zielsetzungen zu dieser Finanzvorlage.

Die zustimmenden Voten sind in einer bescheidenen Minderzahl geblieben. Sie gruppieren sich der Herkunft nach um jene Kreise, mit Ausnahmen, die immer wieder bei der Bundeskasse anklopfen und die daher in erster Linie an einer ausreichenden Dotierung der Bundeskasse interessiert sind; die allgemeinen Aspekte (Durchlaufpositionen des Bundes im Transferbereich und Subventionsbereich) sind bezeichnend. Das Markante scheint mir darin zu liegen – und das werden andere Kommissionsmitglieder bestätigen –, dass hier im Rat die Gegensätze eigentlich noch grösser, markanter als in der Kommission zum Ausdruck gebracht wurden. Daraus kann man nun tatsächlich die nicht unberechtigte Folgerung ziehen, dass die Kommission ihre Aufgabe überhaupt nicht erfüllt hat. Die Frage ist dann allerdings, ob die Kommission unter den gegebenen Voraussetzungen ihre Aufgabe, nämlich die «Vorsortierung» und die Ordnung der Meinungen im Blick auf tragfähige Mehrheiten, überhaupt erfüllen konnte. Diese Frage möchte ich offenlassen.

Erstaunt hat aufgrund der dargebotenen Meinungsäusserungen jedenfalls, dass nicht aus dem Regierungslager, sondern nur aus den Oppositionsgruppen ein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden ist. Ehrlicherweise muss man doch zugestehen, wenn man die erfolgte Darlegung der Meinungen, Fakten und Interpretationen genau analysiert, dass die Quintessenz eigentlich in einem Nichteintretensantrag aus den Regierungsparteien selbst hätte liegen müssen. Denn in der Analyse bot jedes Referat überzeugende oder weniger überzeugende Gesichtspunkte, die als Argumente zur Begründung eines Nichteintretensantrages berechtigt hätten. Nichteintreten wäre also konsequent. Das darf der Sprecher der Kommission allerdings nicht sagen, aber es ist ihm doch vorbehalten, eine kritische Wertung der dargebotenen Voten vorzunehmen, insbesondere unter der Würdigung der Tatsache, dass nun auch in der Kommission die politisch-taktischen Entscheidungen und Erwägungen – Anspielungen auf Wahlen sind auch hier erfolgt – schliesslich den Vorrang gefunden haben. So ist auch hier der grosse Heilige, den man in diesem Hause sucht, wieder genannt worden; das ist nämlich der Schwarze Peter. Wo ist er, und wer ist er, und wer will ihn wem und wann anhängen? Das sind die Fragen, um die es hier nämlich geht. Alles andere ist politisches Zagemüse, das nur zu diesem Schwarzen Peter führen sollte. Es fehlt dann auch die begleitende Laterne. Aber hier wird mit der Energie gespart.

Was nun die Auseinandersetzungen um die Warenumsatzsteuer/Mehrwertsteuer betrifft, kann von einigen Retouchen, die vorgenommen worden sind, abgeleitet werden, dass der Konsens wenigstens in diesem Bereich, nämlich in der Notwendigkeit einer Systemumstellung, vorhanden ist. Das wäre ein substantieller Gewinn. Auch über die Revision der Wehrsteuer ist man sich im Prinzip einig. Es gehen dann einige Ueberlegungen in Richtung verstärkter

Entlastungen in der Mitte und unten usw. Die Bereinigung bleibt der Detailberatung vorbehalten. Damit nähert man sich wieder dem Programm des Bundesrates, das doch von einem Konsens getragen war, und man nähert sich zum Teil auch dem vielleicht gar nicht so schlechten Beratungsergebnis des Ständerates.

Nun ist allerdings im Gegensatz zu den bisherigen Beratungen und auch in Wertung der von Ihnen dargebotenen Interventionen festzustellen, dass das Alternativprogramm der Sozialdemokraten einen ganz anderen und neuen Schwerpunkt mit in die Diskussion zu stellen vermöcht hat. Ich möchte sogar sagen, dass das Alternativprogramm in diesem Raum und heute gesehen eine überragende Rolle spielt, nicht in der qualitativen, aber in der politischen Gewichtung. Herr Hubacher hat das auch bei der Begründung seiner Motion, die eingereicht wurde, als das Alternativprogramm noch gar nicht bestand, bemerkenswert vertreten und richtig einzupacken verstanden. Ich glaube, die Einordnung dieses Alternativprogramms muss noch näher überprüft werden.

Wir hätten es in der Kommission einfach gehabt; wären wir auf diese Vorschläge gar nicht eingetreten, hätten wir uns damit mindestens die Zeitnot, unter der wir nun bereits zu leiden beginnen, ersparen können. Ich erinnere daran, dass wir früher mit der grössten Selbstverständlichkeit von einer Dezemberabstimmung sprachen, dann rutschte sie in den Februar hinein; jetzt sind wir bereits im Mai. Ein Sprecher hat anderseits bereits darauf hingewiesen – Herr Oester war es –, es gehe ja nur noch um die Frage, ob im Sarg eine Leiche sei oder nicht. Ich glaube, diese Frage ist nicht so spannend, dass es bei ihrer Klärung auf den Monat ankommt.

Die Sozialdemokraten hätten uns zu Recht einen Vorwurf gemacht, wenn wir die zeitraubende und aufwendige – ich möchte in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Verwaltung verdanken – Abklärung nicht vorgenommen und einfach die Alternativvorschläge unter den Tisch gewischt hätten. Die Sozialdemokraten hätten auch hieraus ihre Konsequenzen gezogen. Sie haben in der Folge allerdings, was heute nicht mehr so deutlich in Erscheinung trat, aber unterschwellig offenbar immer noch die Meinung ist, dieses Alternativprogramm trotz der erfolgten Abklärungen in die Form von Bedingungen eingebettet. In diesem Zusammenhang sind wohl die Ausführungen von Herrn Riesen, Herrn Bratschi und Herrn Hubacher bemerkenswert. Herr Gerwig hat dann noch nachgedoppelt mit der ihm eigenen politischen Feuerwerkstätigkeit.

Völlig vernachlässigt wurde bei unseren Beratungen bisher allerdings, dass wir in diesem hohen Hause nicht selbst entscheiden, sondern wir noch einen zweiten Rat haben. Mein Fraktionskollege Weber hat attestiert, dass es sich dort um «weise Männer» handeln würde. Wenn sie unsere Diskussion werten, wird sich zeigen, ob sie tatsächlich jene Basis zu finden in der Lage sind, die schliesslich doch noch zu einer politisch tragenden Mehrheit in beiden Räten, und zwar rechtzeitig, führen könnte.

Wir – jede Partei – werden noch vor der Schlussabstimmung darüber zu entscheiden haben, wie die Konditionen der SP zu werten sind. Ich nehme an, dass von sozialdemokratischer Seite her noch ergänzende Erklärungen punktueller Art abgegeben werden; denn nur an der Treuhänder-Verrechnungsbesteuerung kann doch die Frage «Finanzvorlage als Gesamtes – ja oder nein?» niemals aufgehängt werden. Hier muss man doch die Proportionen sehen. Man wird sich nicht um die Verantwortung drücken können, nur weil die Argumente, die für oder gegen das Alternativprogramm vorliegen, nicht die Wertung erfahren haben, die man vielleicht erwartete.

Nun zu den verschiedenen Anträgen. Ein Nichteintretensantrag aus Regierungskreisen liegt bekanntlich nicht vor. Ein solcher kommt mit dem Antrag Biel von seiten der Opposition. Ich möchte sagen, dass dieser mir persönlich sympathisch erscheint. Nur haben wir solche Alternativen schon vor 20 Jahren gepredigt und sind nie durchgekommen. In

der Kommission ist der Antrag denn auch mit 15 zu 2 Stimmen verworfen worden. Ich muss allerdings der Auffassung Biels aus der Praxis heraus widersprechen, wenn er noch eine Finanzreform erwartet. Finanzreform, das ist nur ein Sammelbegriff dessen, was sich im Finanzbereich in der Schweizerischen Eidgenossenschaft überhaupt tut. Von einer Reform im eigentlichen Sinn konnte mindestens vorerst und kann auch weiter nicht gesprochen werden. Man warte einmal die endgültigen Ergebnisse der Verwirklichung der Motion Binder ab, die nun schon jahrelang hängig ist.

Warum aber keine echte Finanzreform? Als es uns zu gut ging, hatten wir eine Reform nicht nötig, und die Verflechtung wurde immer schlimmer. Das zeigt die heutige Aufteilung des Bundeshaushaltes: ein Drittel Subventionen, ein Drittel Transferausgaben an die Kantone und das letzte Drittel für den eigentlichen Bundeshaushalt. Heute geht es uns nun aber schlecht. Die Entwicklung ist daher hektisch geworden, so dass eine echte Reform derzeit überhaupt nicht zu erwarten ist. Ich weiss wirklich nicht, wie die Zeitumstände aussehen müssen, um die Reform – wie sie von Herrn Biel formuliert wurde und wie sie wünschenswert und erstrebenswert ist – tatsächlich verwirklichen zu können.

Ich verweise immerhin darauf, dass einige Punkte der Motion Biel Ihnen von der nationalrätslichen Kommission beantragt werden. So zum Beispiel die Reduktion des Wehrsteueranteils der Kantone von 33½ Prozent auf 30 Prozent und die Retouche an der Reserve für den sogenannten Finanzausgleich. Ein Minderheitsantrag wird die endgültige Ausmarchung bringen. Die Kürzung der Kantonsanteile von 33½ auf 30 Prozent dagegen dürfte in diesem Rat kaum ernsthaft bestritten werden. Persönlich möchte ich allerdings anmerken: Die Historie dieser Kantonsanteile liegt darin, dass die Kantonsanteile gewissermassen die Prämie zugunsten der Kantone für die Zulassung des Bundes an ihr früher ihnen voll vorbehaltetes Steuerreservat darstellt. Man muss auf diese geschichtliche Entwicklung immer wieder hinweisen, weil sie von grosser Bedeutung ist. Ansätze in kleinen Schritten zu einer Reform sind also vorhanden, aber die grosse Reform von Herrn Biel wird hier nicht zu vertreten sein. Ich möchte Ihnen daher beantragen, diesen Antrag zu verwerfen und damit natürlich auch die Anträge der Herren Muret und Fischer-Bremgarten.

Noch eine Bemerkung zur sogenannten Transparenz der Arbeit der Regierungsparteien, die von Nichtregierungsparteien kritisiert worden ist. Ich muss Ihnen sagen: Diese Transparenz ist heute da. Zur Überraschung mindestens einiger Kommissionsmitglieder wurden hier sogar noch Dinge dargeboten, von denen wir nicht einmal in der Kommission Kenntnis hatten, die offenbar aus irgendwelchen geheimen Bundesschulden stammen dürften. Dass die Information recht spät erfolgte, hat sich aus dem Ihnen bekannten Zeitplan ergeben.

Noch ein Wort zu den Ausführungen von Herrn Gerwig, d. h. zu seinem Feuerwerk. Herr Gerwig hat einleitend auf die Grossbanken hingewiesen. Man müsste einmal sachlicherweise fragen: Welches sind die Grossbanken? Sind es drei oder sind es fünf? Dann können wir die Diskussion weiterführen. Wenn wir von fünf Grossbanken sprechen – Herr Hubacher weist auf drei hin, drei, wie der Rütschwur! –, so mussten wir einmal eine von Staates wegen stützen, in den dreissiger Jahren, ich erinnere an das Schicksal der Volksbank. Auch in bezug auf die Grossbanken ist eine differenzierte Meinung angebracht. In den späteren Ausführungen hat dann Herr Gerwig überhaupt nur noch von den Banken gesprochen. Er meinte natürlich nur die Grossbanken! Herr Gerwig, Sie können das im Protokoll dann korrigieren! (Heiterkeit!) – Aber wesentlich ist, nicht wahr, dass Sie hier ein Feuerwerk losgelassen haben! (Nicht einmal die Journalisten lesen nämlich später unsere Protokolle, so dass sie die Dummheiten nicht wiederfinden, die man früher in diesem Saal gesagt hat.) Sie müssten sachlicherweise eine Differenzierung nach der

Struktur der Banken vornehmen, wenn Sie ein reales Bild darstellen wollen.

Es gibt Regionalbanken, Lokalbanken und Privatbanken, die in keiner Weise in jenem Gewinnsog stehen, den Sie hier ganz allgemein geltend gemacht haben. Ich stehe persönlich einer Bank nahe, die in nächster Zeit gar über die Reduktion der Gratifikationen diskutieren wird. Ich werde Sie, Herr Gerwig, gerne beratend beziehen, damit Sie mir behilflich sind, dies den Leuten beizubringen und um gleichzeitig zu sagen, dass die Banken nächstes Jahr noch mehr Steuern bezahlen sollen. Wir werden also das alles miteinander regeln, damit wir an die Substanz des Problems herankommen! Es geht letzten Endes auch hier um Menschen.

Sodann haben wir uns auch die Kantonalbanken einmal anzusehen. Herr Auer hat sehr richtig darauf hingewiesen, dass das Bild unvollständig ist, wenn wir nur von Grossbanken sprechen, während die Kantonalbanken bekanntlich im Begriffe stehen – zum Teil diesen Schritt schon gemacht haben –, sich ebenfalls zu Universalbanken zu entwickeln. Auf die damit allenfalls für die Öffentlichkeit verbundenen Risiken möchte ich nicht besonders hinweisen, weil wir sonst die ganze Geschichte der Hessischen Landesbank an dieser Stelle aufröllen müssten, wo riesige Fehlbeträge schliesslich vom Steuerzahler und nicht vom leidigen Aktionär zu bezahlen waren. Diese Entwicklung haben wir sehr genau zu verfolgen.

Ich habe mich nie gegen wettbewerbsneutrale Steuern zur Wehr gesetzt, nie, und bin in diesem Sinn auch durchaus für die Prüfung der Frage, wo und wie noch etwas herausgeholt werden könnte. So habe ich mich seinerzeit gegen die neue Stempelsteuergesetzgebung zur Wehr gesetzt. Die Entwicklung hat mir leider mindestens vorläufig recht gegeben. Aber gerade die Ausführungen von Herrn Gerwig – wenn sie nicht als politisches Feuerwerk gedacht sein sollten – liefern die Argumentation für das Postulat der Kommission, dass alle Fragen betreffend Bankenbesteuerung noch einmal ganz genau und unter Vorlage umfassender Grundlagen nüchtern geprüft werden müssen. Das hätte allerdings aufgrund der Darlegungen der SP-Sprecher an diesem Pult zur Folge, dass die SP aus ihrem Konditionskartell, das sie an die Bundesfinanzreform angehängt hat, ausscheiden müsste. Das wäre die logische Konsequenz. Ich frage mich, ob die Sozialdemokraten dann nicht auch noch weitere Überlegungen anstellen sollten, weil wir doch innerhalb der Regierungsparteien schliesslich einig werden müssen – ich persönlich muss viele persönliche Wünsche zurückstellen, namentlich in der CVP-Fraktion (Heiterkeit!) –, so dass wir uns nicht auf emotionelle und opportunistische Regimes einlassen können und wollen. Es geht um das Interesse des Gesamten, und da hat ganz einfach jeder etwas zurückzustecken. Ich bitte in diesem Sinne, die «Konditionspolitik» nochmals zu überprüfen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je tiens d'abord à remercier les rapporteurs ainsi que les orateurs qui se sont exprimés dans ce débat vivant et parfois passionné, et je m'excuse de ne pouvoir répondre à chacun. L'importance que l'on accorde à l'équilibre du budget public diffère suivant les pays et suivant les circonstances. Pour les uns, l'équilibre c'est un tabou, dépassé. Les objectifs de la relance peuvent contraindre, dans l'espoir de stimuler l'économie, à accroître les dépenses publiques et à réduire les impôts. C'est ainsi que les déficits pour les années 1978 et le budget 1979 s'inscriront, pour la République fédérale allemande, à 2,5 pour cent du produit national, à 5 pour cent pour l'Autriche et passeront de 5 à 10 pour cent pour la Suède, tandis qu'ils n'atteignent, pour le budget de la Confédération, que moins de 1 pour cent de ce produit national. Si c'est une consolation, cela démontre que nous ne sommes pas seuls à éprouver la «Finanzmisere». Et malgré l'ingratitude et l'inconfort de ma fonction, je crois pouvoir vous dire qu'il y a somme toute peu de collègues en Europe qui n'accepteraient pas de venir la prendre de préférence à leur. A ce propos, pour me

référer aux propos de M. Fischer-Bremgarten, je ne mettrai ni ma tête, ni mon siège aux enchères à propos des finances de la Confédération ou de ses projets fiscaux. Ce sont les projets du Conseil fédéral, dûment débattus, collégialement adoptés. Au surplus vous savez bien que, ni moi ni mon parti, n'ont revendiqué le siège où je suis, je l'ai accepté parce que c'était le dernier disponible, et qu'aucun petit doigt, même socialiste, ne s'est levé pour revendiquer cette agréable fonction. Mon devoir était d'accepter, à défaut d'autres candidats. Je l'ai fait, bien conscient des difficultés majeures – et je les ai soulignées alors – qui m'attendaient dans la situation qui m'était donnée et qui ne m'ont pas été depuis lors épargnées. Soyez certains que les attaques personnelles et partisanes n'entament ni ma sérénité ni la fermeté que m'impose ma fonction. Je les accepte avec le sourire de l'indifférence; mais je reviens à mon sujet.

Si de nombreux pays donc s'abandonnent à la politique des déficits majeurs, d'autres, beaucoup plus rares, la France – c'est je crois même un cas particulier et exceptionnel – s'en tiennent à la rigueur de l'équilibre et pour les Français n'autorisent pas à recourir à l'endettement pour plus de 5 pour cent des dépenses; nous sommes environ à 10. Les résultats des deux méthodes contradictoires à vrai dire ne sont probants ni les uns ni les autres. Malgré son régime budgétaire exemplaire et méritoire, la France a peine à dominer son inflation et à résorber le chômage. Mais les résultats ne sont guère meilleurs ailleurs. Et l'on voit les pays qui ont pratiqué le plus largement la politique du deficit spending se trouver également en face du chômage et de l'inflation, contraints souvent de majorer des impôts déjà fort élevés – bien plus lourds que les nôtres – en un moment où la récession conseillerait plutôt de les modérer, et obligés, en même temps, de bloquer les salaires et d'en réduire parfois la valeur réelle. S'il fallait, de ces exemples contradictoires, tirer conclusion, ce serait pour constater que la rigueur de l'équilibre budgétaire absolu manque de la mobilité nécessaire et de la capacité d'adaptation conjoncturelle. En revanche, la solution de facilité du déficit massif, sous prétexte de réanimation économique, conduit inéluctablement à l'inflation et à de lourds impôts de rattrapage.

Il est donc essentiel de garder la mesure, de se fixer constamment un objectif d'équilibre à moyen terme, mais d'admettre les dérogations provisoires et limitées qui sont indispensables à la continuité économique.

Il faut le dire pourtant, notre pays a, depuis 1945, suivi en la matière deux politiques contradictoires. Les cantons et les communes en effet ont recours largement à l'endettement et doivent aujourd'hui financer une dette de l'ordre de quelque 35 milliards qui alourdit leur mobilité budgétaire et qui limite leurs possibilités d'action dans les temps de récession.

La Confédération par contre, jusqu'en 1970, a été plus raisonnable. Elle a systématiquement réduit la lourde dette de la deuxième mondiale. Dès 1970, en revanche, pourtant en période de plein emploi, elle s'est départie de cette prudence, augmentant ses dépenses au-delà d'une inflation pourtant déjà sensible et au moment même où elle s'engageait dans la démobilisation de son tarif douanier, sans avoir prévu une fiscalité compensatoire.

Depuis 1974 notre préoccupation principale a été, avec votre appui, avec la ratification populaire, de retrouver l'équilibre perdu. Par la modération des dépenses, (la croissance du budget a été de 4 pour cent en 1975, 1976 j'y reviendrai, 2,3 pour cent de réduction en 1977, 1,1 pour cent de croissance en 1978 et nous prévoyons 2 à 2,5 pour cent en 1979). Ensuite par l'adaptation des impôts. On ne nous a pas, quoi qu'on en dise, tout refusé, Dieu merci! Le vote populaire de juin 1975 nous a donné, sur l'impôt sur le chiffre d'affaires et sur l'essence, un supplément de ressources annuelles de quelque 1 milliard 200 à 300 millions. L'impôt anticipé, le droit de timbre ont été augmentés.

Ainsi, par la conjugaison de cet effort de modération et des ressources nouvelles, les déficits majeurs de l'ordre de 2 à 3 milliards que laissaient prévoir les planifications des années 1972 et 1974 ont été ramenés à des proportions plus modestes.

Mais vous connaissez aussi les forces contraires que nous avons rencontrées. La réticence du peuple à voter de nouveaux impôts. L'opportunité, sinon la nécessité, à l'apparition du chômage, d'une action de relance substantielle, qui nous a fait augmenter de 17 pour cent le budget de 1975 et qui se répercute encore sur les budgets suivants. Sans cette opération de relance, unanimement approuvée, et qui a eu ses effets en facilitant le redimensionnement notamment des industries du bâtiment, en 1976, l'équilibre financier aurait été retrouvé et nous ne serions pas ici à débattre d'un grave problème.

La stabilité économique retrouvée, une certaine reprise se marquant même, nous devions, au début de cette année, sans nous laisser décourager par l'échec fiscal de juin 1977, réaffirmer l'objectif de l'assainissement et du retour à l'équilibre à moyen terme.

Tout d'abord en poursuivant, fort de votre appui et de la caution populaire, l'exercice de modération des dépenses. De 1976 à 1979 – pour cette dernière année, selon le budget en préparation – l'augmentation des dépenses aura été de 1,5 pour cent en moyenne annuelle, soit de 670 millions pour trois ans. Cette modération n'a pas été linéaire et sommaire, elle a été sélective. Des priorités ont été marquées. Certaines, sans doute, par contrainte: les déficits ferroviaires qui représentent à eux seuls la moitié du déficit fédéral; le service de la dette qui se sera accru en trois ans de quelque 300 millions. L'importance des dépenses sociales ne s'est pas réduite: à 400 millions d'augmentation en trois ans – en particulier du fait de la neuvième révision de l'AVS, ces dépenses sociales marquent la plus forte progression.

D'autres augmentations relèvent de la continuité économique. Je pense notamment aux quelque 200 millions que nous devrons l'année prochaine consacrer aux risques à l'exportation, tandis que nous entendons maintenir au moins les investissements productifs de travail à leur niveau de 1976.

Cet effort de modération, par l'examen méthodique des subventions, de leur efficacité et de leur justification, sera poursuivi, mais nous serions de dangereux illusionnistes si nous nous faisions croire – comme certains veulent le faire – aux possibilités d'une réduction plus substantielle du budget fédéral.

Le budget fédéral représente 10 pour cent du produit national brut; le budget public total de la Suisse, environ 30 pour cent. Ce sont, en Europe industrielle, les proportions nettement les plus basses; certains Etats atteignent, dépassent même le chiffre de 50 pour cent. La modération de ce budget public est sans doute un avantage pour notre économie, mais on ne saurait réduire ces chiffres sans porter atteinte au volume de travail, à la sécurité sociale, à la défense nationale, à la péréquation intercantionale, à l'équipement du pays. Bien plus probablement, des circonstances économiques moins favorables pourront – peut-être dans un avenir proche – nous contraindre à quelques interventions d'appui, à une relance moins massive que sélective, mais de toute manière engageant des dépenses nouvelles.

Je tiens à mettre au point un incident à propos des 500 millions d'économies supplémentaires que j'aurais dans ma poche, que j'aurais même proposés au Conseil fédéral, selon ce qu'ont dit des orateurs, notamment M. Schmid ce matin.

Qu'en est-il de ce projet de 500 millions? La commission des finances nous a demandé – certains membres de cette commission – s'il n'était pas possible de trouver un moyen, par des économies – exclusivement par des économies – d'équilibrer le célèbre «trou» de 500 millions de l'année 1981. Nous avons demandé à nos collaborateurs

de préparer un projet. Ce projet – qui est rédigé –, quant à sa valeur et quant à sa technique, était inacceptable, politiquement et économiquement; sur ma proposition, le Conseil fédéral l'a enterré et fait disparaître; il n'était pas soutenable, d'où le trou dans l'alphabet de mon rapport sous fourre verte ou jaune. Il n'y a jamais eu, dans les intentions du Département des finances, de proposer un nouvel effort de réduction de l'ordre de 500 millions.

Mais si nous voulons – et nous le devons – maintenir l'objectif du retour à l'équilibre des finances, le recours à des ressources nouvelles est inévitable. Il l'était déjà – structurellement – dans les années d'euphorie 1970–1974 où la progression des recettes ne suivait que de loin celle des dépenses. Il l'est davantage encore aujourd'hui après les années de dépression fiscale, d'engagements conjoncturels et de dette accrue.

Telle qu'elle était sortie des délibérations du Conseil des Etats en avril dernier, sans modifications fondamentales du projet du gouvernement, la réforme fiscale dont vous débattez nous paraissait devoir grouper, par son équilibre et par sa modération, une large majorité parlementaire. M. Schalcher, tout à l'heure, a levé l'étandard de la guerre sainte contre la reprise de la TVA. D'autres, comme M. Schärl, lui ont fait écho. Notre première intention – il est vrai – de facilité et de commodité – je dirais presque de «replâtrage» – était à titre provisoire d'augmenter quelque peu l'impôt sur le chiffre d'affaires. Nous nous sommes heurtés à des objections valables provenant des milieux économiques et syndicaux. L'impôt sur le chiffre d'affaires charge sectoriellement les investissements et les produits à l'exportation en un moment où l'industrie de la construction végète et où l'industrie d'exportation se pose d'assez graves problèmes. Nous nous sommes rendus à ces arguments économiques. Par ailleurs, il est dans la règle démocratique de notre pays que lorsque le peuple a rejeté une réforme que le gouvernement ou le parlement considère comme utile ou comme nécessaire, gouvernement et parlement ont non seulement le droit mais le devoir de revenir à la charge avec un projet – dans le cas particulier le projet que nous présentons est sensiblement et substantiellement allégé par rapport à celui du 12 juin 1977. Si cet appel au peuple contre ses propres décisions n'avait pas été constamment pratiqué dans notre démocratie, nous n'aurions aujourd'hui ni le suffrage féminin, ni l'assurance sociale. Ce n'est pas par fantaisie ou par ménétisme, d'autre part, que tous nos concurrents européens ont introduit, les uns après les autres, la TVA. Nous faisons un deuxième essai, il en faudra peut-être trois, peut-être quatre, avec des modalités quelque peu différentes mais on ne peut conduire une politique financière avec des moyens techniques dépassés. Je remercie néanmoins MM. Schalcher, Fischer, Schärl, de leur opposition. Elle démontre que la résistance à la TVA n'a pas démobilisé et qu'il faudra, pour la surmonter, un large engagement et une forte cohésion; sinon il serait préférable, je crois, d'ajourner l'exercice.

Le remplacement de l'ICHA pénalisant les investissements et les exportations par la TVA, qui intervient aux diverses phases des transactions, est une réforme économiquement incontestée et qui, face aux perspectives inquiétantes de l'heure, revêt un certain degré d'urgence par rapport au projet du 12 juin 1977 que vous avez courageusement et loyalement défendu – et notamment le groupe socialiste. La TVA sollicite à 8 pour cent 1,5 milliard des consommateurs au lieu de 3 milliards, ou même 800 millions si les difficultés économiques nous amènent provisoirement à un taux de 7 pour cent. En contrepartie de cette augmentation de l'impôt de consommation, les contribuables petits et moyens à l'impôt de défense nationale seront libérés d'un bon demi-milliard, pratiquement autant qu'il était prévu le 12 juin 1977 et les contribuables de niveau élevé subiront une hausse à notre avis, supportable, de leur imposition. La progression de l'impôt fédéral direct est une des plus rapide et des plus forte qui existe dans la fiscalité européenne; actuellement, 2,5 pour cent des contribuables

à l'impôt de défense nationale – les revenus au-dessus de 100 000 francs – paient 54 pour cent de cet impôt. Or, par concession, par volonté de compromis, notamment à l'égard du Parti socialiste, nous avons, dès notre premier projet, délibérément accentué encore cette progression et atténué pour plus d'un demi-milliard la charge des petits et moyens contribuables: c'est la TVA la plus modérée de l'Europe industrielle, à côté des 12 à 21 pour cent qui se pratiquent ailleurs. C'est un impôt fédéral direct fortement progressif, à fortes déductions sociales: nous avons peine à comprendre les reproches d'une fiscalité antisociale qui ont, dès son début, harcelé le projet de réforme et qui se font encore entendre aujourd'hui. Ce projet est plus social encore que celui du 12 juin 1977 que vous avez défendu.

La structure fiscale que nous proposons soutient largement la comparaison sociale avec celle des pays socio-démocrates, avec leur TVA à 21 pour cent et leurs salaires frappés à la source de 40 à 50 pour cent. Vous serez tous d'accord avec moi, et notamment M. Hubacher qui nous disait tout à l'heure justement qu'un Etat pauvre ne pouvait pas être un Etat social: Est-ce une politique sociale celle qui consisterait à laisser courir les déficits, accroissant ainsi inévitablement la pression aux économies, la pression à l'encontre des dépenses sociales et des investissements, ou aggravant à terme les risques d'inflation?

Après les délibérations rapides et sérieuses du Conseil des Etats au mois d'avril, votre commission a très largement débattu du plan financier indicatif pour les années 1979 à 1981. Il faut en dire quelques mots. Notre objectif était, vous le savez, d'atteindre à l'équilibre en 1971 grâce aux nouvelles ressources. Or le plan financier déposé laisse pour cette année-là un «manco» de 500 millions. Dans les premières intentions du Conseil fédéral, ces 500 millions devaient être couverts par une opération triangulaire à réaliser d'ici 1981: taxe sur les transports lourds – vous voyez que nous l'avions déjà envisagée – allègement du compte routier des cantons, extension des charges des cantons dans d'autres domaines – on parlait alors de l'assurance-maladie. Cette opération était avancée en hypothèse de travail, réservant toutes les procédures constitutionnelles et légales. Elle n'en suscita pas moins des réactions négatives, tant parmi les cantons que dans les milieux de l'assurance-maladie, ce qui nous amena à laisser provisoirement ces 500 millions sans couverture – je ne serais pas très loin de rejoindre d'ailleurs les estimations de M. Stich à propos de ces 500 millions qui, quant à moi, ne m'ont jamais empêché de dormir. En trois ans, nous trouverons sans aucun doute des ressources nouvelles ou des possibilités d'économies – peut-être par le fait de l'absence d'inflation, si cela continue – pour couvrir cette somme.

Or, ces malheureux 500 millions – 3 pour cent des dépenses – en dépit de leur perspective lointaine, ont paradoxalement et longuement retenu l'attention de votre commission. Ils y ont suscité un affrontement de doctrine, de théologie, entre ceux qui entendaient trouver ces 500 millions problématiques et mythiques dans un éventail de ressources supplémentaires aux impôts proposés et ceux qui entendaient les obtenir d'un nouveau programme d'économies. Il en est résulté la demande au Conseil fédéral de faire rapport sur les douze possibilités de recettes supplémentaires sur les banques, le trafic ou le volume des salaires. Il est résulté surtout de ce préalable, au profit d'un aspect accessoire du problème, sinon l'oubli, du moins un important et grave retard dans l'étude du projet principal, celui de la réforme fiscale, au point, je ne vous le cacherai pas, que nous nous sommes demandé si ces péripeties multiples ne constituaient pas un combat retardataire destiné à renvoyer à 1980 ou plus tard la votation populaire sur la réforme fiscale. Certes, je ne fais pas de la politique depuis hier et je peux trouver sans doute à ce renvoi des motivations politiques, des explications valables, mais si tel était le cas dans le tréfonds de vos consciences, nous aurions préféré et nous préférerions qu'on

nous le dise ouvertement au lieu de nous livrer ici à de longs débats et à des diatribes de partis.

Le Conseil fédéral, quant à lui, persiste dans sa volonté de soumettre au peuple la réforme fiscale pour autant que le Parlement lui assure un large appui. Il est indispensable d'engager cette réforme, sur le plan économique, sur le plan de l'équilibre du budget.

Certains des amendements, et plus encore les compléments que votre commission a jugé bon d'apporter au projet, ne nous paraissent pas de nature à faciliter la liquidation des divergences avec le Conseil des Etats, non plus qu'à donner des garanties supplémentaires d'adhésion populaire. Ils nous paraissent au contraire «charger le bateau».

Nous reviendrons dans la délibération de détail sur les amendements apportés à la TVA et à l'impôt direct. Reconnaissions qu'on peut différer d'avis sur l'opportunité de soumettre les avocats plutôt que les coiffeurs à la TVA ou le contraire, sur le tarif proportionnel, à deux ou trois niveaux de l'imposition des personnes morales, sur l'ampleur des déductions sociales ou la progressivité du tarif de l'impôt fédéral direct. Quant au problème des banques, j'y reviendrai demain dans la discussion de détail, par gain de paix: on a suffisamment manié les explosifs oratoires aujourd'hui.

En revanche, je dois vous dire l'opposition du Conseil fédéral aux deux articles constitutionnels nouveaux sur les vignettes routières et sur l'introduction d'une taxe sur le transport routier lourd, même s'ils doivent avoir, comme M. Stich l'évoquait tout à l'heure, une durée limitée. Non pas que ces deux objets soient pour nous des tabous. Notamment, le Conseil fédéral a la ferme intention, conformément à la conception globale des transports, de demander en tout cas au trafic lourd une contribution correspondant aux charges routières qu'il occasionne mais qu'il ne couvre pas. Mais le fait même que cette conception globale existe, qu'elle nous a été présentée, qu'elle a été élaborée grâce à un travail de sept années, avec la collaboration de tous les milieux intéressés au prix de quelque 16 millions pour la Confédération, cela même nous interdit de la liquider en pièces détachées, séparées de leur contexte sans une conception précise des modalités, sans appréciation valable des conséquences économiques, pleins d'illusions par ailleurs sur le rendement et sans consultation. Les vives réactions qui se manifestent aujourd'hui dans l'opinion à l'encontre de ces deux arrêtés constitutionnels tout autant, et peut-être plus, quant à la méthode et à la procédure que sur le fond, sont compréhensibles. Après consultation, le Conseil fédéral vous présentera sur l'une et l'autre des propositions précises, susceptibles d'un large ralliement et s'intégrant dans la conception globale. Mais il rejette un travail qui serait d'improvisation.

M. Biel propose le renvoi de la réforme fiscale en subordonnant l'engagement de nouvelles ressources à la révision fondamentale du ménage des dépenses fédérales, à une réduction drastique des subventions, à la révision des rapports entre la Confédération et les cantons. Sa démarche en soi est logique. Cette mise en ordre est d'ailleurs en cours. Mais elle exige du temps et entre-temps les déficits courrent, faute de ressources suffisantes. Le déficit et la dette s'accroissent et par là le service des intérêts. Nous ne pouvons attendre d'avoir pratiquement révisé la constitution avant de solliciter l'augmentation d'impôts modérée que nous demandons. Les deux opérations doivent être parallèles et nous ne pourrons pas nous en tirer autrement.

A lire M. Letsch, dans la première partie de ses propositions, il est soucieux avant tout de passer à la TVA le plus rapidement possible, tout en atténuant l'imposition directe et en consentant des dégrèvements fiscaux aux personnes morales. Le plus sûr moyen d'aboutir, Monsieur Letsch, à cette transformation de notre fiscalité indirecte, c'est de voter le projet du Conseil fédéral et du Conseil

des Etats avec la TVA à 7 pour cent, pour autant que les circonstances économiques l'exigent, avec allégement de l'impôt direct, même si les couches «stratosphériques» des contribuables sont touchées par une modeste contribution de solidarité. Quant au dégrèvement des personnes morales, si les conditions économiques aggravées devaient le justifier, il pourrait se faire à partir du projet et du système actuels après études précises.

Quant à la deuxième partie de la motion de M. Letsch, elle ne concerne pas directement le débat sur la réforme fiscale: il est d'autre part douteux que par son appel rigoureux à l'épargne elle soit conforme à l'intérêt de notre économie. Je remercie M. Letsch d'avoir réservé le vote sur sa proposition jusqu'au terme des débats de détail.

J'en arrive à ma conclusion. Je conclus – M. Schwarzenbach me le permettra – en termes de cuisine. Dans le menu parlementaire, et surtout référendaire, les plats fiscaux ont toujours été et resteront toujours d'une amer-tume ingrate. Ils sont pourtant la nourriture indispensable au fonctionnement de l'Etat et, comme on dit: «Ne tirez pas sur le pianiste», ménagez aussi le cuisinier!

Les pérégrinations des débats de votre commission nous avaient laissés perplexes sur une volonté générale d'aboutir. Les débats d'aujourd'hui n'ont pas totalement démenti cette première impression. Le Conseil fédéral unanime – quoi qu'en pense M. Allgöwer, il est très généralement unanime, car les oppositions de parti ne franchissent pas sa porte – le Conseil fédéral donc souhaite que, dans un heureux revirement, mais profond revirement, vous retrouviez entre vous le plus large consensus sur les propositions raisonnables qui vous sont faites dans l'intérêt de notre économie, du développement de ses investissements, de la maintenance de ses exportations, dans l'intérêt d'une fiscalité directe plus équitable, déchargeant petits et moyens contribuables, dans l'intérêt d'une politique de progrès de la Confédération.

Vous pourrez ainsi, dans le plus proche avenir, la conscience allégée, partir d'un pas allègre, enthousiaste et courageux à la conquête des voix du peuple et des cantons.

Nous vous recommandons d'entrer en matière sur les propositions A et B, de rejeter les propositions C et D de notre commission, les renvoyant au Conseil fédéral pour être traitées dans le cadre de la conception globale des transports.

Le président: J'admet que le débat général est clos. Dès lors nous nous prononçons sur les propositions de renvoi concernant l'ensemble des textes qui nous sont soumis. A ce propos notre collègue Letsch a demandé la parole.

Letsch, Sprecher der Minderheit II: Als juristischer Laie hielt ich es aufgrund des Reglements für möglich, über den Antrag der Minderheit II, der ja eine Alternative zu den Kommissionsanträgen bedeutet, erst am Schluss der Detailberatung abzustimmen. Nachdem die Rechtsgelehrten mich inzwischen eines Bessern belehrt haben, bleibt mir nur die Möglichkeit, jetzt aus formalrechtlichen Gründen den sogenannten Rückweisungsantrag zurückzuziehen und später, je nach dem Verlauf der Detailberatung, Ihnen in Form eines neuen, reglementskonformen Antrages die hier entwickelte Alternative allenfalls nochmals zu unterbreiten.

Le président: M. Letsch retire au nom de la minorité II la proposition de celle-ci.

Abstimmung - Vote.

Für den Rückweisungsantrag der Minderheit I	19 Stimmen
Dagegen	130 Stimmen

Motion der sozialdemokratischen Fraktion. Bundesfinanzen**Motion du groupe socialiste. Finances fédérales**

Wortlaut siehe Seite 1095 – Texte voir page 1096

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Tout à l'heure, à la fin de la discussion sur l'entrée en matière, je crois avoir traité implicitement assez largement les éléments de la motion socialiste. Je crois dès lors pouvoir déclarer sans de plus longs commentaires que les chiffres 1 et 2 concernant le programme fiscal coïncident avec le projet que nous vous avons présenté.

Quant au point 3 (harmonisation fiscale), je vous dirai ceci. Le 12 juin 1977, le peuple et les cantons ont accepté l'arrêté fédéral concernant l'harmonisation fiscale. Celui-ci est clair: il se limite à promouvoir l'harmonisation fiscale formelle et il réserve expressément la compétence des cantons de déterminer les barèmes, les taux, ainsi que les montants exonérés d'impôts.

Toutes les tentatives en vue de réaliser une certaine harmonisation fiscale matérielle ont échoué devant le Parlement ou en votation populaire. Nous sommes en train de mettre en œuvre l'article 42*quinquies*. Un projet de loi fédérale sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes a été soumis pour avis aux cantons et aux organisations intéressées. En conséquence, la demande formulée par le groupe socialiste sous chiffre 3 doit être rejetée puisqu'elle est en opposition avec la constitution. Quant au point 4 de la motion socialiste, la recherche d'autres sources de revenu est déjà en cours. Le chiffre 4 peut donc être accepté sous la forme du postulat.

En résumé, les points 1 et 2 sont déjà réalisés, le point 3 est en contradiction avec la constitution et le Conseil fédéral accepte le point 4 sous la forme du postulat.

Le président: Le Conseil fédéral est disposé à accepter le chiffre 4 de la motion sous forme de postulat. Le porte-parole du groupe socialiste me fait savoir qu'il consent à transformer cette partie de la motion en postulat. Ce postulat est-il combattu?

M. Mugny: Nous sommes un certain nombre à n'avoir plus en main le texte de cette motion. J'apprends qu'il a été distribué avec ceux des autres motions. Peut-être s'est-il perdu. Je serais heureux que ce texte nous soit distribué avant le vote.

Le président: Nous vous remettrons le texte de cette motion. Le postulat est-il combattu? Ce ne me paraît pas être le cas. Il est ainsi adopté.

Ueberwiesen – Transmis

A**Bundesbeschluss über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer****Arrêté fédéral réformant le régime de l'impôt sur le chiffre d'affaires et de l'impôt fédéral direct**

Le président: MM. Fischer-Bremgarten et Muret proposent au conseil de ne pas entrer en matière. Ces Messieurs ont déjà motivé leur proposition. Je vous prie dès lors de vous prononcer.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Fischer-Bremgarten/Muret
(Nichteintreten)

10 Stimmen

Dagegen

138 Stimmen

Titel und Ingress, Ziff. I Ingress**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I préambule**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 41ter**Antrag der Kommission****Mehrheit**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Fischer-Bern, Cantieni, Hofmann, Richter, Thévoz)

Abs. 1 Bst. a

... höchstens 8 Prozent des Entgelts, auf gastgewerblichen Leistungen höchstens 5 Prozent;

Art. 41ter**Proposition de la commission****Majorité**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Fischer-Berne, Cantieni, Hofmann, Richter, Thévoz)

Al. 1 let. a

... de la contre-prestation et à 5 pour cent au plus sur les prestations de l'hôtellerie et de la restauration.

Eisenring, Berichterstatter: Ich muss den Herrn Kommissionspräsidenten, der derzeit vor der Television tätig ist, entschuldigen. Ich bitte Sie, die Uebersetzungsanlage zu benutzen, damit diese endlich einmal amortisiert wird!

Nun zu Artikel 41ter einige allgemeine Bemerkungen: Dieser Artikel bewegt sich in der Formulierung der Vorlage 1976. Allerdings war damals bekanntlich ein Satz von 10 Prozent vorgesehen. Er enthält die Kompetenznorm u. a. zur Erhebung einer Mehrwertsteuer und einer Verbrauchssteuer auf Erdöl und Erdgas. Aufgehoben wird hiermit die Biersteuer, was sich aber angesichts der höheren Umsatzsteuerbelastung genereller Natur und auch aus wettbewerbspolitischen Gründen vertreten lässt. Auch die heute bestehende verfassungsmässige Fixierung der Gesamtbelaistung des Biers – es handelt sich um Artikel 31ter Absatz 4 – wird aufgehoben. Bundesrat und Ständerat wollten diese verfassungsrechtlichen Bestimmungen noch beibehalten, aber in unserer Kommission ist man zur Ueberzeugung gelangt, dass sie zu streichen seien. Es spielen heute auch verschiedene Gründe der Wettbewerbsregelung mit. Die seinerzeitige Belastung des Biers wurde unter besondern Umständen und als letzter Ausläufer einer allgemeinen Getränkesteuer ein- und dann auch weitergeführt. Inzwischen hat sich sodann die Bierbrauerei auch strukturmässig verändert. So ist z. B. das alkoholfreie Bier im Vordringen begriffen. Damit wäre eine Ausscheidung der verschiedenen Biersorten und dadurch die Belastung unter dem Titel «Alkoholbesteuerung» eigentlich unerlässlich. Die Sondersteuer hat sich von selbst überlebt und war verfassungsrechtlich nie in Ordnung.

Wesentlich bleibt – und das ist zu beachten –, dass in diesem neuen Verfassungsartikel die zeitliche Befristung, die wir früher kannten und die jeweils zu besonders grossen Auseinandersetzungen Anlass gab, nicht mehr enthalten ist. Die bisherige Finanzordnung – und damit auch die Rechtsgrundlage für die Warenumsatzsteuer – läuft bekanntlich Ende 1982 aus. Eine neue Befristung ist – im Gegensatz zur bisherigen Vorlage – also nicht mehr vorgesehen.

Ferner ist zu würdigen, dass in Artikel 41ter Absatz 1 Litera a nicht nur ein normaler Höchstsatz von 8 Prozent vorgesehen ist, sondern auch ein ermässigter Satz in den Kompetenzbereich der Bundesgesetzgebung gestellt wird. Auch diese Formulierung gilt es zu beachten.

Eine Erhöhung des maximalen Steuersatzes bedarf einer Verfassungsänderung, während eine allfällige Senkung des Steuersatzes auf dem Gesetzeswege erfolgen kann.

Hier liegt sodann eine Differenz wegen der gastgewerblichen Belastung vor – Herr Fischer wird sie begründen. Die Kommission lehnt den Minderheitsantrag ab. Nach Anhören der Begründung durch Herrn Fischer werde ich die Meinung der Mehrheit der Kommission zu diesem Punkt vertreten.

Le président: M. Bonnard désire faire une déclaration personnelle. Je lui donne la parole.

M. Bonnard: Je constate que le président de la commission est absent. Il est en même temps rapporteur de langue française; il est pris par la télévision. Je ne proteste pas de ce fait, parce qu'il est important, pour l'information du public en Suisse, que les membres de notre Parlement s'expriment à la télévision. Je proteste, en revanche, contre le fait que les Romands, dans ce Parlement, sont privés de leur rapporteur.

Fischer-Bern, Sprecher der Minderheit: Sie wissen, dass die Mehrwertsteuer in zwei Etappen eingeführt werden soll. Die erste betrifft die Uebergangsbestimmung in Artikel 9, über den wir nachher zu befinden haben werden. Dort ist ein allgemeiner Mehrwertsteuersatz von 8 Prozent vorgesehen, von 5 Prozent für das Gastgewerbe und 2,5 Prozent für Nahrungsmittel. Diese Ansätze sind etwas reduziert worden; wir werden darüber zu sprechen haben. Nun ist die Situation aber so, dass die eigentliche Verfassungsbestimmung, die hier in Artikel 41ter zur Diskussion steht, nur einen Satz enthält, nämlich 8 Prozent. Das bedeutet, dass die gastgewerblichen Leistungen wohl für die nächsten sechs Jahre auf 5 Prozent – bzw. nach den Beschlüssen der nationalrätslichen Kommission auf 4 Prozent – festgelegt werden, dass es aber nach Ablauf dieser sechs Jahre bei der Ausgestaltung des neuen Mehrwertsteuergesetzes möglich sein wird, die Belastung bis zu 8 Prozent vorzunehmen. Die Bevorzugung des Gastgewerbes, die bewusst schon in der letzten Vorlage war und sowohl vom Bundesrat und Ständerat, wie in noch ausgeprägterem Masse von der nationalrätslichen Kommission vorgesehen ist, könnte also fallen gelassen werden, weil in jenem Moment der Gesetzgeber, gestützt auf die geltende Verfassungsbestimmung, das Recht hätte, bis auf 8 Prozent zu gehen.

Ich möchte Sie bitten, das nicht zu tun, sondern gemäss Minderheitsantrag zu beschliessen, dass dort, wo in der Uebergangsbestimmung 8 Prozent gelten, diese 8 Prozent auch definitiv gelten, es hingegen beim Gastgewerbe (wo 5 Prozent vom Bundesrat vorgeschlagen wurden und 4 Prozent von der nationalrätslichen Kommission) bei diesen 5 Prozent bleibt. Es ist für das Gastgewerbe keine Beruhigung, zu wissen, dass für einige Zeit wohl der reduzierte Ansatz gilt, dass es aber später möglich sein wird, ohne eine Verfassungsabstimmung auf dem Gesetzgebungswege bis auf 8 Prozent zu gehen, d. h. die Differenz zu korrigieren.

Sie müssen sich darüber klar sein, dass das Gastgewerbe sich in einer ganz speziellen Situation befindet. Es handelt sich um einen ausgesprochenen Dienstleistungsbereich, der sehr wenige Vorsteuerabzüge vornehmen kann. Das Gastgewerbe ist heute zudem in einer sehr unerfreulichen Lage; das Thema der Frankenaufwertung geht nicht nur die Exportindustrie an, sondern mindestens ebensosehr oder in noch ausgeprägterem Masse den Tourismus, der international orientiert ist. Die Exportrisikogarantie, die der Exportindustrie einige Lasten abnimmt, funktioniert beim Fremdenverkehr nicht, weil ja nicht ins Ausland exportiert wird. Es bestehen aber die genau gleichen Konsequenzen der Frankenaufwertung.

Dazu kommen die nicht lösbar Probleme des Personalmangels; jene Schwierigkeiten, die darin liegen, dass im Gastgewerbe die Arbeitszeit unregelmässig ist. Wenn wir

heute abend um 9 Uhr – oder, wie ich hoffe, schon etwas früher – hier entlassen werden, dann werden die meisten von Ihnen ins Restaurant gehen. (Das nehme ich wenigstens an.) Die Folge davon wird sein, dass es Leute braucht, die Sie bedienen. Diese Leute haben am Abend keine Freizeit und müssen auch Samstag/Sonntag arbeiten. Ich bin überzeugt, dass von allen Gruppen des Gewerbes das Gastgewerbe vor den schwierigsten internen strukturellen Problemen steht, die teilweise beinahe nicht gelöst werden können.

Der langen Rede kurzer Sinn: Ich möchte Sie aus sachlichen Gründen bitten, dieser Gleichstellung zwischen Uebergangsordnung Artikel 9 mit dem Satz von 5 Prozent und der dauernden Verfassungsvorschrift von 5 Prozent zuzustimmen, vor allem wegen des Tourismus.

Das referendumspolitische Argument will ich vorsichtig so formulieren: Ein Beschluss, wie ihn die Minderheit vorschlägt, wäre geeignet, die Opposition des Gastgewerbes gegen die Einführung der Mehrwertsteuer zu entschärfen. Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass die Opposition völlig dahinfallen wird. Wenn man aber den guten Willen des Gesetzgebers sieht und auch längerfristig sicher ist, dass man nicht riskiert, nach einigen Jahren plötzlich einen Aufschlag von 4 bzw. 5 Prozent zu bekommen, ohne Volksabstimmung, so wird die Virulenz der Opposition geringer sein. Die Vorlage hat es nach meiner Meinung nötig, dass man nicht noch Oppositionsherde schafft, die nichts einbringen; denn der so vorgeschlagene Beschluss wird für den Bund finanziell keine Konsequenzen haben. Ich möchte Ihnen also vorschlagen, der Minderheit zuzustimmen. Den Herrn Kommissionsreferenten – der ja bereits mit seinem Holzschnäpper gewirkt hat – bitte ich, es bei seiner Replik gnädig zu machen.

Eisenring, Berichterstatter: Ich komme der Bitte von Herrn Fischer gerne nach, möchte aber folgendes festhalten: Wir haben zwischen zwei Dingen zu unterscheiden. Einmal haben wir die unbefristete Mehrwertsteuerkompetenz und damit die Festsetzung des Maximalsatzes auf höchstens 8 Prozent im Rahmen der Dauerordnung zu beschliessen. In der Uebergangsordnung anderseits haben wir, mindestens für vorerst, die reduzierten Sätze vorgesehen und dabei für das Gastgewerbe, was ursprünglich nicht beabsichtigt war, den Satz von 5 Prozent eingesetzt. In der Folge, d. h. im Rückkommensverfahren, wurde dann einem Antrag Fischer Rechnung getragen durch Reduktion auf 4 Prozent. Nachdem wir in der Uebergangsordnung also den Satz von 8 auf 7 Prozent ermässigt hatten, gingen wir bei den gastgewerblichen Leistungen von 5 auf 4 Prozent und bei den lebensnotwendigen Gütern von 2,5 auf 2 Prozent zurück. Die Uebergangsordnung von 4 Prozent für das Gastgewerbe ist durch die Uebergangsbestimmung für sechs Jahre verankert. Es kann also nicht eintreffen, was Herr Fischer befürchtet, dass in dieser Zeit «plötzlich», wie er sich ausgedrückt hat, eine Satzerhöhung erfolgen könnte. Nach sechs Jahren wird dann die Frage zur Diskussion stehen, zu welchem Satz die weitere Einordnung der gastgewerblichen Leistungen, aber auch der Lebensmittelpositionen usw., vorgenommen werden soll. Die Verfassungsbestimmung sagt in Absatz 1 – und darum habe ich einleitend Wert auf diese Feststellung gelegt –, dass der Satz von 8 Prozent ein Maximalsatz ist und dass allenfalls nach sechs Jahren auf dem Wege der Gesetzgebung ermässigte Sätze eingeführt werden können. Das waren die Überlegungen, die in der Kommission den Antrag Fischer in die Minderheit versetzten.

Im weiteren hat sich noch die Frage gestellt: Wenn man heute schon den Steuersatz für die gastgewerblichen Leistungen auch für die Zeit nach sechs Jahren festlegen wollte, müssten dann nicht die 2,5 Prozent gemäss Beschluss des Ständerates oder die 2 Prozent gemäss dem Antrag unserer Kommission für die lebensnotwendigen Güter ebenfalls fixiert werden? Daraus ersehen Sie, dass wir damit die Uebergangsordnung zur Dauerordnung petrifizieren würden. Wir machten damit also genau das,

was dem Konzept der Verfassungsvorlage widersprechen würde. Ich bitte Sie daher, den Antrag der Kommissionsminderheit abzulehnen, womit nichts gegen eine wohlwolende Prüfung der wirtschaftlichen Situation des Gastgewerbes nach sechs Jahren ausgesagt sein soll.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: A notre avis, les motifs économiques qui ont prévalu cette année pour introduire ce taux réduit pour les branches de l'équipement touristique, hôtelier et pour les auberges, la situation de concurrence notamment du tourisme vis-à-vis de l'étranger, prévaudront sans doute encore dans six ans, au moment où la loi remplacera les dispositions transitoires de l'article 9. Toutefois, la question de l'introduction de ces chiffres peut être discutée. Les constitutionnalistes répugnent, d'une manière générale, à introduire dans la constitution autre chose que des normes de compétence. La présence même du chiffre de 8 pour cent leur paraît dans leur purisme une anomalie. A quoi nous pouvons répondre que le peuple généralement n'aime pas se prononcer pour des principes mais qu'il aime les voir chiffrés, d'où la présence du chiffre 8.

Si l'on voulait introduire le taux de 5 pour cent pour les branches de l'hôtellerie, il faudrait alors logiquement introduire également le 2,5 pour cent. Si l'on continuait d'appliquer ce principe, à savoir indiquer toujours une quantité de chiffres, on risquerait d'avoir une constitution qui ressemblerait à une collection de formules pharmaceutiques ou à un rapport d'exercice bancaire. Ce sont donc surtout des raisons d'esthétique qui nous incitent et qui incitent la majorité de votre commission à ne pas donner suite à la proposition de M. Fischer.

Toutefois, je dois dire que je n'en ferai pas une affaire majeure, une affaire d'Etat; si vous voulez donner une assurance aux milieux du tourisme, il serait alors logique d'introduire également les 2,5 pour cent. Nous vous laissons le choix.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	98 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	43 Stimmen

Ziff. II Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 9 Abs. 1, Abs. 2 Bst. a Ziff. 1–4, 6, 7, 8, 9, 11

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 9 al. 1, al. 2 let. a ch. 1 à 4, 6, 7, 8, 9, 11

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 9 Abs. 2 Bst. a Ziff. 5

Antrag der Kommission

... immateriellen Gütern, ausgenommen Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst, soweit sie sich nicht auf Leistungen nach Ziffer 7 oder 11 beziehen;

Art. 9 al. 2 let. a ch. 5

Proposition de la commission

... autres biens immatériels analogues, à l'exception des

droits d'auteur sur les œuvres littéraires et artistiques, pour autant qu'ils ne se rapportent pas à des prestations selon chiffre 7 ou 11;

Angenommen – Adopté

Art. 9 Abs. 2 Bst. a Ziff. 7bis

Antrag der Kommission

Beratung, Begutachtung und Vertretung in juristischen, finanziellen, wirtschaftlichen und organisatorischen Belangen; Beurkundung von Rechtsgeschäften; Vermögensverwaltung; Buchführung für Dritte und Bücherrevision; das gesetzlich geschützte Berufsgeheimnis ist vorbehalten;

Antrag Alder

Streichen

Art. 9 al. 2 let. a ch. 7bis

Proposition de la commission

Conseils, expertises et représentation en matière juridique, financière, économique et d'organisation; authentification d'actes juridiques; gestion de fortune; tenue de comptabilité pour des tiers et revision comptable; est réservé le secret professionnel garanti par la loi;

Proposition Alder

Biffer

Alder: Bei der Suche nach neuen Finanzierungsquellen ist die vorberatende Kommission des Nationalrates im Gegensatz zur klar negativen Haltung des Bundesrates, welcher sich auch der Ständerat angeschlossen hat, auf die Idee verfallen, «Beratung, Begutachtung und Vertretung in juristischen, finanziellen, wirtschaftlichen und organisatorischen Belangen, Beurkundung von Rechtsgeschäften, Vermögensverwaltung, Buchführung für Dritte und Bücherrevision» neu der Mehrwertsteuer zu unterstellen. Ich beantrage Ihnen Streichung dieses Kommissionsantrages und damit Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates und zum Beschluss des Ständerates.

Dazu eine Vorbemerkung: Ich glaube, es gilt als allgemein anerkannter Grundsatz, dass Umsatzsteuern erstens möglichst wettbewerbsneutral sein sollen, d. h. sie sollen nicht zu Wettbewerbsverfälschungen führen. Dies ist denn auch eines der Hauptargumente, die für die Umstellung von der heutigen Warenumsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer vorgetragen wurden, nicht zuletzt auch vom Kommissionspräsidenten, Herrn Richter, in seinen soeben gemachten Ausführungen. Zweitens sollen die Umsatzsteuern nicht unsoziale Auswirkungen zeitigen. Ich glaube, dieser Gedanke geht wie ein roter Faden durch alle Steuerdiskussionen hindurch, die wir in den letzten Jahren in diesem Saal miteinander geführt haben. Gegenüber der bisherigen Umsatzsteuer kommt bei der Mehrwertsteuer hinzu, dass diese nach dem Grundgedanken des Gesetzes noch in ausgeprägterem Masse vom Konsumenten oder vom Dienstleistungsnehmer zu tragen, kurz auf den Letztverbraucher zu überwälzen ist. Nicht der Unternehmer, sondern der Verbraucher bezahlt die Steuer mit dem Entgelt für die bezogene Ware oder Dienstleistung.

Was uns nun in Ziffer 7bis angeboten wird, verletzt nach meiner Meinung beide Grundsätze, den wettbewerbspolitischen wie den sozialpolitischen Aspekt, in geradezu flagranter Weise. Die offenbar absichtlich sehr weit gefasste Formulierung dieser Bestimmung erfasst alle, die sich in irgendeiner Weise im Rahmen der Privatwirtschaft, sei es als juristische Person, sei es als Freierwerbende, mit den genannten Tätigkeiten befassen, also Treuhandfirmen oder Treuhänder, Banken, Notare, Rechtsanwälte, Rechtsberater auf irgendwelchem Gebiet – Sie wissen, dass heute auch Architekten Rechtsberatung treiben, wenn sie Quartierplanungen ausarbeiten –, Buchhalter, Revisoren, Steuerberater, Finanzberater usw. Nicht betroffen dagegen

werden staatliche Stellen, welche dieselben Leistungen erbringen wie die erwähnten privaten Stellen oder Personen, etwa die amtlichen Notariate, wie wir sie in verschiedenen Kantonen teils exklusiv, teils parallel zu den freierwerbenden Notariaten kennen. Nicht betroffen werden aber auch staatliche Rechtsauskunftstellen, wie wir sie überall im Lande herum haben.

Nicht betroffen werden alle diese Leistungen, sofern sie firmenintern, z. B. durch eine firmeninterne Rechtsabteilung, Vermögenverwaltungsabteilung oder Revisionsstelle für die Firma selbst erbracht werden.

Unter diesen Umständen kann man allein vom Blickwinkel des Wettbewerbs zwischen Privatwirtschaft und staatlichen Stellen sicher nicht mehr von einer wettbewerbsneutralen Steuer sprechen: Ein Beispiel: Wer ein Testament, einen Ehevertrag oder einen Kaufvertrag notariell beurkunden lassen möchte oder muss, zahlt für dieselbe Leistung bei einem Amtsnotariat gemäss dieser Vorlage 7 Prozent und später vielleicht noch mehr Prozent weniger als bei einem freierwerbenden Notar. Ich kann dies ohne weiteres sagen, weil ich nicht Notar bin. Oder anders ausgedrückt: In einem Kanton, wo ausschliesslich das private Notariat besteht, zahlt der Bürger für dieselbe Leistung 7 Prozent oder noch mehr Prozent als im Nachbarkanton, der nur das Amtsnotariat kennt. Wo bleibt da die Wettbewerbsneutralität der Steuer, die ja das Ziel dieser Steuer sein soll? Sie wird zulasten vor allem der Freierwerbenden preisgegeben. Ein anderes Beispiel: Wie ist es bei den Rechtsanwälten? Hier fühle ich mich schon etwas sicherer als bei den Notaren. Hier haben wir zwar kein Konkurrenzverhältnis Staat/Freierwerbende oder Staat/Private, wohl aber zwischen Freierwerbenden einerseits und den Banken, Versicherungsgesellschaften und grossen Wirtschaftsunternehmen anderseits.

Es ist bekannt, dass Rechtsberatung und auch Rechtsvertretung seit längerer Zeit immer mehr auch von den Banken, den Grossunternehmen, den Versicherungsgesellschaften, den Gewerkschaften und so weiter für ihre internen Belange, ihre eigenen Kunden und Mitglieder betrieben wird. Dagegen ist sicher nichts einzuwenden. Aber alle diese Leistungen werden nun von dieser Ziffer 7bis nicht erfasst, weil sie im Einzelfall kein messbares Entgelt aufweisen. Sie können nicht erfasst werden, mangels Kontrolle. Wohl liegt nun Litera f dieses Absatzes 2 fest, dass die Berechnung der Steuer beim Fehlen eines Entgeltes nach dem Wert der Leistung berechnet werden soll. Aber bitte, wie wollen Sie diese Steuer denn eigentlich erheben? Das können Sie nicht! Wie wollen Sie diese Steuer nach dem Wert der Leistung bei der Bank, die ihren Kunden berät, bei der Gewerkschaft, die ihr Mitglied berät und ihm Rechtsschutz gewährt, bei der Versicherungsgesellschaft, die ihren Kunden berät, beim Grossunternehmen, das seine Verträge durch eine firmeninterne Rechtsabteilung begutachten lässt, erheben? Es ist unmöglich, Sie können es nicht! Auch in diesem Bereich – ich könnte weitere, ähnlich gelagerte Fälle in anderen Berufssparten anführen – bringt Ziffer 7bis eine ganz offensichtliche Wettbewerbsverzerrung, wiederum zulasten eines Teils der politisch ja nicht organisierten und weitgehend einflusslosen Freierwerbenden.

Die Aerzte freilich hat man wohlweislich ausgeklammert. Offenbar wollte man über die Unterstellung ärztlicher Leistungen unter die Mehrwertsteuer nicht indirekt wieder die Krankenkassen und dann letztlich den Bund zur Kasse bitten. Es war an sich logisch, dass man deshalb die Aerzte nicht erfasst hat. Aber die Tatsache der Wettbewerbsverzerrung und Wettbewerbsverfälschung durch die Regelung, wie sie hier vorgeschlagen wird, kann nicht weggdiskutiert werden.

2. Zum sozialpolitischen Gesichtspunkt: Sie werden ja nicht annehmen, dass der grösste Teil der Rechtsberatung und Rechtsvertretung vor Behörden und Gerichten für sogenannt zahlungskräftige, finanzkräftige Bürger geleistet wird. Hier anwesende Richter, aber auch anwesende

praktizierende Berufskollegen, können Ihnen sicher bestätigen: Der Hauptharst der Rechtsuchenden setzt sich aus Leuten zusammen, die in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben. Mit der Zustimmung zu Ziffer 7bis belasten Sie vorab diese Leute, wie ich Ihnen das vorhin dargelegt habe. Sie verteuern den Rechtsschutz; Sie erschweren damit gerade dem berühmten einfachen Mann von der Strasse den freien Zugang zum Recht in finanzieller Hinsicht. Bitte, erklären Sie einmal einem Bürger, worin der Mehrwert denn eigentlich besteht, wenn er vor Gericht gerade das erhält, worauf er nach unserer Rechtsordnung ohnehin Anspruch erhält. Erklären Sie ihm, worin der Mehrwert besteht, wenn er einen Prozess kostenpflichtig verliert oder gar von einem Strafgericht verurteilt wird. Es wird Ihnen nie gelingen!

Ich bitte Sie deshalb, diese Bestimmung zu streichen.

M. Grobet: Je ne m'attendais pas à un tel acharnement. Il faut croire que le préopinant se sent directement visé pour prendre parti avec une telle véhémence à l'égard d'une proposition qui paraît toute naturelle et qui a été proposée en commission par deux parlementaires de partis différents. Il nous paraissait absolument illogique que ne soient pas soumis à la TVA certains secteurs de la vie économique où se réalisent les plus hauts revenus pour ne pas parler – M. Chevallaz, conseiller fédéral, ne me démentira pas – du problème de la fraude fiscale qui est bien connue dans certaines professions indépendantes. J'avais relevé qu'une imposition de certains services à la TVA pourrait certainement fournir un excellent moyen auxiliaire à l'administration fiscale pour réprimer la fraude qui est particulièrement forte dans les professions indépendantes, mais le problème est avant tout d'ordre politique. Il est vrai que la TVA est un impôt à la consommation, qui frappe les consommateurs mais, on l'a assez répété, cet impôt ne se répercute pas totalement sur le consommateur et, par conséquent, on sait fort bien que cette imposition frapperait également celui qui fournit le service. Il nous paraît choquant que, dans toute cette liste des prestations soumises à la TVA, certaines professions échappent à la taxe. Ce sont les plus lucratives que l'on connaisse dans notre pays et je me permets d'en parler en connaissance de cause même si je ne fais pas partie de la plus favorisée, mais je la pratique suffisamment pour savoir néanmoins de quoi je parle.

On vient à la tribune nous dire qu'il n'est pas possible techniquement de procéder à cette imposition. Mais Monsieur Alder, excusez-moi, vos propos ne sont pas sérieux. Vous savez aussi bien que moi que la TVA est appliquée à des services dans d'autres pays et que, sur le plan technique, il n'y aurait aucune difficulté à appliquer cette taxe. De même, lorsque vous prétendez que la TVA frapperait tout particulièrement les gens de condition modeste, vous n'êtes pas sérieux, non plus, Monsieur Alder! Alors, il faut combattre toute la TVA parce que la TVA s'applique en premier lieu au consommateur et au consommateur de condition modeste. Mais permettez-moi de vous dire que la clientèle des avocats ne se recrute pas d'abord parmi la clientèle modeste et que les notes d'honoraires élevés se font sur les affaires intéressantes et c'est là où la TVA s'appliquera et non pas sur la modeste consultation de l'homme de la rue qui vient trouver l'avocat. Véritablement, Monsieur Alder, je trouve que vos propos sont déplacés et paraissent trop comme une défense corporatiste. Si l'on veut, sur le plan politique, présenter une TVA qui soit acceptable aux yeux de la population, il faut que cette TVA s'applique sans distinction à tous les secteurs de l'économie et qu'il n'y ait pas des privilégiés qui y échappent.

M. Richter, rapporteur: La commission a effectivement longuement discuté de cet article. Les arguments développés par M. Grobet, en fait, l'ont emporté devant la commission qui a accepté cette proposition par 15 voix

contre 5. Je vous rappelle toutefois que le Conseil des Etats avait refusé une proposition analogue par 20 voix contre 10.

C'est un point contesté. De nombreuses questions se posent. Qui sera assujetti? Quelle est la définition des conseils? Connaît-on tous ceux qui donnent ces conseils? Sont-ils recensés? Qui donne des expertises?

Toujours est-il que d'après l'administration, l'assujettissement des conseils aurait pour conséquence d'englober 8.000 contribuables de plus qui rapporteraient, semble-t-il, une recette fiscale supputée à 50 millions.

Très franchement, je vous donne le résultat de la commission. Je n'ai rien d'autre à vous dire. Je pense que vous appréciez s'il y a lieu ou non de donner suite à la proposition de la commission ou à celle de M. Alder.

Eisenring, Berichterstatter: Dieser Zusatz in Ziffer 7bis hat eine etwas merkwürdige Geschichte, auf die bisher nicht hingewiesen worden ist. Indirekt hängt dieser Zusatzantrag mit folgendem zusammen: Wir hatten in der vorberatenden Kommission Punkt 10 (Leistung der Coiffeure und Kosmetiker) unter die Lupe genommen. Es ergab sich, dass die Coiffeure 7000 Berufstätige sind. Zum Teil rasieren sie noch und sind in einem unmittelbaren Kontakt mit lebenswichtigen Organen des Menschen! Und die Coiffeure waren seinerzeit gegen die Mehrwertsteuervorlage. Nun wurde darüber «rupsiert», ob und wie man diesen «Oppositionsherd» ausschalten könnte. Weiter stellte sich die Frage, ob man auch die Kosmetiker(innen) «ausschalten» soll. Das ist aber eine andere «Rasse»! So hat man dann einen Kompromiss geschlossen und die Coiffeure freigestellt. Die Verwaltung erklärte in der Folge, die Freistellung der Coiffeure würde einen Ausfall von 40 Millionen bringen. In diese Lücke hinein – da wir gewohnt sind, Finanzlöcher zu stopfen – fiel dann der Antrag, man könnte die Beratung, Begutachtung und Vertretung in juristischen Angelegenheiten usw. einführen. Die Finanzverwaltung präsentierte sofort die erstaunliche Zahl, dass das ungefähr 50 Millionen ergebe. Die Coiffeure sind also gegen die Anwälte, um es grob zu sagen, aufgewogen worden!

Es zeigte sich aber schon in der Kommission, dass gewisse Probleme in diesem Antrag stecken. Ich verweise auf die Frage der öffentlichen und der privaten Notare, die Wettbewerbsverhältnisse, auf kantonale Regelungen usw.

Später traf auch noch eine Eingabe des Anwaltsverbandes ein, die keine Würdigung mehr fand, weil in der Kommission ein Antrag auf Rückkommen nicht gestellt wurde, dies sichtlich in der Meinung, im Ständerat werde dann (dort sind die Anwälte dann gut vertreten) dieser Antrag noch einer genaueren Prüfung unterzogen werden.

Hinter diesem Antrag steht aber noch etwas anderes. Das ist etwas, was den Sozialdemokraten den Abbau ihrer «Bedingungen» erleichtern sollte. Man trifft mit den unterstellten Vermögensverwaltungen auch die Banken. Interessanterweise ist es nicht so, dass diese nicht zahlen wollen, wie gesagt worden ist. Denn keine einzige Bank hat sich dagegen gewehrt, dass die Vermögensverwaltungen künftig der Mehrwertsteuer unterstellt werden. Allerdings muss ich darauf hinweisen, dass man dann den Banken natürlich die Möglichkeit des Vorsteuerabzuges einräumt. Man hat auf diesem Wege also die Banken erfasst. Ich möchte das immerhin psychologisch gewürdigt wissen, da es hier um politische Entscheidungen geht, die wir zu treffen haben.

So kam dann dieser Antrag – ohne sichtlich grundlegende Abklärung, das müssen wir ehrlicherweise als Kommissionsmitglieder zugeben – mit 15:5 Stimmen zustande. Ich habe hier den Auftrag, diese 15 zu vertreten.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Votre commission, en optant pour les avocats et en libérant les coiffeurs, a

procédé à une appréciation politique extrêmement importante, ce qui signifie que le poids électoral des coiffeurs est beaucoup plus important que celui des avocats. Je le regrette pour l'honorable corporation des juristes.

Si je consulte mes spécialistes fiscaux, ils m'expliquent que l'on se heurte à toute une série de difficultés si l'on veut imposer les avocats; d'abord, parce qu'ils sont très habiles et très retors à se défendre; d'autre part, parce que la notion de conseil est difficile à déterminer. On prétend et on assure atteindre les banques. Or, il semble qu'en matière de conseil – je n'en ai jamais demandé aux banques – les banques ne se font pas payer, ce qui fait qu'elles passeraient quand même entre les gouttes. Bref, on peut être perplexe et l'avis de mes collaborateurs c'est également qu'il est très difficile de recenser toutes les personnes qui fournissent des conseils ou qui s'occupent de gestion de fortunes, s'il s'agit de personnes qui travaillent à ces problèmes à titre d'activités accessoires, par exemple professeurs d'universités, gérance d'immeubles, etc. On conclut en disant que l'assujettissement des conseils engloberait 8000 contribuables, et 8000 contribuables, je présume, très «pénibles», qui ne rapporteraient qu'une modeste recette fiscale d'environ 50 millions de francs. Il y a donc des raisons d'ordre technique qui expliquent que nous n'ayons pas introduit ces corporations, les avocats, les notaires, les fiduciaires et les banques, dans notre dispositif fiscal, mais je suis obligé de dire que les arguments que nous venons d'entendre exposer par un excellent avocat, l'impact politique, l'argument de l'égalité devant la charge et l'impôt ont aussi toute leur valeur. Tenant compte de ces arguments, je ne m'oppose pas à la proposition de la majorité de votre commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

116 Stimmen

Für den Antrag Alder

17 Stimmen

Art. 9 Abs. 2 Bst. a Ziff. 10 – Art. 9 al. 2 let. a ch. 10

Antrag der Kommission

Leistungen der Kosmetiker

Proposition de la commission

Prestations des esthéticiens

Angenommen – Adopté

Art. 9 Abs. 2 Bst. b und Bst. c Ziff. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 9 al. 2 let. b et let. c ch. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 9 Abs. 2 Bst. c Ziff. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Fischer-Bern, Egli-Sursee, Eng, Fischer-Weinfelden, Hofmann, Mugny, Thévoz)

... bis zu 500 000 Franken, sofern der Steuerbetrag, nach Abzug der Vorsteuer regelmäßig 2500 Franken pro Jahr nicht übersteigt.

Art. 9 al. 2 let. c ch. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Fischer-Berne, Egli-Sursee, Eng, Fischer-Weinfelden, Hofmann, Mugny, Thévoz)

... la lettre a de 500 000 francs au plus, ... régulièrement 2500 francs par année;

M. Richter, rapporteur: Il s'agit ici de traiter de l'augmentation du chiffre d'affaires-limite selon lequel une entreprise est soumise à taxation. Vous constatez que les chiffres qui ont été retenus par le Conseil fédéral sont de 300 000 francs, pour le Conseil des Etats et la majorité de la commission de 400 000 francs. Une minorité vous propose 500 000 francs au plus et à la condition qu'après déduction de l'impôt préalable, le montant d'impôt restant ne dépasse pas régulièrement non pas 3000 francs, tel que cela figure dans le texte français, mais 2500 francs. Cette minorité a corrigé ce chiffre de 3000 francs en 2500 francs.

La proposition de la minorité de la commission ne modifie pas la limite inférieure du chiffre d'affaires annuel au-dessous de laquelle une entreprise n'est en aucun cas assujettie. Celle-ci fixée à 50 000 francs selon le projet du Conseil fédéral a été abaissée par le Conseil des Etats à 40 000 francs, le Conseil des Etats a augmenté la limite supérieure de 300 000 francs à 400 000 francs. Le résultat de cet écart est en fait, comme je l'ai dit, d'étendre la zone dans laquelle une entreprise ne devient contribuable qu'à la condition que l'avantage fiscal qu'elle retire en étant assujettie ne dépasse pas 2500 francs. Certes, cette solution permet d'étendre quelque peu le nombre des entreprises dispensées de l'assujettissement, en particulier les petites entreprises. La formule présentée paraît équilibrée.

La commission l'a rejetée par 12 voix contre 7. Ici aussi, c'est une question vraiment d'appréciation. Où cette limite doit-elle se situer? Le Conseil fédéral, sauf erreur, avait accepté la conclusion du Conseil des Etats, si ma mémoire est bonne. Nous aurions donc cette limite à 400 000 francs. Là aussi, encore une fois, c'est une question d'appréciation et chacun doit pouvoir apprécier selon sa jugeotte. Je vous répète que la commission a rejeté cette proposition de minorité par 12 voix contre 7.

Eisenring, Berichterstatter: Der Fahne können Sie entnehmen, dass der Bundesrat seinerseits 300 000 Franken als Jahresumsatz angesetzt hat und der Steuerfreibetrag regelmäßig 2500 Franken nicht übersteigen sollte.

In der Kommission ist dann ein weitergehender Antrag, auf 500 000 bzw 3000 Franken zu gehen, abgelehnt worden. Es handelt sich um den Minderheitsantrag Fischer. – Die Kommission hat schliesslich die Jahresumsatzgrenze auf 400 000 Franken angesetzt. Inzwischen hat sich aufgrund weiterer Erhebungen ergeben, dass der Minderheitsantrag im Konzept ausgeglichen wäre, wenn 500 000 Franken angenommen und der Steuerbetrag aber nicht bei 3000 Franken, sondern bei 2500 Franken angesetzt würde. Damit würde sich ein innerer Ausgleich ergeben.

Die Kommission konnte die neue Fassung nicht beraten. Nach logischen Ueberlegungen wollte sie heute eigentlich der Minderheit zustimmen. Herr Bundesrat Chevallaz wird sich noch aus der Sicht des Bundesrates zu dieser Frage äussern. Ich glaube, er wird den Minderheitsantrag ebenfalls als zweckmässiger als die von uns formulierte Grenze von 400 000 Franken bzw. 3000 Franken beurteilen.

Fischer-Bern, Sprecher der Minderheit: Es handelt sich um die Frage, wo die Grenze bei den Kleinbetrieben gezogen werden soll. Sie können aus der Fahne entnehmen, dass der Bundesrat bei den Kleinstbetrieben die Grenze bei 50 000 Franken ziehen wollte; der Ständerat ist dann auf 40 000 Franken gegangen. Wir haben vom Gewerbe aus, in dem ja diese Kleinstbetriebe organisiert sind, zugestimmt, um die Wettbewerbsverzerrungen nicht zu gross werden zu lassen.

Nun stellt sich die Frage der zweiten Stufe, die von den Herren Kommissionsreferenten erwähnt worden ist: Der Bundesrat wollte dort die Umsatzgrenze auf 300 000 Franken bei einem Steuerfreibetrag von 2500 Franken festsetzen. Der Ständerat ging auf 400 000 Franken, und ich habe in der Kommission – mit einer Minderheit – den Antrag gestellt, dass man auf 500 000 Franken gehen und gleichzeitig auch den massgeblichen Steuerbetrag von 2500 auf 3000 Franken erhöhen sollte. In der Zwischenzeit habe ich mit der Verwaltung gesprochen. Wir haben feststellen müssen, dass es eine zu starke Entlastung brächte, wenn man den Steuerfreibetrag von 2500 auf 3000 Franken erhöhen würde. Deshalb ist Ihnen dieser berichtigte Minderheitsantrag heute abend ausgeteilt worden, der den Steuerfreibetrag enthält, den der Bundesrat selbst in seiner Botschaft vorgeschlagen hat. Der einzige Unterschied gegenüber dem bundesrätlichen Antrag liegt darin, dass die Umsatzgrenze höher, nämlich auf 500 000 Franken angesetzt ist.

Ich möchte Sie bitten, hierfür Verständnis zu haben. Im Lebensmittelhandel – das ist die Hauptgruppe, die hier betroffen wird – sind die Margen sehr gering. Die Steuerfreigrenze braucht also nicht so hoch zu sein. Aus diesem Grunde sind wir damit einverstanden, dass sie auf 2500 Franken reduziert wird. Aber die Jahresumsätze von 300 000 oder 400 000 Franken sind natürlich völlig ungenügend für eine einigermassen normale Existenz. Wenn man will, dass ein grösserer Teil von Lebensmittelbetrieben von der Steuerabrechnungspflicht befreit wird – es geht ja nicht um eine Steuerbefreiung, sondern um eine Befreiung von der Steuerabrechnungspflicht –, dann muss man auf 500 000 Franken gehen.

Für die kleineren Betriebe ist die Mehrwertsteuer vor allem deshalb eine mühsame Angelegenheit, weil sie nicht, wie die Grossbetriebe, die Möglichkeit haben, sie durch einen Computer berechnen zu lassen. Sie müssen das von Hand ausrechnen, und diese Gewerbebetriebe verfügen nicht über die Büromaschinen, die eine rationelle Abrechnung ermöglichen. Aus diesem Grunde und auch aus verwaltungökonomischen Gründen müssen wir darauf tendieren, möglichst viele Leute aus der subjektiven Steuerpflicht zu entlassen, immer dann, wenn dadurch nicht grössere Steuerbevorzugungen oder Steuerausfälle entstehen.

Beim Lebensmittelhandel ist sodann darauf hinzuweisen, dass die Sache deshalb zusätzlich kompliziert ist, weil zwei Kategorien von Steuern zu bezahlen sind: einerseits für die Lebensmittel 2 Prozent, wenn Sie den Anträgen der Kommission folgen; gleichzeitig werden auch Nichtlebensmittel verkauft (Seifen, Zigaretten usw.), die mit 7 Prozent belastet werden. Daher müssen zwei parallele Abrechnungen gemacht werden. – ich bin sehr dankbar, dass die Herren Kommissionsreferenten den wesentlichen Unterschied zwischen dem ursprünglichen Antrag und dem korrigierten herausgeschält haben. Ich hoffe, dass Herr Bundesrat Chevallaz das bestätigt. Ich möchte Sie bitten, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Dans le but d'alléger tout cet appareil de l'impôt sur le chiffre d'affaires, nous avons élargi les exonérations dans ce projet par rapport au projet du 12 juin 1977. La proposition de M. Otto Fischer va dans le sens de cette simplification. Nous aurions proposé le rejet s'il s'en était tenu au chiffre de 3000 francs par année comme montant d'impôt limite, il est descendu à 2500 francs, nous n'avons pas d'objection à formuler quant à sa proposition.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

46 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit

86 Stimmen

Art. 9 Abs. 2 Bst. c Ziff. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Mugny, Butty, Fischer-Weinfelden, Hofmann, Richter, Thévoz)

... mehr als 400 000 Franken Wein liefern;

Art. 9 al. 2 let. c ch. 3*Proposition de la commission***Majorité**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Mugny, Butty, Fischer-Weinfelden, Hofmann, Richter, Thévoz)

...pour plus de 400 000 francs de vin;

M. Richter, rapporteur: Nous touchons un problème qui revient assez régulièrement sur le tapis, à savoir celui de l'imposition des viticulteurs. Les agriculteurs, sylviculteurs, horticulteurs, et même viticulteurs, livrant exclusivement des produits de leur propre exploitation, mais non les viticulteurs, est-il précisé dans la loi, en tant qu'ils livrent pour plus de 50 000 francs de vin, sont exclus de l'assujettissement. Cette mesure est considérée comme injuste par certains milieux de la viticulture. Leur raisonnement est que la production de vin est, tout comme celle des produits agricoles, soumise de la même manière aux aléas de la nature – gel, grêle, autres intempéries. Il y a des années où vignerons-encaveurs ne gagnent rien, des années où il y a perte, et il en est de même dans l'agriculture ou dans l'horticulture. Les vignerons considèrent les dispositions prises par le Conseil fédéral en l'espèce, même ratifiées par le Conseil des Etats, comme étant particulièrement injustes.

Ici, vous ne me demanderez pas de défendre l'avis de la majorité car je suis entièrement de celui de la minorité. Le vice-président défendra, lui, l'avis de la majorité. Je comprends tout à fait les positions défendues en l'espèce par les viticulteurs. Les vignerons-encaveurs, qui travaillent généralement en famille, se sentent lésés, vexés, par cette disposition. Il est vrai que la commission, quant à elle, a pris une décision de majorité, par 13 voix contre 7, je crois. Il n'en demeure pas moins que je vous prie très objectivement de répondre à cette question: les viticulteurs, les vignerons-encaveurs, ont-ils vraiment une situation différente des agriculteurs ou des horticulteurs? Je crois qu'en y répondant avec objectivité vous arriverez ainsi à rejoindre le clan de la minorité.

Eisenring, Berichterstatter: Der Antrag steht im Zusammenhang mit der Haltung der Weinbauern zur Vorlage. Es geht im Hintergrund um die Besteuerung der Weinumsätze an und für sich. Wenn es gelingen würde, die Widerstände gegen die Mehrwertsteuerbelastung des Vereins seitens offizieller Weinbauernkreise mit dieser Konzession abzukauen, so liesse sich aus politischen Gründen noch darüber reden. Das wird aber nicht der Fall sein. Die Kommission hat denn auch diesen Antrag, der als Minderheitsantrag vertreten wird, mit 13 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Um was handelt es sich dabei? Es geht unter anderem um die Wettbewerbssituation zwischen Weinhandel und den Weinbauern, die selber keltert und den Wein verkaufen. Wäre ein selbstkelternder Weinbauer mit einem Jahresumsatz bis zu 400 000 Franken von der Steuerpflicht befreit, so wäre er natürlich im Angebot begünstigt. Seine Steuer würde aufgrund der Vorbelastung ungefähr um 2 Prozent betragen. Der Weinhändler dagegen müsste die vollen 7 Prozent Steuern bezahlen; also im Wettbewerbsverhältnis wäre der Weinhändler um rund 5 Prozent schlechter gestellt.

Mit andern Worten geht es um die Wettbewerbsneutralität. Die Sachlage ist sehr einlässlich geprüft worden. Wenn wir schon vom Prinzip der Wettbewerbsneutralität der Mehrwertsteuer ausgehen, so können wir natürlich den Weinhandel, der ebenfalls seine Existenzberechtigung hat, der aber nicht selber keltert, natürlich in seiner Wettbewerbsstellung nicht benachteiligen. Daher hat die Kommission bei aller Sympathie für die Weinbauern den Beschluss mit 13 zu 7 Stimmen gefasst und den Antrag der Minderheit abgelehnt.

M. Mugny, porte-parole de la minorité: Après avoir, dans cette salle, échangé pas mal d'idées sur le problème des banques, sur le problème du 8 pour cent de TVA – nous y reviendrons demain – nous arrivons maintenant à des questions plus agréables, plus simples et finalement qui, pour la caisse fédérale, ne revêtent pas une très grande importance, puisque finalement le problème que nous proposons c'est, pour la caisse fédérale, entre 800 000 francs à un million par année.

De quoi s'agit-il? Vous êtes ici au point où nous parlons des entreprises qui ne paieront pas la TVA. Parmi ces entreprises, vous avez au point 3, les agriculteurs, les sylviculteurs, les horticulteurs, qui livrent exclusivement les produits de leur propre exploitation, c'est-à-dire par exemple ceux qui vendent leurs produits sur les marchés, plus les vignerons qui, eux aussi, vendent exclusivement le produit de leurs vignes à la clientèle. Le Conseil fédéral a prévu une limite au chiffre d'affaire, qui, pour les vignerons est fixée à 50 000 francs. Le Conseil des Etats a ramené cette limite à 40 000 francs. Je vous propose de la porter à 400 000 francs.

Si nous proposons d'exonérer du paiement de l'impôt les viticulteurs livrant moins de 400 000 francs de vin par an, c'est parce qu'il s'agit de petits vignerons, de vignerons-propriétaires qui ne cultivent que 3 à 6 hectares et qui ne vendent que le produit de leurs vignes. Ils sont quelque 260 en Suisse, soit 80 en Suisse alémanique, 8 au Tessin et un peu plus de 200 en Suisse romande. Leur production représente le 1 pour cent de la consommation Suisse. Elle ne joue donc pas un grand rôle sur le plan du commerce.

Il faut permettre à cette race de vignerons, dont le métier se transmet de père en fils et qui est attachée à sa terre, de continuer à travailler et à vivre. Si ces viticulteurs sont soumis à la TVA, ils risquent de disparaître en tant que vignerons-propriétaires et ils deviendront des commerçants, ou alors ils vendront toute leur production à des commerçants.

La limite que nous vous proposons nous paraît acceptable. On nous a objecté en commission que les marchands de vins seraient soumis à la TVA alors que les producteurs indépendants ne le seraient pas. C'est vrai, mais actuellement, la situation est la même avec l'impôt sur le chiffre d'affaires et il ne faut pas oublier que le commerçant en vins a d'autres possibilités sur le plan financier: il est au producteur ce que l'industriel est à l'artisan. Il a des possibilités plus grandes sur le plan du crédit, de l'organisation de la vente. Il ne court pas les mêmes risques que le propriétaire-vigneron, risques qui sont grands cette année. Les vignerons-propriétaires le sont de père en fils avec, à chaque génération les problèmes de partage et de succession. Je crois sincèrement qu'en soumettant des propriétaires-vignerons à la TVA, on fera disparaître cette race de vignerons. C'est pourquoi je souhaite que notre proposition soit acceptée. Je vous en remercie d'avance.

Fischer-Weinfelden: Es sind drei Gründe, die mich veranlassen, Sie zu bitten, dem Minderheitsantrag, der soeben von Herrn Mugny entwickelt und begründet worden ist, zuzustimmen.

Der erste Grund besteht darin, dass wir die Meinung haben, dass der Weinbau zur Landwirtschaft, zur Urproduktion gehört. Wir vermögen nicht einzusehen, weshalb man hier eine Ausnahme statuieren soll. Wir befürchten näm-

lich, dass diese Unterstellung dazu führen wird, dass verschiedene Weinbauern, die bis heute selbst gekeltert und ihren Wein selber verkauft haben – also nicht über eine Genossenschaft oder über den privaten Weinhandel –, aus administrativen Gründen aufhören, selbst zu keltern, da sie auf diese Weise von der Mehrwertsteuer befreit würden. Ich glaube, dass das schade wäre, denn das wäre ein Verlust in unserer eidgenössischen Weingeographie und auf unserer eidgenössischen Weinkarte. Wir haben ein Interesse daran, dass die Vielfalt, die wir heute glücklicherweise noch haben, erhalten bleibe. Ich glaube auch nicht, dass der Einwand, der insbesondere vom Referenten deutscher Zunge vorgebracht worden ist – nämlich die Konkurrenzverzerrung –, so schwer wiegt. Wenn man dieses Argument nämlich voll nehmen würde, dann müsste man praktisch alle Produkte, die der Landwirt direkt auf den Markt bringt, konsequenterweise der Mehrwertsteuer unterstellen. Davon kann ja aus administrativen Gründen keine Rede sein.

Der zweite Grund ist ein verfahrenstechnischer. Sie können der Fahne entnehmen, dass der Ständerat die Grenze der Unterstellungspflicht sogar von 50 000 auf 40 000 Franken herabgesetzt hat. Das ist eine Menge, die derart tief liegt, dass auch Betriebe, die nicht hauptberuflich Weinbau betrieben, den Weinbau also nur als einen Betriebszweig unter andern in ihrer Produktion haben, ebenfalls von der MWST erfasst würden. So würden also Betriebe, die zum Beispiel 70 bis 80 Aren Reben neben den übrigen Betriebszweigen, die sie bewirtschaften, noch in ihrem Produktionsprogramm haben, der Mehrwertsteuer unterstellt. Sie können sich etwa vorstellen, welche administrativen Umtriebe und Schwierigkeiten entstehen, wenn dann dieser eine Betriebszweig innerhalb eines solchen Betriebes der Mehrwertsteuer unterstellt werden müsste, natürlich auch mit der Gewährung des Vorsteuerabzuges. Man muss also auch aus verfahrenstechnischen Überlegungen, die die Praktikabilität betreffen, dem Minderheitsantrag zustimmen.

Der dritte Grund, der mich veranlasst, Sie zu bitten, den Minderheitsantrag Mugny zu unterstützen, ist referendums-politischer Natur. Ich glaube, so bedeutungslos ist dieser Aspekt auch wieder nicht. Wir haben bereits bei der letzten Vorlage gesehen, dass vor allem in der Westschweiz – und es geht hier um ein Anliegen, das speziell die westschweizerische Weinproduktion betrifft – gegen die Mehrwertsteuer erheblicher Widerstand erwachsen ist. Ich glaube, es kann der Vorlage nur gut tun, wenn wir auch diesen Oppositionsgeist (man hatte diesen Ausdruck bereits bei den Coiffeuren geprägt) aus der Welt schaffen, um so die Erfolgsschance für die ganze Vorlage zu vergrößern.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag Mugny zuzustimmen. Die 400 000 Franken sind so gewählt, dass diejenigen, die den Wein selber produzieren, also noch Weinbauern sind, samt und sonders ausgeklammert werden können.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Pour ce qui est de l'imposition du vin en général, l'Union Suisse des paysans, appuyant les organisations viticoles, nous avait demandé de soumettre le vin à un tarif de faveur, en principe au taux de 2,5 pour cent prévu pour les produits agricoles. Nous n'avons pas pu donner suite à cette requête, cela pour les raisons suivantes.

Tout d'abord, le vin est, déjà actuellement, soumis à l'ICHA au taux de 5 ou 6 pour cent. La grande partie de la production du vignoble y est soumise et la différence entre l'ICHA et la TVA ne sera pas très sensible, pas plus sensible en tout cas que pour d'autres corporations. D'autre part, nous sommes bien obligés de tenir compte du fait que, dans les pays viticoles voisins, le vin est, dans l'ensemble, soumis à la TVA, et cela à des taux plus élevés que celui que nous avons prévu. Dans certains pays, il l'est au taux normal de la TVA, dans beaucoup d'autres à un taux plus élevé, ou alors à la TVA s'ajoutent des impôts particuliers. Il n'y a pas très longtemps, j'ai eu sous les

yeux une fiche d'auberge autrichienne où le vin était frappé d'un impôt supplémentaire de 30 pour cent. Nous considérons donc que l'imposition de vin au taux de 8 pour cent est incontestable.

Les viticulteurs-encaveurs dont M. Mugny s'est fait le défenseur constituent une catégorie spéciale: Il y a en Suisse quelque 400 à 500 petits propriétaires viticulteurs-encaveurs. 200 à 300 seraient touchés par la proposition de M. Mugny; actuellement, ces gens ne sont pas soumis à l'ICHA. Comme ils sont Suisses romands en général, comme ils sont vignerons petits et moyens, ils n'ont pas une vocation particulière pour les bureaux, pour les papiers et pour les impôts. Il est incontestable que lors de la dernière campagne en faveur de la TVA, ils ont joué un rôle de résistance particulièrement soutenu. En revanche, je dois dire que les autres milieux viticoles, les vignerons-marchands, les coopératives viticoles se plaignent quelque peu de ce privilège.

Vous vous rendez compte que la décision m'est dure en tant que Vaudois proche du vignoble. Le principe de l'égalité devant l'impôt, les règles qui régissent la TVA vont incontestablement dans le sens de l'imposition de cette petite et aimable catégorie. Les arguments humains – de temps à autre il faut quand même laisser parler son cœur – plaideraient plutôt en faveur de l'amendement Mugny; il est clair aussi que sans causer de très grandes pertes à la Confédération, cette exonération – le maintien de ce privilège disons-le – démobiliserait une résistance importante.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	70 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	75 Stimmen

Hier wird die Beratung dieses Geschäfts unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 21.00 Uhr

La séance est levée à 21 heures

Bundesfinanzreform 1978

Réforme des finances fédérales 1978

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1978
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	78.019
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.09.1978 - 16:00
Date	
Data	
Seite	1120-1147
Page	
Pagina	
Ref. No	20 006 884